

# Die **Gemeindekasse** Bayern

**Fachzeitschrift für das kommunale Finanzwesen**

**Herausgeber**

*Bernd Buckenhofer*, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Bayer. Städtetages

*Dr. Judith Laeverenz*, Ministerialrätin im Bayer. Staatsministerium des Innern,  
für Sport und Integration

*Dr. Johann Pentenrieder*, Wirtschaftsprüfer

*Helmut Wiedemann*, Abteilungsleiter im Bayer. Kommunalen Prüfungsverband

*Dr. Dieter Zöllner*, Vors. Richter am Bayer. Verwaltungsgerichtshof

**Inhaltsverzeichnis**  
**zum Jahrgang 2022**

# Jahresinhaltsverzeichnis

FSt vor der Randnummer = „FUNDSTELLE“, GK = „GEMEINDEKASSE“

## I. Alphabetisches Stichwortverzeichnis

Die Zahlen bedeuten **Randnummer** und Seite

### II. Verzeichnis der Entscheidungen ab S. 51

#### A

#### Abfallentsorgung

- Nachsorgepflicht eines Insolvenzverwalters für eine Deponie FSt 55, 177
- Rechtsgrundlage für eine mögliche Nachsorgepflicht des Insolvenzverwalters ist § 36 Abs. 2 KrW-/AbfG bzw. § 40 Abs. 2 KrWG FSt 55, 178
- Betreiber oder ehemalige Betreiber einer Deponie können verantwortlich gemacht werden FSt 55, 178
- Die Übertragung der Verwaltungs- und Verfügungsbefugnis allein macht den Insolvenzverwalter nicht zum Deponiebetreiber FSt 55, 179
- Erfüllt ein Gemeinschuldner seine Betreiberpflichten nicht, begründet dies nicht die Pflichten des Insolvenzverwalters FSt 55, 180
- BVerwG bestätigt Rechtsauffassung zur Zuverlässigkeit gewerblicher Sammler (Alttextilien) FSt 150, 475

#### Abgaben

- Gründe für den Erlass eines Abrechnungsbescheids; Vermögenslosigkeit des Steuerschuldners; Beschwer im Bescheidungsverfahren GK 108, 272
- Grundsätze für den Erlass eines Abrechnungsbescheids GK 108, 272
- Ein vermögensloser Schuldner hat keinen Anspruch auf Erlass eines Abrechnungsbescheids GK 108, 273
- Beschwer im Bescheidungsverfahren GK 108, 274
- Grundwasserentnahmeentgelt für Grubenwasserhaltung GK 128, 316
- Keine Beschränkung des verfassungsrechtlichen Vorteilsbegriffs auf wirtschaftliche Vorteile GK 128, 317
- Teilhabemöglichkeit an der knappen Ressource Wasser als relevanter Sondervorteil GK 128, 318
- Auf die Freiwilligkeit der Wasserentnahme kommt es nicht an GK 128, 318
- Keine Gleichsetzung mit einer behördlich angeordneten Wassernutzung GK 128, 319
- Kein Verstoß der Abgabenerhebung gegen das Rückwirkungsverbot GK 128, 319
- Kein schutzwürdiges Vertrauen auf unverändertes Fortbestehen finanzieller Rahmenbedingungen GK 128, 320
- Örtliche Übernachtungsteuern in Beherbergungsbetrieben mit dem Grundgesetz vereinbar GK 165, 413
- Übernachtungsteuern sind Aufwandsteuern nach Art. 105 Abs. 2a GG GK 165, 414
- Auch eine beruflich veranlasste Übernachtung kann Gegenstand der Aufwandsteuer sein GK 165, 415
- Das Gleichartigkeitsverbot des Art. 105 Abs. 2a GG schränkt das Steuererfindungsrecht über die örtlichen Verbrauchs- und Aufwandsteuern ein GK 165, 416
- Keine weitreichende Sperrwirkung für das Besteuerungsrecht von Ländern und Kommunen GK 165, 416
- Übernachtungsteuern sind bundesgesetzlich geregelten Steuern nicht gleichartig GK 165, 417
- Keine Verletzung der Grenzen rechts- und bundesstaatlicher Kompetenzausübung GK 165, 418
- Der Gesetzgeber kann beruflich veranlasste Übernachtungen von der Aufwandbesteuerung ausnehmen, muss dies aber nicht GK 165, 418
- Kein strukturelles Erhebungs- und Vollzugsdefizit GK 165, 419

#### Abgabenordnung

- BMF-Schreiben zur Auskunftspflicht nach § 138 Abs. 1b AO bei Betriebsöffnung (Fragebogen zur steuerlichen Erfassung) GK 54, 125

- Änderung des Anwendungserlasses zur Abgabenordnung (AEO) durch BMF-Schreiben vom 4.11.2021 GK 82, 202
- Änderungen der §§ 233 bis 239 AO durch das Zweite Gesetz zur Änderung der AO und des Einführungsgesetzes zur AO vom 12.7.2022 GK 209, 510

## Abreibungen

- Fachlicher Hinweis des IDW: Sofortabschreibung sog. digitaler Vermögensgegenstände in der Handelsbilanz GK 159, 403

## Abwägungsgebot

- Beschränkte Abwehrmöglichkeiten einer Gemeinde gegen in der Nachbargemeinde geplante Windräder FSt 222, 702
- In der Regel besteht kein Abwehranspruch gegen die optische Wirkung von Windenergieanlagen außerhalb des Gemeindegebiets aufgrund des Selbstgestaltungsrechts der Gemeinde FSt 222, 703
- Verletzung des Selbstgestaltungsrechts der benachbarten Gemeinde durch eine befürchtete „Verschandelung“ des Ausblicks durch die geplanten Windräder? FSt 222, 704
- Keine Verletzung des interkommunalen Abstimmungsgebots FSt 222, 705

## Abwasser

- Fortschreibung der Beitragskalkulation GK 199, 481
- Zur Frage der Nachvollziehbarkeit der Kalkulation des Gebührensatzes GK 199, 481
- Einbeziehung der voraussichtlichen Kosten und Maßstabseinheiten in die Beitragskalkulation GK 199, 482
- Ablösungsvereinbarung steht der Beitragsfestsetzung nicht entgegen GK 199, 483

## Abwasseranlagen

- Elfte Verordnung zur Änderung der Abwasserverordnung vom 20.1.2022 GK 58, 143

## Altersteilzeit

- Altersteilzeit, Auslaufen des TV FlexAZ FSt 190, 599

## Altlasten

- Arglistiges Verschweigen eines Altlastenverdachts beim Verkauf eines Grundstücks FSt 54, 174
- Offenbarungspflichten des Verkäufers FSt 54, 174

- Altlastenverdacht bei einer aufgefüllten Kiesgrube FSt 54, 175
- Vereinbarter Ausschluss der Gewährleistung greift bei arglistigem Verschweigen des Mangels nicht FSt 54, 176

## Amtshilfe

- Bund verzichtet auf Auslagensatz für Amtshilfe GK 98, 242

## Anliegergebrauch

- Kein Anspruch auf vorab außerhalb eines Baugenehmigungsverfahrens zu erteilendes Einvernehmen der Gemeinde für eine zweite Grundstückszufahrt FSt 23, 72
- Unzulässige Vorwegnahme der Hauptsache FSt 23, 72
- Fehlendes Rechtsschutzbedürfnis für den Eilantrag FSt 23, 73
- Unbegründetheit des Antrags mangels Anordnungsgrund und Anordnungsanspruch FSt 23, 73
- Einem auf die Anlieferung von Waren angewiesenen Gewerbebetrieb steht im innerstädtischen Bereich weder baurechtlich noch straßenrechtlich ein Anspruch auf die bestmögliche Anlieferungsmöglichkeit zu FSt 57, 187
- Die Erwähnung einer konkreten Haltebuch in einem gemäß Baugenehmigung einzuhaltenden Anlieferungskonzept führt für sich genommen nicht zu einem Anspruch auf deren Beibehaltung FSt 57, 188
- Mit der Auflage in der Baugenehmigung zur Anlieferung in einer konkreten Haltebuch wird für sich genommen keine Rechtsposition hinsichtlich des (Fort-)Bestands der Haltebuch eingeräumt FSt 57, 189
- Durch den Anliegergebrauch wird keine bestmögliche, sondern nur eine zumutbare Erreichbarkeit für den Lieferverkehr gewährleistet FSt 57, 190
- Die Möglichkeit der Anlieferung von einer Position unmittelbar vor dem Ladengeschäft aus ist nicht vom Recht am eingerichteten und ausgeübten Gewerbebetrieb geschützt FSt 57, 190
- Abwägung der Interessen der anliegenden Gewerbebetriebe mit denen des Radverkehrs bei der Aufhebung bzw. Verlegung einer Ladezone FSt 57, 191
- Eine vor einem Geschäft liegende, als Lieferzone genutzte Haltebuch ist keine Zufahrt oder Zugang im Sinne des Art. 17 Abs. 2 BayStrWG FSt 57, 192

## Arbeitnehmer

- Beim Betrieblichen Eingliederungsmanagement (BEM) können Beschäftigte eine Vertrauensperson eigener Wahl heranziehen FSt **19**, 54
- Der Arbeitgeber trägt bei behördlich verfügbarer Corona-Schließung kein Arbeitsausfallrisiko FSt **42**, 135
- (Kein) Anspruch auf Durchführung eines betrieblichen Eingliederungsmanagements (BEM) FSt **218**, 688
- Kein Individualanspruch nach § 167 Abs. 2 Satz 1 SGB IX FSt **218**, 689
- Initiativlast des Arbeitgebers zur Durchführung eines BEM FSt **218**, 689
- Kein Individualanspruch aus § 241 Abs. 2 oder § 618 BGB FSt **218**, 690
- Änderung des Nachweisgesetzes und anderer Gesetze FSt **268**, 853
- Systematik der Neuregelungen des Nachweisgesetzes FSt **268**, 854
- Informations- und Nachweispflichten FSt **268**, 854
- Bußgelder FSt **268**, 855
- Bestehende Arbeitsverhältnisse FSt **268**, 855
- Änderung weiterer Gesetze FSt **268**, 856
- Änderungen beim Mindestlohn und bei geringfügiger Beschäftigung FSt **269**, 856
- Keine automatische Anrechnung von anderweitigem Verdienst bei vereinbarter Freistellung eines Arbeitnehmers GK **20**, 41
- Mit einer Bestandsschutzklage wird nicht nur die erste Stufe einer tariflichen Ausschlussfrist hinsichtlich von Vergütungsansprüchen, sondern auch hinsichtlich von Verzugszinsen gewahrt GK **21**, 42
- Sachbezugswerte für freie oder verbilligte Mahlzeiten sowie Bewertung der Personalunterkünfte ab 1.1.2022 GK **29**, 66
- Anspruch auf Rückzahlung von Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall bei nachträglich erkannter Fortsetzungserkrankung GK **37**, 86
- Rückzahlungsanspruch aus § 812 BGB GK **37**, 87
- Kein Verfall des Rückzahlungsanspruchs gem. § 37 Abs. 1 TV-L (§ 37 Abs. 1 TVöD) GK **37**, 88
- Tarifabschluss 2020 im öffentlichen Dienst – Erhöhung der tariflichen Entgelte ab 1.4.2022 GK **55**, 125
- Überstundenvergütung für Teilzeitbeschäftigte; neue Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts GK **63**, 157
- Verlängerung und Modifizierung der Fachkräftezulage GK **75**, 186
- Keine Annahmeverzugsvergütung des Arbeitnehmers bei Leistungsunfähigkeit; Darlegungs- und Beweislastfragen GK **84**, 204
- Bei erfolgter Freistellung ist ein Angebot der Arbeitsleistung entbehrlich GK **84**, 205
- Vergütungsansprüche wegen Annahmeverzugs setzen Leistungsfähigkeit voraus, es sei denn, etwas anderes ist vereinbart GK **84**, 205
- Darlegungs- und Beweislast des Arbeitgebers für die Leistungsunfähigkeit des Arbeitnehmers – Einzelheiten GK **84**, 206
- Leistungsfähigkeit i.S. von § 297 BGB bezieht sich auf die arbeitsvertraglich vereinbarte bzw. nach § 106 Satz 1 GewO zugewiesene Arbeit GK **84**, 207
- Indizwirkung ärztlicher Stellungnahmen GK **84**, 208
- Erschütterung der Indizwirkung behaupteter Tatsachen GK **84**, 209
- Beweiserhebung bei ausreichenden Darlegungen von Arbeitgeber und Arbeitnehmer GK **84**, 209
- Personaldurchschnittskosten und Kosten eines Arbeitsplatzes für kommunale Arbeitnehmer des öffentlichen Dienstes ab 1.4.2022 GK **92**, 223
- Tarifverdienste 2021– Entwicklung der Indizes GK **105**, 261
- Nochmals: Arbeitslohn bei Zahlung von Verwarnungsgeldern durch den Arbeitgeber GK **110**, 280
- Annahmeverzugsvergütung – böswillig unterlassener Zwischenverdienst GK **120**, 302
- Anrechnung anderweitigen Verdienstes gemäß § 11 Nr. 2 KSchG GK **120**, 303
- Auslegung der Rechtsbegriffe Böswilligkeit und Zumutbarkeit i.S. des § 11 Nr. 2 KSchG – Beurteilungsspielraum GK **120**, 303
- Die Ablehnung der Vereinbarung eines befristeten Prozessarbeitsverhältnisses kann zulasten des Arbeitnehmers nicht als Böswilligkeit gewertet werden, wenn ein Weiterbeschäftigungstitel vorliegt GK **120**, 304
- Ein negatives Schuldanerkenntnis in einem Aufhebungsvertrag erfasst auch Entschädigungsansprüche nach § 15 Abs. 2 AGG GK **145**, 368
- Vorliegen eines konstitutiven negativen Schuldanerkenntnisses GK **145**, 368
- Unerheblichkeit des evtl. Vorliegens eines Formularvertrags GK **145**, 369
- AGG-Anspruch als Anspruch aus dem Arbeitsverhältnis GK **145**, 369
- Konstitutives negatives Schuldanerkenntnis verstößt nicht gegen § 31 AGG GK **145**, 370

- Dynamisierung der Erschwerniszuschläge ab 1.4.2022 GK 158, 402
- Nochmals: Überstundenvergütung für Teilzeitbeschäftigte GK 167, 425
- BMF veröffentlicht FAQs zur Energiepreispauschale GK 192, 475
- Darlegungs- und Beweislast im Überstundenvergütungsprozess GK 193, 475
- Geltendmachung von Zinsansprüchen; Abbedingung von Ausschlussfristen GK 202, 497
- Ergänzende Fürsorgeleistung (Ballungsraumzulage) für Beschäftigte, Auszubildende und Besoldungsempfänger; Dynamisierung der Zulage und Grenzbeträge 2022 GK 229, 547

### Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung

- Beweiswert einer Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung FSt 26, 79
- Einführung der elektronischen Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung; Verzögerung beim Echteininsatz FSt 207, 658

### Arbeitsunfall

- Weg vom Bett ins Homeoffice ist gesetzlich unfallversichert FSt 208, 660

### Arbeitsvertrag

- Raucherpausen: Keine Mitbestimmung der Personalvertretung FSt 243, 775

### Arbeitszeit

- Unterbliebene Verlängerung der Arbeitszeit einer Teilzeitbeschäftigten; Anspruch auf Schadensersatz/Entschädigung FSt 43, 137
- Verstoß des Arbeitgebers gegen die Informationspflicht nach § 7 Abs. 2 TzBfG: Schadensersatz; Kausalität, Darlegungs- und Beweislast FSt 43, 137
- Schadensersatz wegen Verletzung der Pflicht zur bevorzugten Berücksichtigung bei der Stellenbesetzung FSt 43, 138
- Schadensersatz nach § 15 Abs. 1 AGG wegen Altersdiskriminierung FSt 43, 139
- Entschädigung nach § 15 Abs. 2 AGG wegen Altersdiskriminierung FSt 43, 140
- Bemessung einer Entschädigung nach § 15 Abs. 2 AGG FSt 43, 141
- Arbeitszeitkonto: Keine Gutschrift für Zeiten der Ausübung eines kommunalpolitischen Mandats FSt 78, 252

### Arbeitszeugnis

- Es bleibt dabei: Kein Anspruch auf Dank- und Wunschformeln in einem Arbeitszeugnis FSt 244, 777

### Architekten

- Objektüberwachung bei Wärmedämmverbundsystem (WDVS); Haftung für unzureichenden Spritzwasserschutz im Sockelbereich; Bindung an vereinbartes Pauschalhonorar FSt 284, 905
- Überwachungspflicht des Architekten bei der Herstellung des Putzes bei einem Wärmedämmverbundsystem FSt 284, 906
- Nachweis der Verletzung der Überwachungspflicht FSt 284, 908
- Kausalität der unzureichenden Überwachung für den Baumangel FSt 284, 908
- Haftung des Architekten für mangelhaften Spritzwasserschutz im Sockelbereich eines Gebäudes FSt 284, 908
- Anspruch gegen den Architekten auf Kostenvorschuss für die Mängelbeseitigung FSt 284, 910
- Abzug neu für alt FSt 284, 910
- Treuwidrige Geltendmachung der Mindestsätze (bejaht) FSt 284, 910
- Das nach Kündigung eines Architektenvertrags für nicht erbrachte Leistungen zu zahlende Entgelt ist nicht umsatzsteuerpflichtig GK 93, 233
- Schadensersatzanspruch des Bauherrn gegen den Architekten, dessen Planung die Kostenvorstellungen des Bauherrn bei weitem übersteigt GK 178, 448
- Der Schadensersatzanspruch des Bauherrn wegen zu hoher Kosten lässt den Vergütungsanspruch des Architekten für die Entwurfsplanung entfallen GK 178, 448
- Zum Schadensersatzanspruch hinsichtlich der Leistungsphasen 1 und 2 GK 178, 449

### Archiv-CD-ROM

- Archiv-CD-ROM „FStGK“ für „Fundstelle“ und „Gemeindekasse“ – Ausgabe 2021 FSt 50, 160
- Archiv-CD-ROM „FStGK“ für „Fundstelle“ und „Gemeindekasse“ – Ausgabe 2021 GK 41, 95

### Ärzte

- Tarifabschluss für Ärztinnen und Ärzte an kommunalen Krankenhäusern ab 1.10.2021 GK 228, 541

### Aufenthaltsrecht

- Befristung eines abschiebungsbedingten Einreise- und Aufenthaltsverbots bei Berufsausbildung während des asylgerichtlichen Verfahrens FSt 10, 33

- Eine Geltungsdauer des Einreise- und Aufenthaltsverbots von 30 Monaten ist im Regelfall nicht zu beanstanden FSt 10, 34
- Erst der Abschluss der Berufsausbildung und nicht schon deren Beginn kann zu einer Verkürzung des Einreise- und Aufenthaltsverbots führen FSt 10, 34

## Ausfertigung

- Unwirksamkeit einer Zweckentfremdungssatzung aufgrund eines Ausfertigungsmangels FSt 89, 282
- Gemeindliche Satzungen müssen ausgefertigt werden FSt 89, 283
- Satzungen müssen handschriftlich vom hierfür zuständigen Organ, vorliegend dem Oberbürgermeister oder seinem Stellvertreter (Art. 36, 34 Abs. 1 Satz 2 GO), unterzeichnet werden FSt 89, 284
- Heilung eines Ausfertigungsmangels (hier verneint) FSt 89, 284

## Ausgleichsabgabe

- BVerwG zur Ausgleichsabgabe nach dem SGB IX GK 1, 1
- Anforderung von Ausgleichsabgaben durch das Integrationsamt; Bindungswirkung an einen Feststellungsbescheid der Bundesagentur für Arbeit GK 53, 121
- Bindung des Integrationsamts an Feststellungsbescheide der Bundesagentur für Arbeit GK 53, 121
- Rechtsbehelfe gegen den Feststellungsbescheid der Bundesagentur haben keine aufschiebende Wirkung GK 53, 123

## Auskünfte

- Auskunftsanspruch einer Rundfunkanstalt gegen ein kommunales Verkehrsunternehmen FSt 101, 321
- Rechtsgrundlage des Auskunftsanspruchs von Rundfunkanstalten FSt 101, 321
- Ein von der öffentlichen Hand beherrschtes (Verkehrs-)Unternehmen ist Behörde i. S. von § 5 Abs. 1 Satz 1 MStV und als solche auskunftspflichtige Stelle FSt 101, 322
- Der Auskunftsanspruch besteht nur bezüglich Tatsachen, nicht Werturteilen FSt 101, 322
- Der Auskunftsanspruch ist auf die bei der informationspflichtigen Stelle tatsächlich vorhandenen Informationen beschränkt FSt 101, 323
- Grundlagen des Auskunftsverweigerungsrechtes FSt 101, 324
- Aufhebung einer Anrufungsauskunft gem. § 42e EStG GK 102, 256

## Ausländer, Asylbewerber

- Gesetz zur Weiterentwicklung des Ausländerzentralregisters FSt 9, 24
- Ausweisung eines Imams FSt 62, 200
- Aufenthaltsanspruch von Eltern gut integrierter Jugendlicher (§§ 25 Abs. 5, 25a Abs. 2, 60a Abs. 2b AufenthaltG; Art. 6 GG; Art. 8 EMRK) FSt 153, 479
- Asylverfahrensberatung; eigenständiges Zugangswort von Nichtregierungsorganisationen zu Aufnahmeeinrichtungen (§ 12a AsylG; Art. 18 Abs. 2 RL 2013/33/EU; RL 2013/32/EU) FSt 178, 559
- Ausweisung eines (mehrfach) straffällig gewordenen türkischen Staatsangehörigen FSt 224, 710
- Änderung der Asyldurchführungsverordnung GK 24, 48

## Ausschreibungen

- HOAI: Auftragswert bei einem Realisierungswettbewerb; Nachweis von Referenzobjekten; Kostengruppe und Referenzzeitraum GK 103, 257
- Lässt sich ein Widerspruch im Angebot des Bieters nicht durch Auslegung beseitigen, muss dem Bieter Gelegenheit zur Aufklärung gegeben werden GK 123, 309

## Ausschüsse

- Ausschussbesetzung; Ausschussgröße; Berechnungsverfahren; Spiegelbildlichkeitsprinzip; Auflösung einer Pattsituation FSt 41, 133
- Ermessen des Gemeinderats bei der Festlegung der Ausschussgröße FSt 41, 133
- Ein neuer Gemeinderat ist nicht an die vom vorherigen Gemeinderat festgelegte Größe der Ausschüsse gebunden FSt 41, 134
- Wahlfreiheit der Kommunen hinsichtlich des Berechnungsverfahrens FSt 41, 135

## Außerordentliche Kündigung

- Beurlaubt sich ein Arbeitnehmer während einer vereinbarten Prozessbeschäftigung selbst, kann dies die fristlose Kündigung des Arbeitsverhältnisses rechtfertigen FSt 5, 12
- Kündigungsvollmacht, Zurückverweisung; Kündigungsgründe FSt 29, 86
- Nicht rechtskräftige Aufhebung der Zustimmung des Integrationsamts zur außerordentlichen Kündigung; Bindung der Arbeitsgerichte FSt 104, 332
- Eine einmal erteilte Zustimmung des Integrationsamts zu einer Kündigung wirkt weiter, solange sie nicht rechtskräftig aufgehoben wird FSt 104, 332

- Ein rechtswirksamer Verwaltungsakt ist grundsätzlich von allen Staatsorganen und damit auch von den Arbeitsgerichten zu beachten  
FSt 104, 333

### Auszubildende

- Ausbildung in Teilzeit FSt 60, 199
- Änderung des Nachweisgesetzes und anderer Gesetze FSt 268, 853
- Ergänzende Fürsorgeleistung (Ballungsraumzulage) für Beschäftigte, Auszubildende und Besoldungsempfänger; Dynamisierung der Zulage und Grenzbeträge 2022 GK 229, 547

## B

### Baufaufträge

- Die Schätzung des Auftragswerts mehrerer gleichzeitig errichteter Objekte richtet sich nach deren funktionalem Zusammenhang  
GK 64, 160
- Was zu dem Auftrag, dessen Wert zu schätzen ist, gehört, ist anhand einer funktionalen Betrachtungsweise zu ermitteln GK 64, 160
- Die Schätzung des Auftragswerts ist ordnungsgemäß zu dokumentieren, evtl. Mängel der Dokumentation können geheilt werden  
GK 64, 161
- Die Schätzung des Auftragswerts setzt eine realistische, vollständige und objektive Prognose voraus, die sich an den Marktgegebenheiten orientiert GK 64, 162
- Zur Einbeziehung von Optionen in die Schätzung des Auftragswerts GK 64, 162
- Für die Ermittlung des Auftragswerts ist zwischen Bau- und sonstigen Kosten zu unterscheiden GK 64, 163

### Baugenehmigung

- Erlöschen einer Baugenehmigung wegen langjähriger Nutzungsunterbrechung FSt 79, 254
- Kein Erlöschen der Baugenehmigung wegen unterbrochener Nutzung der erstellten Anlage auf Grundlage der Bauordnung FSt 79, 255
- Eine Baugenehmigung erledigt sich auf andere Weise, wenn die genehmigte Nutzung endgültig aufgegeben und nicht nur vorübergehend unterbrochen wird FSt 79, 255
- Kriterien für die Ermittlung, ob eine endgültige Nutzungsaufgabe vorliegt FSt 79, 256
- Eine Nutzungsaufgabe über 20 Jahre ist Indiz für die endgültige Aufgabe FSt 79, 257
- Die Unwirtschaftlichkeit der Nutzung spricht für einen endgültigen Verzicht FSt 79, 258

- Die bauliche Aufrechterhaltung der Anlage spricht gegen eine endgültige Aufgabe der Nutzung FSt 79, 258
- Eine beabsichtigte Wiederaufnahme der langjährig unterbrochenen Nutzung muss im Planstellungsverfahren geltend gemacht werden FSt 79, 259
- Dachterrasse auf dem Flachdach eines Mehrfamilienhauses im unbeplanten Innenbereich FSt 171, 540
- Nähere Umgebung im Sinn von § 34 Abs. 1 BauGB FSt 171, 541
- Einfügen nach dem Maß der baulichen Nutzung – fehlende Referenzobjekte FSt 171, 541
- Eine auf ein Flachdach aufgesetzte, nicht (nur) untergeordnete Dachterrasse ist geschossähnlich und damit maßstabbildend FSt 171, 543
- Eine Dachterrasse kann aufgrund ihrer Vorbildwirkung bodenrechtliche Spannungen auslösen (hier bejaht) FSt 171, 545

### Baukontrolleure

- Wann müssen Eigentümer das Betreten ihres Gartens durch Mitarbeiter der Bauaufsichtsbehörde dulden? FSt 220, 694
- Ausreichende Bestimmtheit des Bescheides FSt 220, 695
- Besondere Voraussetzungen für das Betreten von Wohnungen; Garten als Teil der Wohnung FSt 220, 696

### Baumaßnahmen

- Spannungsrissskorrosionsgefahr bei Spannblochverfahren im System Baur-Leonhardt FSt 128, 399
- Eine fehlerhafte Wertung von Angeboten bleibt ohne Folge, wenn der antragstellende Bieter durch den Wertungsfehler nicht in seinen Rechten verletzt ist GK 111, 281
- Bedenkenhinweise an den Bauleiter gelangen unmittelbar in die Sphäre des Bauherrn, wenn jener bei ihm angestellt ist GK 168, 428

### Bauplanungsrecht

- Änderung des § 246 BauGB: Erleichterte Herstellung von Flüchtlingsunterkünften FSt 165, 518
- Verordnung zur bauplanungsrechtlichen Bestimmung von Gebieten mit einem angespannten Wohnungsmarkt (Gebietsbestimmungsverordnung Bau – GBestV-Bau) vom 6.9.2022 GK 198, 480

### Baupreisindex

- Baupreisindizes im August 2021 GK 40, 95

## Bauvertrag

- Kein Anspruch des Auftragnehmers auf Ersatz eines kalkulierten Verwertungserlöses bei Mengeminderung FSt 32, 100
- Faktoren, die nicht Bestandteil des ursprünglichen Einheitspreises sind, bleiben bei dessen Anpassung wegen Mindermenge nach § 2 Abs. 3 Nr. 3 VOB/B unberücksichtigt FSt 32, 101
- Ob eine Erlöserwartung des Auftragnehmers Teil des von ihm angebotenen Einheitspreises ist, ist durch Auslegung zu ermitteln FSt 32, 102
- Anspruch aus § 2 Abs. 3 Nr. 3 VOB/B nur bei Mengenunterschreitungen FSt 32, 103
- Mengenminderungen können beim VOB-Vertrag nur ganz ausnahmsweise einen Anspruch des Auftragnehmers wegen Wegfalls der Geschäftsgrundlage begründen FSt 32, 103
- HOAI: Das EU-Recht verbietet es einem Gericht nicht, in einem Rechtsstreit zwischen Privatpersonen die unionsrechtswidrige Mindestsatzregelung in § 7 HOAI 2013 anzuwenden FSt 121, 382
- Grundsatz des Vorrangs des Unionsrechts FSt 121, 383
- Das vorliegende Gericht ist nicht allein aufgrund des Unionsrechts verpflichtet, § 7 HOAI unangewendet zu lassen, auch wenn diese Regelung gegen Art. 15 Abs. 1, Abs. 2 Buchst. g und Abs. 3 der Richtlinie 2006/123 verstößt FSt 121, 384
- (Keine) Auswirkungen eines Urteils des EuGH in einem Vertragsverletzungsverfahren auf laufende Rechtsstreite FSt 121, 385
- Schadensersatzanspruch gegen die Bundesrepublik Deutschland? FSt 121, 386
- Ob Art. 49 AEUV dahin auszulegen ist, dass er den zwingenden Preisregelungen in § 7 HOAI 2013 entgegensteht, bleibt mangels grenzüberschreitenden Bezugs des Ausgangsfalles offen FSt 121, 387
- Kein Anspruch des Bauunternehmers auf Mehrvergütung oder Entschädigung wegen schwierigen Baugrunds, wenn mit diesem aufgrund der vertraglichen Beschreibung zu rechnen war FSt 137, 427
- Anspruchsgrundlagen bei einer (hier verneinten) vom Vertrag abweichenden Beschaffenheit des Baugrundes FSt 137, 427
- Nichtvorliegen einer missbräuchlichen Angstklausel bezüglich des Bodens FSt 137, 429
- Mehrkostenerstattung für den Aufwand eines Drittunternehmers, wenn dem ursprünglichen Auftragnehmer gekündigt wurde FSt 179, 560

- Nochmals: Konkludente Abnahme einer Heizanlage FSt 210, 664
- Konkludente Abnahme einer Heizanlage nach Ablauf einer Prüffrist von 2,5 Monaten in den Wintermonaten FSt 210, 664
- Der fehlende Ablauf der gesamten Heizperiode hindert die konkludente Abnahme unter bestimmten Umständen nicht FSt 210, 665
- Verlängerte Vorhaltung eines Bauzauns; Nachfragepflicht des Bieters bei unklarer Leistungsbeschreibung FSt 233, 733
- Risiko des Auftragnehmers bei fehlender Aufklärung einer unklaren Leistungsbeschreibung vor Angebotsabgabe FSt 233, 734
- Auslegung des Mengenvordersatzes „mWo“ unter Berücksichtigung des Leistungsverzeichnisses als sinnvolles Ganzes FSt 233, 735
- Anspruch des Nachfolgeunternehmers auf höhere Lohn- und Materialkosten, wenn der Vorunternehmer verspätet leistet? FSt 261, 827
- Anspruch auf Preiserhöhung wegen Änderungsanordnung des Auftraggebers? FSt 261, 827
- Anspruch auf Schadensersatz wegen Behinderung der Ausführung? FSt 261, 828
- Anspruch auf Erstattung der Mehrkosten nach § 642 BGB? FSt 261, 829
- Preiserhöhung im Wege ergänzender Vertragsauslegung oder wegen Wegfalls der Geschäftsgrundlage? FSt 261, 830
- Sind nach einer Kündigung des Bauvertrags die kalkulierten oder die tatsächlichen Kosten erspart? GK 31, 68
- Unzulässige Umlageklauseln zu Baustrom, Bauwasser etc. und zum Sicherheits- und Gesundheitskoordinator (SiGe-Koordinator) GK 38, 92
- Eine Klausel, die Umlagen an den Auftragnehmer unabhängig von der Inanspruchnahme der Leistungen vorsieht, ist unwirksam GK 38, 92
- Eine Umlagevereinbarung hinsichtlich der Bestellung eines SiGe-Koordinators ist gemäß § 307 Abs. 1 BGB unwirksam GK 38, 92
- Abschlagsforderungen unterliegen der selbstständigen Verjährung; sie können nicht mehr verlangt werden, wenn Schlussrechnungsreife vorliegt GK 217, 524

## Beamtenbesoldung

- Tabelle der Grundgehaltssätze für Beamte – gültig ab 1.12.2022 GK 211, 518
- Tabelle der Strukturzulagen, Stellenzulagen und Zulagen für besondere Berufsgruppen – gültig ab 1.12.2022 GK 212, 519
- Tabelle der Familienzuschläge – gültig ab 1.12.2022 GK 213, 520

- Erhöhungsbeträge für die Besoldungsgruppen A 3 bis A 5 GK **213**, 521
- Anrechnungsbetrag nach Art. 35 Abs. 2 BayBesG GK **213**, 521
- Tabelle der Mehrarbeitsvergütungen – gültig ab 1.12.2022 GK **214**, 521
- Tabelle der Anwärtergrundbeträge – gültig ab 1.12.2022 GK **215**, 522

## **Bebauungsplan**

- § 9 Abs. 1 Nr. 10 BauGB bietet keine Rechtsgrundlage dafür, Flächen von bestimmten Arten baulicher Nutzung freizuhalten FSt **13**, 39
- Maßstab für die Rechtmäßigkeit der Gliederung eines Baugebiets mit Hilfe von Lärmemissionskontingenten FSt **20**, 55
- § 1 Abs. 4 Satz 1 Nr. 2 BauNVO ist keine Rechtsgrundlage für den Ausschluss einer oder mehrerer Arten von Nutzungen aus dem gesamten Baugebiet FSt **20**, 56
- Der Gemeinde ist es untersagt, mit Hilfe einer internen Gliederung nach § 1 Abs. 4 Satz 1 Nr. 2 BauNVO die Zulässigkeit von Betrieben auf mischgebietstypische Gewerbebetriebe zu beschränken FSt **20**, 57
- Zur Festsetzung des Lärmemissionskontingents für die Nacht FSt **20**, 58
- Zur Beachtlichkeit von Richtungssektoren FSt **20**, 58
- Wann genügt eine Gliederung nach Lärmemissionskontingenten den Anforderungen des § 1 Abs. 4 Satz 1 Nr. 2 BauNVO? FSt **20**, 59
- Befreiung für Wohnungsbauvorhaben in einem Gebiet mit angespanntem Wohnungsmarkt gemäß § 31 Abs. 3 BauGB FSt **45**, 147
- Der Befreiungstatbestand nach § 31 Abs. 3 BauGB stellt gegenüber § 31 Abs. 2 BauGB die sachlich speziellere Regelung dar FSt **45**, 148
- Voraussetzungen für eine Befreiung nach § 31 Abs. 3 BauGB FSt **45**, 148
- Anforderungen an die Ermessensausübung bei § 31 Abs. 3 BauGB FSt **45**, 149
- Notwendiger Inhalt einer Rüge nach § 215 BauGB FSt **98**, 318
- Anforderungen an die ordnungsgemäße Auslegung von Planunterlagen nach § 3 Abs. 2 BauGB FSt **106**, 337
- Dauer der Auslegung und Umfang der auszulegenden Unterlagen FSt **106**, 337
- Maßstab für den Ort und die Art und Weise der Auslegung FSt **106**, 337
- Der Zugang zu den Unterlagen muss nicht barrierefrei möglich sein FSt **106**, 338
- Unwirksamkeit wegen unvollständiger Festsetzung zum Maß der baulichen Nutzung FSt **147**, 469

- Anforderungen an eine wirksame Regelung zur Überschreitung der zulässigen Grundfläche nach § 19 Abs. 4 Satz 2 BauNVO FSt **147**, 469
- Gesamtnwirksamkeit des Bebauungsplans als Folge einer unvollständigen Festsetzung zum Nutzungsmaß FSt **147**, 471
- Fehlender Hinweis auf die Einsehbarkeit der DIN 4109 und unzulässige grundstücksbezogene Festsetzung der Anzahl der Wohneinheiten führen zur Unwirksamkeit FSt **148**, 471
- Wird im Bebauungsplan auf ein technisches Regelwerk (hier: DIN 4109 „Schallschutz im Hochbau“) Bezug genommen, muss darauf hingewiesen werden, wo es eingesehen werden kann FSt **148**, 471
- Eine textliche Festsetzung, nach der maximal zwei Wohneinheiten je Grundstück zulässig sind, ist unwirksam, da sie nicht von der Ermächtigungsgrundlage des § 9 Abs. 1 Nr. 6 BauGB gedeckt ist FSt **148**, 472
- Geplante Wiederaufnahme einer langjährig unterbrochenen Tierhaltung als abwägungserheblicher Belang FSt **195**, 616
- Die Geruchsbelastung im Fall der Wiederaufnahme der Nutzung eines angrenzenden Grundstücks zur Tierhaltung ist nur dann in die Abwägung einzubeziehen, wenn die geplante Wiederaufnahme bei der Entscheidung über den Bebauungsplan erkennbar war FSt **195**, 617
- Unwirksamkeit eines Bebauungsplans bei Ausfertigung nach Bekanntmachung; Zumutbarkeit von Lichtmissionen von Dächern und Solaranlagen FSt **232**, 729
- Unwirksamkeit eines Bebauungsplans, wenn die Ausfertigung erst nach der Bekanntmachung erfolgt FSt **232**, 730
- (Keine) Unzumutbarkeit der bei Sonnenschein von einem Stahltrapezblechdach ausgehenden Lichtreflexionen FSt **232**, 731
- Die Spiegelung des Sonnenlichts am Gestänge des Metallständers einer Solaranlage in der Zeit von ca. 16.30 bis 19.00 Uhr ist hinzunehmen FSt **232**, 733
- Unwirksamer Bebauungsplan aufgrund der fehlerhaften Wahl des beschleunigten Verfahrens gem. § 13 BauGB und einer deswegen zu Unrecht unterlassenen Umweltprüfung FSt **260**, 822
- Wann sind durch eine Änderung eines Bebauungsplans die Grundzüge der Planung berührt? FSt **260**, 823
- Berühren der Grundzüge der Planung durch eine erhebliche Erhöhung der höchstzulässigen Zahl der Wohnungen in Wohngebäuden FSt **260**, 824

- Keine Umdeutung eines nach § 13 BauGB durchgeführten Verfahrens in eines nach § 13a BauGB FSt 260, 826
- Beachtlichkeit der fehlerhaften Wahl des beschleunigten Verfahrens FSt 260, 826

### Befristung von Arbeitsverträgen

- Vertragsbeginn bei Dienstreise, Verlängerung bei Zuweisung anderer Arbeitsaufgaben FSt 206, 656

### Beihilfe

- Bek des StMFH vom 4.11.2021 – Änderung der Bekanntmachung zum Vollzug der Bayerischen Beihilfeverordnung GK 12, 24
- Bek des StMFH vom 18.1.2022 – Fünfzehnte Änderung der Bekanntmachung über die Ergänzenden Bestimmungen zum Vollzug der Bayerischen Beihilfeverordnung GK 58, 144
- Bek des StMFH vom 2.2.2022 – Änderung der Bekanntmachung zum Vollzug der Bayerischen Beihilfeverordnung GK 68, 168
- Bek des StMFH vom 7.2.2022 – Änderung der Bekanntmachung zum Vollzug der Bayerischen Beihilfeverordnung GK 79, 192
- Bek des StMFH vom 4.7.2022 – Sechzehnte Änderung der Bekanntmachung über die Ergänzenden Bestimmungen zum Vollzug der Bayerischen Beihilfeverordnung GK 163, 408
- Bek des StMFH vom 20.7.2022 – Siebzehnte Änderung der Bekanntmachung über die Ergänzenden Bestimmungen zum Vollzug der Bayerischen Beihilfeverordnung GK 172, 432
- Bek des StMFH vom 5.10.2022 – Änderung der Bekanntmachung zum Vollzug der Bayerischen Beihilfeverordnung GK 234, 552

### Beihilfavorschriften

- Änderung der Bayerischen Beihilfeverordnung FSt 4, 8
- Systemische Therapie (§ 12a neu) FSt 4, 8
- Auslagen, Material- und Laborkosten bei zahnärztlichen Leistungen (§ 14) FSt 4, 8
- Arznei-, Verbandmittel und vergleichbare Medizinprodukte (§ 18 Satz 2) FSt 4, 8
- Aufwendungen für Sehhilfen, sonstige visusverbessernde Maßnahmen (§ 22) FSt 4, 9
- Krankenhausleistungen (§ 28 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 Buchst. a, Doppelbuchst. aa) FSt 4, 10
- Beihilfe bei Behandlung in Rehabilitationseinrichtungen (§ 29 Abs. 5 Satz 2) FSt 4, 10
- Stationäre Pflege (§ 36 Abs. 1 Satz 3) FSt 4, 10
- Beihilfefähige Aufwendungen bei Vorsorgemaßnahmen (§ 41 Abs. 5) FSt 4, 11
- Künstliche Befruchtung, Sterilisation, Kontrazeption (§ 43 Abs. 3 und 4) FSt 4, 11

### Bekanntmachung

- Die fehlende Angabe der Internetseite in der ortsüblichen Bekanntmachung (Art. 27a Abs. 2 BayVwVfG) ist unbeachtlich FSt 88, 281

### Benutzungsgebühren

- Änderung der Entscheidung über die Abschreibungsmethode während des laufenden Kalkulationszeitraums GK 72, 181
- Die zur Gebührenerhöhung führende Einbeziehung von Zuwendungen während der laufenden Kalkulationsperiode ist ein materieller Eingriff in die Kalkulation GK 72, 182
- Entscheidungen über die Abschreibungsmethode (nach Art. 8 Abs. 3 Satz 2 KAG) müssen am Anfang der Kalkulationsperiode getroffen werden GK 72, 182

### Besitzeinweisung

- Vorzeitige Besitzeinweisung nach § 71a WHG für Bauarbeiten einer Hochwasserschutzmaßnahme FSt 161, 503
- Wird eine mündliche Verhandlung über den Antrag auf Besitzeinweisung wegen zuvor fehlerhafter Ladung wiederholt, kann sich der Betroffene nicht auf einen Ladungsfehler als Verfahrensfehler berufen FSt 161, 503
- Die verspätete Zustellung des Besitzeinweisungsbeschlusses ist kein erheblicher Verfahrensmangel FSt 161, 504
- Zulässigkeit der Änderung eines Besitzeinweisungsantrags nach der mündlichen Verhandlung der Enteignungsbehörde FSt 161, 504
- Ausreichende Ermittlung des Zustands der Grundstücke FSt 161, 505
- Weigerung des Eigentümers oder Besitzers des Grundstücks, das für das Vorhaben benötigt wird, den Besitz durch Vereinbarung unter Vorbehalt aller Entschädigungsansprüche dem Träger des Vorhabens zu überlassen, § 71a Abs. 1 Nr. 1 WHG FSt 161, 506
- Gebot des sofortigen Beginns von Bauarbeiten aus Gründen eines wirksamen Hochwasserschutzes, § 71a Abs. 1 Nr. 2 WHG FSt 161, 507
- Rechtsweg bei behördlichen Entscheidungen im Rahmen einer fernstraßenrechtlichen Besitzeinweisung; keine Zuständigkeit der Baulandgerichte FSt 278, 881
- Eröffnung des Verwaltungsrechtswegs FSt 278, 881
- Keine Sonderzuweisung an die ordentlichen Gerichte FSt 278, 882
- Keine abweichende frühere Rechtsprechung FSt 278, 882

- Keine Sachnäheargumente und kein Bedürfnis für eine verfassungskonforme Auslegung  
FSSt 278, 883

## Bestattungswesen

- Ersatzvornahme durch die Gemeinde; Kosten-erstattungspflicht der Angehörigen; örtliche Zuständigkeit; Wahl des Bestattungsorts und der Bestattungsart  
FSSt 28, 81
- Die öffentlich-rechtliche Bestattungspflicht von Kindern gegenüber einem verstorbenen Elternteil besteht selbst dann, wenn dieser die elterlichen Pflichten während der gesamten Kindheit nicht erfüllt hat  
FSSt 28, 82
- Die örtliche Zuständigkeit der Gemeinden für bestattungsrechtliche Anordnungen bestimmt sich im Ausgangspunkt nach den allgemeinen Vorschriften des Bayerischen Verwaltungsverfahrens-gesetzes  
FSSt 28, 82
- Abweichend von den Grundregeln des Verwaltungsverfahrens-gesetzes muss die Sterbeort-gemeinde, solange sich der Leichnam auf ihrem Gebiet befindet, für die Erfüllung der aus dem Todesfall folgenden gesetzlichen Pflichten sorgen  
FSSt 28, 83
- Lässt sich kein anderslautender Wille feststellen, so ist anzunehmen, dass die verstorbene Person am letzten Wohnort bestattet werden wollte, so dass die Sterbeort-gemeinde die Überführung dorthin zu veranlassen hat  
FSSt 28, 84
- Die Art der Bestattung bestimmt die zuständige Gemeinde nach pflichtgemäßem Ermessen, wobei kein Vorrang der (kostengünstigeren) Feuerbestattung besteht  
FSSt 28, 85

## Betreuungsrecht

- Betreuerauswahl bei Ablehnung einer bestimmten Person durch den Betroffenen  
FSSt 38, 120

## Betriebe gewerblicher Art

- Anzahl der Verpachtungs-Betriebe gewerblicher Art (BzG) bei Verpachtung mehrerer gleichartiger Objekte  
GK 4, 4
- Körperschaftsteuer: Gesonderte Feststellung des steuerlichen Einlagekontos bei Betrieben gewerblicher Art  
GK 176, 439

## Betriebsveranstaltungen

- Bewertung von Arbeitslohn anlässlich von Betriebsveranstaltungen  
GK 62, 155

## Bewerbungen

- Stellenbewerbung eines schwerbehinderten Menschen – Absehen von der Einladung zu einem Vorstellungsgespräch wegen mangelnder fachlicher Eignung  
FSSt 18, 52

- Hochschulabschluss in bestimmten Studienbereichen und IT-Fachkenntnisse als Voraussetzung eines Anforderungsprofils  
FSSt 99, 319
- Bewerbungsverfahrensanspruch – Verhältnis von Primär- und Sekundärrechtsschutz; hier: mittelloser Bewerber  
FSSt 115, 360
- Ausschluss eines Beamten vom Auswahlverfahren wegen schwebenden Disziplinarverfahrens  
FSSt 143, 440
- Anforderungen an die Einladung zu einem Vorstellungsgespräch für schwerbehinderte Bewerber gemäß § 165 Satz 3 SGB IX; Beweislastfragen  
FSSt 193, 608
- Kausalitätsvermutung der Benachteiligung bei Nichteinladung zu einem Vorstellungsgespräch  
FSSt 193, 609
- Der Nichterhalt eines Einladungsschreibens begründet per se noch nicht die Vermutung einer Benachteiligung  
FSSt 193, 610
- Der Arbeitgeber muss alles Mögliche und Zumutbare unternehmen, um einen ordnungsgemäßen und fristgerechten Eingang der Einladung zu bewirken  
FSSt 193, 611
- Eine qualifizierte Form der Einladung und eine telefonische Nachfrage bei Nichterscheinen des Stellenbewerbers ist nicht erforderlich  
FSSt 193, 612
- Auswahl- und Stellenbesetzungsverfahren; Vermutung einer Benachteiligung wegen Schwerbehinderung i.S.v. § 22 AGG  
FSSt 258, 818
- Ausschluss eines Beförderungsbewerbers; krankheitsbedingte fehlende Beurteilung; Nachholung der Beteiligung der Schwerbehindertenvertretung  
FSSt 267, 847
- Zu den Anforderungen der Nachholung der Beteiligung der Schwerbehindertenvertretung im Auswahlverfahren  
FSSt 267, 848
- Dass ein Bewerber mit Blick auf den beabsichtigten Zeitpunkt der Stellenbesetzung krankheitsbedingt nicht rechtzeitig beurteilt werden kann, rechtfertigt nicht ohne Weiteres seinen Ausschluss vom Auswahlverfahren  
FSSt 267, 849
- Aktualität dienstlicher Beurteilungen  
FSSt 267, 852

## Bewirtungsaufwendungen

- Steuerliche Anerkennung von Bewirtungskosten als Betriebsausgaben  
GK 100, 248
- Inhalt der Bewirtungsrechnung  
GK 100, 249
- Erstellung der Bewirtungsrechnung  
GK 100, 250
- Digitale oder digitalisierte Bewirtungsrechnungen und -belege  
GK 100, 251
- Bewirtungen im Ausland  
GK 100, 252

## Bezirksumlagen

- Die Bezirksumlagen im Haushaltsjahr 2021 GK 26, 59
- Umlagekraft der kreisfreien Gemeinden und Landkreise GK 26, 59
- Entwicklung des Umlagesolls der Bezirke GK 26, 61
- Entwicklung der Bezirksumlagesätze GK 26, 61

## Brückenbau

- Leistungsbeschreibung für den Straßen- und Brückenbau in Bayern GK 148, 378

## Büchereien

- Pandemiebedingte Schließung einer Stadtbibliothek; zeitweilige Unmöglichkeit der Rückgabe; nachträgliche Verlängerung der Ausleihfrist; Versäumnisgebühr; Informationspflichten und -obliegenheiten GK 143, 362
- Ist wegen der pandemiebedingten Schließung einer öffentlichen Bibliothek eine fristgerechte Rückgabe der entliehenen Medien nicht möglich, so wird der Entleiher dadurch von seiner Rückgabepflicht nur vorübergehend suspendiert GK 143, 363
- Ob die generelle Verlängerung der Rückgabefrist gegenüber den Benutzern wirksam bekanntgegeben wurde, ist für die Rechtmäßigkeit der erst nach Ablauf der Frist erhobenen Versäumnisgebühren unerheblich GK 143, 364
- Nach der pandemiebedingten Schließung der öffentlichen Bibliotheken oblag es den Entleihern, sich aus allgemein zugänglichen Quellen oder durch Nachfrage über eine mögliche Wiedereröffnung zu informieren GK 143, 364
- Eine Fristdauer von 30 Tagen bot unter den seinerzeit gegebenen Umständen jedenfalls ausreichend Zeit, um sich über die Wiedereröffnung einer Rückgabemöglichkeit zu informieren GK 143, 365

## Bundesausbildungsförderungsgesetz

- Achtundzwanzigstes Gesetz zur Änderung des Bundesausbildungsförderungsgesetzes (28. BAföGÄndG) vom 19.10.2022 GK 234, 552

## Bundesregierung

- Organisationserlass des Bundeskanzlers GK 24, 48

## Bürgerbegehren, Bürgerentscheid

- Bürgerbegehren; erforderliche Angaben; Formanforderungen an die Gestaltung der Unterschriftenlisten FSt 63, 201

- Bürgerbegehren; vorläufiger Planungsstopp; Planungspflicht der Gemeinde; Verbindung mehrerer Teilfragen; Begründungspflicht; Bestimmtheit der Fragestellung FSt 90, 285
- Aus der Neuregelung des § 1 Abs. 3 Satz 1 Halbsatz 2 BauGB folgt für die Gemeinden keine Verpflichtung, Wohnungsbauvorhaben planerisch zu ermöglichen FSt 90, 286
- Eine Pflicht der Gemeinde zur Aufstellung eines Bebauungsplans besteht nur in Ausnahmesituationen FSt 90, 287
- Werden mehrere sachlich zusammenhängende Einzelfragen in einem Bürgerbegehren verbunden, muss in der Begründung nicht entsprechend differenziert werden FSt 90, 288
- Zielt ein Bürgerbegehren auf eine ohne weitere Vollzugshandlung eintretende Rechtswirkung, so muss sich die Reichweite dieser angestrebten Regelung schon aus der Formulierung der Fragestellung klar erkennen lassen FSt 90, 289
- Ein durch Bürgerentscheid erstrebter vorläufiger Planungsstopp kann nicht von der „Realisierung“ des in der Gemeinde „bereits genehmigten Wohnbaurechts für den freien Privatmarkt“ abhängig gemacht werden FSt 90, 290

## D

### Darlehen

- Kündigung eines Darlehens durch einen kommunalen Zweckverband GK 153, 385
- Wirksamer Ausschluss der Kündigung eines Darlehens nach § 489 Abs. 4 Satz 2 BGB? GK 153, 386
- Ein kommunaler Zweckverband, der sich allein aus Gemeinden und/oder Gemeindeverbänden zusammensetzt, ist einem Gemeindeverband im Sinne von § 489 Abs. 4 Satz 2 BGB gleichzustellen GK 153, 386
- Bei wertender Betrachtung ist der ausschließlich aus öffentlich-rechtlichen Gebietskörperschaften bestehende kommunale Zweckverband unter den Begriff des Gemeindeverbands zu fassen GK 153, 388
- Ungleichbehandlung eines Zweckverbandes auch nicht aufgrund bankenaufsichtlicher Vorschriften geboten GK 153, 390
- Zusammenfassendes Ergebnis: Bei einem kommunalen Zweckverband kann die ordentliche Kündigung eines Darlehens ausgeschlossen werden GK 153, 391

## Datenschutz

- Factoring bei ÖPNV-Leistungen durch Stadtwerke FSt 16, 46
- Informationspflichten bei der Rechnungsprüfung bayerischer öffentlicher Stellen FSt 30, 88
- Rechnungsprüfungsorgane im bayerischen öffentlichen Sektor FSt 30, 88
- Datenschutzrechtlicher Bezug der Prüftätigkeit FSt 30, 89
- Informationspflicht der geprüften Stelle FSt 30, 91
- Informationspflicht des Rechnungsprüfungsorgans FSt 30, 93
- Zugang zu Niederschriften der Sitzungen kollektiver Selbstverwaltungsorgane in bayerischen Gemeinden und Landkreisen FSt 51, 161
- Kommunalrechtliche Zugangsansprüche FSt 51, 161
- Allgemeines Recht auf Auskunft (Art. 39 BayDSG) FSt 51, 164
- Optionen zur Verbesserung der Transparenz FSt 51, 166
- Löschung von Datenkopien aus Backup-Systemen FSt 75, 245
- Beschäftigten-Geburtstagslisten bei bayerischen öffentlichen Stellen FSt 103, 329
- Transparenz bei Grundstücksverkäufen bayerischer Gemeinden FSt 117, 364
- Ablauf kommunaler Grundstücksgeschäfte FSt 117, 364
- Transparenz nach kommunalrechtlichen Vorgaben FSt 117, 365
- Zusätzliche Transparenz durch das allgemeine Recht auf Auskunft FSt 117, 367
- Verfahrensbezogene Hinweise FSt 117, 370
- Meldungen von Verletzungen des Schutzes personenbezogener Daten FSt 131, 406
- Datenfehlerübermittlungen FSt 131, 406
- Papierversand FSt 131, 406
- Falscheingabe der Telefaxnummer FSt 131, 406
- (Unverschlüsselte) E-Mails an falsche Adressaten FSt 131, 406
- „cc“ statt „bcc“ FSt 131, 407
- Hackerangriffe, Schadsoftware oder Systemausfälle FSt 131, 407
- „Neugierzugriffe“ FSt 131, 408
- Datenschutz im Standesamt FSt 162, 509
- Unzulässigkeit einer regelhaften Anfertigung von Personalausweis- und Reisepasskopien bei der Anmeldung von Eheschließungen FSt 162, 509
- Unzulässigkeit einer regelhaften Betreuerinformation über die Anmeldung betreuter Personen zur Eheschließung FSt 162, 510

- Verfahren bei Zweifeln an der Echtheit vorgelegter Urkunden FSt 162, 512
- Datenschutz bei den SARS-CoV-2-Testungen an bayerischen öffentlichen Schulen FSt 211, 666
- SARS-CoV-2-Selbsttestungen in Schulen FSt 211, 667
- PCR-Pooltests an Grund- und Förderschulen FSt 211, 669
- Verarbeitung des Impf- oder Genesenenstatus FSt 211, 670
- Datenschutz: Abfragen beim Ausländerzentralregister im Sozialbereich FSt 219, 692
- Datenschutzrechtliche Anforderungen an Reihentestungen auf den Erreger SARS-CoV-2 in Rehabilitations- und Pflegeeinrichtungen FSt 234, 737
- Erfolgt die Datenerhebung aufgrund einer behördlichen Anordnung oder aufgrund einer datenschutzrechtlichen Einwilligung? FSt 234, 738
- Besteht eine Übermittlungsbefugnis des Gesundheitsamts auf Ersuchen der Einrichtungseitung? FSt 234, 739
- Ist eine Datenverarbeitung als Annex einer behördlichen Anordnung zu Zwecken von Infektionsschutz und Pandemiebekämpfung zulässig? FSt 234, 741
- Entgeltspflicht für Kontrollen bei der Auftragsverarbeitung? FSt 242, 773
- Datenschutz: Zulässigkeit der Übermittlung des Ergebnisses einer amtsärztlichen Arbeitsfähigkeitsuntersuchung bei Tarifbeschäftigten an den Arbeitgeber FSt 257, 814
- Regelungen zum Nachweis der Arbeitsfähigkeit FSt 257, 815
- Mitteilung der Untersuchungsergebnisse an den Arbeitgeber FSt 257, 815
- Erforderlichkeit einer Einwilligung des Beschäftigten zur Übermittlung des Untersuchungsergebnisses und dessen zulässiger Inhalt FSt 257, 818
- Gleichstellungsbeauftragte – Einsicht in Bewerbungsunterlagen und Teilnahme an Vorstellungsgesprächen FSt 281, 894
- Einsichtsrecht in Bewerbungsunterlagen FSt 281, 894
- Kein generelles Teilnahmerecht an Vorstellungsgesprächen FSt 281, 896

## Datensicherheit

- IT-Grundschutz-Profil „Basis-Absicherung Kommunalverwaltung“ – Version 3.0 FSt 240, 759

## Denkmalschutz

- Wirtschaftliche Zumutbarkeit der zum Erhalt eines Baudenkmals angeordneten Maßnahmen  
FSSt 197, 622
- Auch ein schlecht erhaltenes oder anderweitig beeinträchtigtes Denkmal ist schützenswert, solange es nicht unrettbar verloren ist  
FSSt 197, 622
- Zur Grenze der Erhaltungspflicht wegen wirtschaftlicher Unzumutbarkeit  
FSSt 197, 624

## Dienstunfall

- Zeitpunkt des Dienstunfalls als maßgeblicher Zeitpunkt für die Beurteilung eines Anspruchs auf Unfallruhegehalt  
FSSt 177, 559
- Beweislast bei der Rücknahme der Anerkennung von Dienstunfallfolgen  
FSSt 215, 680

## Dienstvergehen

- Schadensersatzanspruch des Dienstherrn gegen Beamten wegen grob fahrlässiger Dienstpflichtverletzung  
FSSt 205, 648
- Grob fahrlässige Verletzung von Dienstpflichten  
FSSt 205, 648
- Nichtvorliegen eines Mitverschuldens von Mitarbeitern bzw. des zuständigen Fachministeriums in Form eines Organisationsverschuldens  
FSSt 205, 649
- Kausaler Zusammenhang zwischen Pflichtverletzung und Schaden  
FSSt 205, 651
- Rechtfertigungsgründe für pflichtwidriges Verhalten (hier verneint)  
FSSt 205, 652
- Entstandener Schaden und Schadensabwendungs- bzw. Minderungspflicht  
FSSt 205, 652
- Verjährungsfragen  
FSSt 205, 654
- Keine Reduzierung der Schadensersatzforderung aufgrund der Fürsorgepflicht  
FSSt 205, 655

## Digitalisierung

- Gesetz über die Digitalisierung im Freistaat Bayern (Bayerisches Digitalgesetz – BayDiG)  
FSSt 241, 761

## Disziplinarrecht

- Zurechnung von Anwaltsverschulden im beamtenrechtlichen Disziplinarverfahren; keine Wiedereinsetzung in den vorigen Stand bei Fristversäumnis  
FSSt 169, 525
- Ablauf der Revisionsbegründungsfrist  
FSSt 169, 525
- Wiedereinsetzung in den vorigen Stand – Allgemeines  
FSSt 169, 526
- Verschulden des Bevollmächtigten an der Fristversäumnis  
FSSt 169, 526

- Zurechnung des Anwaltsverschuldens  
FSSt 169, 527
- Einbehalt der Dienstbezüge bei vorläufiger Dienstenthebung – hier: Berücksichtigung von nichtehelicher Lebensgemeinschaft  
GK 146, 371
- Aussetzung des Einbehalts von Dienstbezügen bei ernstlichen Zweifeln an der Rechtmäßigkeit der Entscheidung  
GK 146, 371
- Die Anordnungsbehörde hat sich bei der Festsetzung des Einbehaltungssatzes am Grundsatz der angemessenen Alimentation eines Beamten und der Fürsorge ihm gegenüber zu orientieren  
GK 146, 372
- Bei der Festsetzung des Einbehaltungssatzes sind die finanziellen Verhältnisse des mit dem Beamten in gemeinsamer Wohnung zusammenlebenden Lebensgefährten nicht zu berücksichtigen  
GK 146, 373
- Die sozialrechtlichen Vorschriften über die Bedarfsgemeinschaft können nicht angewendet werden  
GK 146, 373
- Kein teilweises Aussetzen der Einbehaltensanordnung, wenn Abstandsgebot nicht gewährt wird  
GK 146, 375

## Dorferneuerung

- Bek des StMELF vom 30.11.2021 – Dorferneuerungsrichtlinien zum Vollzug des Bayerischen Dorfentwicklungsprogramms (DorFR)  
GK 33, 71
- Bek des StMELF vom 14.12.2021 – Richtlinien für die Dorferneuerungs- und Infrastrukturprojekte zur Umsetzung des ELER-Programms 2014 bis 2022 und des EURI-Programms in Bayern  
GK 52, 120

## E

### Ehrensold

- Einbeziehung des Ehrensolds in den Versorgungsausgleich bei Scheidung  
GK 177, 442
- Der Pflichtehrensold gemäß Art. 59 Abs. 1 Satz 1 Kommunal-Wahlbeamten-Gesetz (KWBG) ist ein ausgleichspflichtiges Recht im Sinne des § 2 VersAusglG  
GK 177, 443
- Ehrensold dient der Altersversorgung; er ist nicht lediglich eine Treueprämie  
GK 177, 444
- Ehrensold wird durch Arbeit ausgelöst  
GK 177, 445
- Unpfändbarkeit des Anrechts auf Ehrensold und Widerrufsvorbehalt stehen einem Versorgungsausgleich nicht entgegen  
GK 177, 446

- Bewertung des ausgleichenden Anrechts  
GK 177, 446
- Fälligkeit und Verzinsung des Ausgleichsanspruchs  
GK 177, 447

### Eingruppierung

- Eingruppierung einer Gruppen-/Teamleitung – Freiwillige nach dem Bundesfreiwilligendienstgesetz (BFDG)  
FSt 113, 358

### Einrichtungen, gemeindliche

- Die Beschränkung des Widmungsumfanges einer kommunalen öffentlichen Einrichtung, die deren Nutzung allein aufgrund der Befassung mit einem bestimmten Thema abschließt, verletzt das Grundrecht der Meinungsfreiheit  
FSt 76, 247
- Normenkontrolle; kommunale Einrichtung; zeitliche Widmungsbeschränkung; Verhältnismäßigkeit; Willkürverbot  
FSt 204, 644
- Eine während des Gerichtsverfahrens außer Kraft getretene Satzung kann im Falle einer Wiederholungsgefahr noch Gegenstand einer Normenkontrolle sein  
FSt 204, 645
- Die (teilweise) Schließung einer kommunalen Einrichtung stellt keinen Eingriff in das Grundrecht der allgemeinen Handlungsfreiheit dar  
FSt 204, 645
- Gegen Widmungsbeschränkungen öffentlicher Einrichtungen können sich die bisherigen Benutzer zur Wehr setzen, wenn sie einen Gleichheitsverstoß geltend machen  
FSt 204, 646
- Widmungsbeschränkungen öffentlicher Einrichtungen sind grundsätzlich nicht am Verhältnismäßigkeitsgrundsatz zu messen  
FSt 204, 646
- Ungleichheiten bei zeitlichen Widmungsbeschränkungen öffentlicher Einrichtungen können durch ein unterschiedlich hohes Besucheraufkommen gerechtfertigt sein  
FSt 204, 647
- Musikschule als öffentliche Einrichtung; Abmeldung während des Schuljahres; krankheitsbedingter Unterrichtsausfall; Unwirksamwerden des Jahresgebührenbescheids; Einwendungen gegen die Vollstreckung  
GK 118, 294
- Dass nachträglich entstandene Einwendungen gegen einen Abgabenbescheid nicht bereits im Vollstreckungsverfahren gemäß Art. 21 VwZVG geltend gemacht wurden, steht einer späteren Klage auf Rückzahlung nicht entgegen  
GK 118, 295
- Aus einer durch Bescheid festgesetzten Zahlungspflicht ergibt sich für die Behörde ein „Recht auf Behaltendürfen“ des Geleisteten  
GK 118, 296

- Ein Bescheid, mit dem Benutzungsgebühren für einen bestimmten Zeitraum festgesetzt wurden, kann seine Wirksamkeit für die Zukunft „auf andere Weise“ verlieren, wenn das Benutzungsverhältnis vorzeitig beendet wird  
GK 118, 296
- Der längerfristige ersatzlose Ausfall der Lehrkraft kann im Einzelfall die vorzeitige Abmeldung vom Musikschulunterricht rechtfertigen  
GK 118, 298
- Unter welchen Umständen Unterrichtsausfälle ein Recht zur Abmeldung begründen, hängt auch von den Regelungen in der Gebührensatzung ab  
GK 118, 298
- Ein krankheitsbedingter Unterrichtsausfall reicht als Abmeldungsgrund nur aus, wenn danach anzunehmen ist, dass ein erfolgreicher Musikunterricht auf Dauer nicht mehr möglich sein wird  
GK 118, 299

### Einvernehmen

- Anforderungen an das Ersuchen des gemeindlichen Einvernehmens durch die Baugenehmigungsbehörde  
FSt 68, 219
- Rechtsschutz der Gemeinde gegen die Ersetzung des Einvernehmens durch die Baugenehmigungsbehörde  
FSt 271, 860
- Erste Auffassung: Kein isoliertes Vorgehen gegen die Ersetzung des gemeindlichen Einvernehmens möglich  
FSt 271, 860
- Zweite Auffassung: Die Gemeinde muss zunächst gegen die Ersetzung des gemeindlichen Einvernehmens vorgehen, bevor sie die Baugenehmigung angreifen kann  
FSt 271, 861
- Dritte Auffassung: Die Gemeinde kann sowohl gegen die Ersetzung des Einvernehmens als auch die Erteilung der Baugenehmigung vorgehen  
FSt 271, 861

### Eisenbahn

- Freistellung eines Grundstücks von Bahnbetriebszwecken nach § 23 Allgemeines Eisenbahngesetz (AEG)  
FSt 274, 869
- Fortbestehen der eisenbahnrechtlichen Widmung der Grundstücke  
FSt 274, 870
- Fehlen eines langfristigen Nutzungsinteresses  
FSt 274, 871
- Maßgeblicher Zeitpunkt für die Beurteilung, ob die Freistellungsvoraussetzungen des § 23 Abs. 1 AEG vorliegen  
FSt 274, 872
- Die Planungen müssen hinreichend konkret sein, um ein Nutzungsinteresse an den Grundstücken zu begründen  
FSt 274, 873

## Eisenbahnkreuzungsgesetz

- Kostenregelung bei Maßnahmen an Bahnübergängen im Fall von Kreuzungen einer nicht-bundeseigenen Eisenbahnstrecke mit einer Straße in kommunaler Baulast **FS** **196**, 620

## Energiewirtschaft

- Kompetenzzentrum Kommunale Wärmewende eröffnet **FS** **264**, 839
- Neuer Mustervertrag regelt Beteiligung an Photovoltaik-Freiflächenanlagen **GK** **77**, 189
- Gesetz zur Änderung des Energiewirtschaftsgesetzes zur Einführung von Füllstandvorgaben für Gasspeicheranlagen sowie zur Änderung von § 246 des Baugesetzbuchs **GK** **106**, 264
- Räumliche Abgrenzung des Netzgebiets der allgemeinen Versorgung im Sinne des Energiewirtschaftsrechts **GK** **121**, 306
- Gesetz zur Änderung des Energiesicherungsgesetzes 1975 und anderer energiewirtschaftlicher Vorschriften vom 20.5.2022 **GK** **125**, 312
- Gesetz zur Änderung des Energiesteuerrechts zur temporären Absenkung der Energiesteuer für Kraftstoffe (Energiesteuersenkungsgesetz – EnergieStSenkG) vom 24.5.2022 **GK** **134**, 336
- Gesetz zur Änderung des Energiewirtschaftsrechts im Zusammenhang mit dem Klimaschutz-Sofortprogramm und zu Anpassungen im Recht der Endkundenbelieferung vom 19.7.2022 **GK** **172**, 431
- Gesetz zu Sofortmaßnahmen für einen beschleunigten Ausbau der erneuerbaren Energien und weiteren Maßnahmen im Stromsektor vom 20.7.2022 **GK** **172**, 431
- Gesetz zur Änderung des Energiesicherungsgesetzes und anderer energiewirtschaftlicher Vorschriften vom 8.10.2022 **GK** **220**, 528

## Erschließungsbeitrag

- Keine zeitlich unbegrenzte Erhebung von Erschließungsbeiträgen nach dem Eintritt der Vorteilslage **GK** **60**, 147
- Aus dem Rechtsstaatsprinzip folgt das Gebot der Belastungsklarheit und -vorhersehbarkeit **GK** **60**, 148
- Gebot der Rechtssicherheit erfordert Verjährungsregelung **GK** **60**, 148
- Anwendbarkeit der Grundsätze von Rechtssicherheit und Vertrauensschutz auf Erschließungsbeiträge **GK** **60**, 149
- Eintritt der tatsächlichen Vorteilslage maßgeblich **GK** **60**, 149
- Zeitpunkt der Vorteilslage im Erschließungsbeitragsrecht **GK** **60**, 150

- Unterschied zwischen sachlicher Beitragspflicht und tatsächlicher Vorteilslage **GK** **60**, 151
- Unterschied zwischen sachlicher Beitragspflicht und tatsächlicher Vorteilslage **GK** **60**, 151
- Eine Frist von 30 Jahren ist jedenfalls zu lang **GK** **60**, 152
- Konkurrenzverhältnis zwischen naturschutzrechtlicher Kostenerstattung und Erschließungsbeitrag für eine öffentliche Grünfläche **GK** **71**, 177
- Kein Erschließungsbeitrag für die Herstellung einer öffentlichen Grünanlage im Anwendungsbereich der naturschutzrechtlichen Kostenerstattung **GK** **71**, 177
- Ob eine Zuordnungsentscheidung getroffen wurde, hat keine Relevanz **GK** **71**, 179
- Für die kostenrechtliche Zuordnung kommt es auf den planerischen Willen und das Konzept der Gemeinde an **GK** **71**, 180
- Maßgebliche Erschließungsanlage; Vorhaben- und Erschließungsplan/Durchführungsvertrag; Privatweg; Hinterliegergrundstück **GK** **81**, 195
- Maßgebliche Erschließungsanlage – Begriffsbestimmung **GK** **81**, 196
- Zum Anbau bestimmt und zur verkehrsmäßigen Erschließung des Nahversorgungszentrums geeignet **GK** **81**, 196
- Behandlung als selbständige Erschließungsanlage aus rechtlichen Gründen **GK** **81**, 197
- Ein Durchführungsvertrag zum Erschließungsvertrag führt noch nicht zu einer selbständigen Erschließungsanlage **GK** **81**, 197
- Rechtliche Selbständigkeit eines Weges, der Gegenstand eines Durchführungsvertrages zum Erschließungsvertrag ist **GK** **81**, 198
- (Un-)Erheblichkeit einer zusätzlichen privaten Zuwegung zu einem Grundstück **GK** **81**, 199
- Berücksichtigung von Hinterliegergrundstücken, die über eine private Zuwegung einer Erschließungsanlage verfügen **GK** **81**, 201
- Erschließungsbeitragsrecht in Bayern **GK** **91**, 220
- Erschließungsbeitragsrecht fällt in die alleinige Gesetzgebungskompetenz der Länder **GK** **91**, 220
- Fortgeltendes Bundesrecht kann durch Landesrecht ersetzt werden **GK** **91**, 221
- §§ 127 bis 135 BauGB wurden spätestens mit Inkrafttreten des Art. 5a KAG 2016 in bayerisches Landesrecht überführt **GK** **91**, 221
- Art. 5a KAG enthält eine abschließende Regelung des Erschließungsbeitragsrechts **GK** **91**, 222
- Auf die Frage der Gesetzgebungstechnik kommt es nicht an **GK** **91**, 222
- Endgültige Herstellung einer Anbaustraße **GK** **99**, 243

- Nicht jeder Baumangel schließt die endgültige Herstellung aus GK 99, 243
- Die letzte Unternehmerrechnung als Voraussetzung für die endgültige Herstellung GK 99, 246
- Zum beitragsfähigen Erschließungsaufwand gehören sämtliche Kosten aus Werk- oder Dienstverträgen mit Bauunternehmern, Bauingenieuren und Architekten GK 99, 247
- Umwandlung eines Flurbereinigungswegs in eine beitragspflichtige Anbaustraße GK 174, 434
- Herstellung einer Erschließungsanlage als beitragsfähige Maßnahme GK 174, 434
- Erschließung als gemeindliche Aufgabe GK 174, 435
- Widmung als öffentlicher Feld- und Waldweg erschließungsbeitragsrechtlich unzureichend GK 174, 436
- Funktionswandel eines Flurbereinigungswegs führt nicht automatisch zur Beitragsfähigkeit GK 174, 437

## F

### Fahrerlaubnis

- Die Aufforderung zur Beibringung einer MPU ist auch auf Grundlage einer ordnungswidrigkeitsrechtlich nicht geahndeten Fahrt unter Alkoholeinfluss zulässig FSt 212, 672
- Widerruf der Fahrerlaubnis und der Fahrerschülererlaubnis wegen sexueller Belästigung einer Fahrerschülerin FSt 262, 831
- Die Zuverlässigkeit für den Fahrlehrerberuf ist unter Anwendung der allgemeinen gewerberechtlichen Grundsätze zu beurteilen FSt 262, 832
- Ein auf das Verbot der Ausbildung weiblicher Fahrschüler beschränkter Widerruf der Fahrerlaubnis kommt nicht in Betracht FSt 262, 833
- Notwendigkeit des Sofortvollzugs des Widerrufs wegen der nicht hinreichend sicher abschließbaren Wiederholungsgefahr FSt 262, 834
- Ob die Unzuverlässigkeit als Fahrlehrer zwingend auch zur Unzuverlässigkeit als Fahrschülerinhaber führt, bleibt offen FSt 262, 835

### Feuerwehr

- Rechtsstellung des Feuerwehrkommandanten; Widerruf der Bestätigung durch die Gemeinde; Bewirtschaftung von Haushaltsmitteln; Einhaltung der gemeindeinternen Zuständigkeiten FSt 56, 181

- Ein Ermessensausfall liegt nicht schon dann vor, wenn eine bestimmte Ermessensentscheidung durch die Einholung einer Rechtsauskunft (hier: beim Bayerischen Gemeindetag) vorbereitet worden ist FSt 56, 181
- Ein nachträglicher Ausschluss vom Amt des Feuerwehrkommandanten wegen dienstlichen Fehlverhaltens kann nur durch Widerruf der Bestätigung nach Art. 8 Abs. 4 BayFwG erfolgen FSt 56, 182
- Nach Art. 19 Abs. 2 GO „abberufen“ werden können nur Personen, die zuvor in das Amt „berufen“ und nicht gewählt worden sind FSt 56, 183
- Die Entscheidung über die erstmalige technische Ausstattung der Feuerwehr ist jedenfalls bei kleineren Gemeinden dem Gemeinderat vorbehalten FSt 56, 183
- Zum Anforderungsprofil für das Amt des Feuerwehrkommandanten gehören ein selbstbewusstes Auftreten und Durchsetzungsfähigkeit auch gegenüber den Gemeindeorganen FSt 56, 184
- Auch nach Art. 39 Abs. 1 Satz 2 GO bevollmächtigte Gemeindemitarbeiter können Verpflichtungsgeschäfte mit Dritten nur in den Grenzen des Art. 38 Satz 2 GO wirksam abschließen FSt 56, 185
- Kein lohnsteuerbarer Vorteil bei Überlassung eines Feuerwehreinsetzungsfahrzeugs GK 48, 107
- Bek des StMI vom 17.12.2021 – Richtlinien für Zuwendungen des Freistaates Bayern zur Förderung des kommunalen Feuerwehrwesens (Feuerwehr-Zuwendungsrichtlinien – FwZR) GK 52, 120

### Finanzausgleich

- Finanzausgleich 2022 FSt 145, 444
- Allgemeiner Steuerverbund, Schlüsselzuweisungen FSt 145, 446
- Grunderwerbsteuerverbund nach Art. 8 BayFAG FSt 145, 448
- Einkommensteuerersatz nach Art. 1b BayFAG FSt 145, 448
- Finanzausgleich nach Art. 7 und 9 BayFAG FSt 145, 448
- Kraftfahrzeugsteuerersatzverbund FSt 145, 448
- Kommunaler Hochbau (Art. 10 BayFAG) FSt 145, 455
- Bedarfszuweisungen (Art. 11 BayFAG) FSt 145, 458
- Krankenhausfinanzierung FSt 145, 462
- Investitionszuschüsse nach Art. 12 BayFAG FSt 145, 464
- Zuweisungen zu den Aufwendungen für die Schülerbeförderung FSt 145, 464

- Zuweisungen an die Bezirke FSt 145, 464
- Pauschaler Ausgleich für Gewerbesteuer-  
mindereinnahmen FSt 145, 464
- Finanzausgleich 2022: Tabellarische Übersicht  
über die Entwicklung der Finanzausgleichs-  
leistungen FSt 146, 465

## Finanzen, öffentliche

- Der Schuldenstand der öffentlichen Körper-  
schaften am 31.12.2020 GK 70, 171
- Der Schuldenstand des Freistaates Bayern, der  
bayerischen Gemeinden/Gemeindeverbände  
(Gv) und der Verbände mit kommunalen  
Aufgaben am 31.12.2020 im Vergleich zum  
Schuldenstand des Bundes GK 70, 171
- Zur Entwicklung des Schuldenstandes im Jahr  
2020 GK 70, 172
- Steuereinnahmekraft der Gemeinden und  
Gemeindeanteile an der Einkommen- und  
Umsatzsteuer im Jahr 2020 GK 107, 265
- Steuerschätzung Mai 2022 GK 136, 339
- Erwartetes Steueraufkommen 2022 bis 2026 in  
Mrd. € GK 136, 342
- Steuereinnahmen bzw. Steuerbeteiligungen der  
Gemeinden GK 136, 343
- Die Gemeindefinanzen in Bayern im Jahr  
2021; Ergebnis der vierteljährlichen Kassen-  
statistik GK 221, 529
- Bayerische Wirtschaft im Jahr 2021 auf Wachs-  
tumskurs GK 221, 529
- Nach Finanzierungsdefizit nun wieder posi-  
tiver Finanzierungssaldo GK 221, 529
- Anstieg bei den kommunalen Steuereinnahmen  
GK 221, 530
- Deutliches Plus bei der Gewerbesteuer  
GK 221, 530
- Steuereinnahmen – Übersicht GK 221, 530
- Einnahmen aus Verwaltung und Betrieb blei-  
ben nahezu konstant GK 221, 531
- Niedrigere Zuweisungen, höhere Kreis- und  
Bezirksumlagen GK 221, 531
- Personalausgaben weiter gestiegen GK 221, 532
- Höhere Zuweisungen und Zuschüsse für  
laufende Zwecke GK 221, 532
- Erhöhte Gewerbesteuerumlage seit 2020 entfal-  
len GK 221, 532
- Steigende Ausgaben für sonstige soziale  
Leistungen GK 221, 533
- Bauausgaben nahezu unverändert GK 221, 533
- Kassenmäßige Einnahmen der Gemeinden und  
Gemeindeverbände in Bayern 2020 und 2021  
GK 222, 534
- Kassenmäßige Ausgaben der Gemeinden und  
Gemeindeverbände in Bayern 2020 und 2021  
GK 223, 535

- Steuereinnahmen der Gemeinden in Bayern  
2021 nach Gemeindegrößenklassen GK 224, 536
- Steuereinnahmen der Gemeinden je Einwoh-  
ner in Bayern 2021 nach Gemeindegrößen-  
klassen GK 225, 537

## G

### Gasversorgung

- Grenzpreise nach § 2 Abs. 4 und 5 KAV für  
das Jahr 2022 GK 130, 330

### Gemeindebeamte

- Konkurrentenstreit zwischen Beamten bei  
einer Stellenbesetzung; Vergleichbarkeit dienst-  
licher Beurteilungen bei unterschiedlichen  
Statusämtern FSt 17, 49
- Aus Art. 33 Abs. 2 GG ergibt sich nicht, dass  
dem Inhaber des höheren Statusamts auch bei  
formal schlechterer Beurteilung grundsätzlich  
der Vorzug gegenüber dem im statusniedrige-  
ren Amt befindlichen, aber besser beurteilten  
Beamten gegeben werden muss FSt 17, 50
- Es besteht der Erfahrungssatz, dass regelmäßig  
die um einen Punktwert besser ausgefallene  
Beurteilung des Beamten im niedrigeren Sta-  
tusamt mit der im ranghöheren Statusamt  
gleichzustellen ist FSt 17, 50
- Bei Bewerbern mit unterschiedlichen Status-  
ämtern sind die Beurteilungen im Auswahlver-  
merk anhand der konkreten Umstände des  
Einzelfalls zu gewichten FSt 17, 51
- Berücksichtigung bisheriger Beurteilungen bei  
der Auswahlentscheidung FSt 17, 51
- Entbindung von der Schweigepflicht bei  
Prüfung der Dienstfähigkeit FSt 61, 200
- Gesetz zur Änderung dienstrechtlicher Vor-  
schriften vom 23.12.2021 FSt 64, 202
- Änderungen des Bayerischen Beamtengesetzes  
(BayBG) FSt 64, 203
- Änderungen des Bayerischen Besoldungsgeset-  
zes (BayBesG) FSt 64, 205
- Änderungen des Bayerischen Beamtenversor-  
gungsgesetzes (BayBeamtVG) FSt 64, 205
- Beendigung des Beamtenverhältnisses eines  
schwerbehinderten Widerrufsbeamten; keine  
vorherige Beteiligung des Integrationsamtes  
FSt 156, 486
- Die Entlassung eines schwerbehinderten Beam-  
ten bedarf nicht der Zustimmung des Integra-  
tionsamtes FSt 156, 486
- Ernsthafte (Gesundheits-)Zweifel am erfolg-  
reichen Abschluss des Vorbereitungsdiensts  
rechtfertigen die Entlassung eines Widerrufs-  
beamten FSt 156, 489

- Rechtmäßigkeit der Ruhestandsversetzung; Feststellung der Dienstunfähigkeit; ärztliches Gesundheitszeugnis FSt 182, 571
- Ärztliche Untersuchung vor der Ernennung in ein Beamtenverhältnis FSt 230, 725
- Erhöhung der Dienstbezüge der Beamten zum 1.12.2022 GK 210, 515
- Ergänzende Fürsorgeleistung (Ballungsraumzulage) für Beschäftigte, Auszubildende und Besoldungsempfänger; Dynamisierung der Zulage und Grenzbeträge 2022 GK 229, 547

## Gemeinden

- Personalgewinnungsprobleme in der Verwaltung; Zertifikatslehrgänge als Abweichung vom Erfordernis des Beschäftigungslehrgangs I (Vorbemerkung Nr. 7) FSt 65, 207
- Umgang mit Kriegerdenkmälern in Bayern FSt 160, 501

## Gemeinderatssitzung

- Öffentlichkeit von Ratssitzungen; Vergabe von Eintrittskarten; Bevorzugung bestimmter Gruppen und Personen; Unwirksamkeit der Beschlüsse bei Öffentlichkeitsverstoß FSt 155, 481
- Die Öffentlichkeit von Ratssitzungen dient auch dazu, eine demokratische Kontrolle der Arbeit des kommunalen Vertretungsorgans zu ermöglichen FSt 155, 482
- Eine bevorzugte Berücksichtigung einzelner Gruppen oder Personen bei der Vergabe der Eintrittskarten ist unzulässig; nicht zu beanstanden ist dagegen eine Platzvergabe nach dem Prioritätsprinzip FSt 155, 483
- Nicht jeder Verstoß gegen die Sitzungsöffentlichkeit durch fehlerhafte Vergabe eines Teils der Sitzplätze hat zur Folge, dass die in der Sitzung gefassten Beschlüsse unwirksam sind FSt 155, 484
- Die Unwirksamkeitsfolge tritt nicht ein, wenn eine hinreichende Anzahl allgemein zugänglicher Plätze verbleibt und die Zusammensetzung der Zuhörerschaft zufallsabhängig ist FSt 155, 485
- Die unzulässige bevorzugte Sitzplatzvergabe an Zuhörer mit einer bestimmten inhaltlichen Ausrichtung bleibt folgenlos, wenn die Vergabe der übrigen Plätze ganz überwiegend zufallsbestimmt ist FSt 155, 485

## Gemeindewahlrecht

- Art. 60a GLKrWG, wonach die im Zuge der Gemeinde- und Landkreiswahlen 2020 erforderlichen Stichwahlen ausschließlich als Briefwahlen durchzuführen waren, verstößt nicht gegen die Bayerische Verfassung FSt 39, 121

- Der Beschluss des Landtags zum Bayerischen Infektionsschutzgesetz verstößt nicht gegen zwingendes Verfassungsrecht, obwohl bei der Schlussabstimmung nur 1/5 der Mitglieder des Landtags zugegen war FSt 39, 121
- Dem Gesetzgeber steht bei der Konkretisierung der Wahlrechtsgrundsätze ein Ermessensspielraum zu FSt 39, 123
- Die Anordnung einer ausschließlichen Briefwahl war in der besonderen Corona-Situation im März 2020 geeignet, erforderlich und verhältnismäßig, um eine hohe Wahlbeteiligung zu erreichen FSt 39, 125

## Gemeinnützigkeit

- Bundesfinanzministerium konkretisiert die Regelungen über die Anerkennung GK 144, 366

## Geschäftsordnung

- Zulässige Regelung in der Geschäftsordnung eines kommunalen Vertretungsorgans, wonach für den Fraktionsvorsitz eine Doppelspitze nur geschlechterparitätisch gebildet werden kann FSt 254, 801
- Die Regelung einer geschlechterparitätisch besetzten Doppelspitze dürfte von der Geschäftsordnungsautonomie des kommunalen Vertretungsorgans gedeckt sein FSt 254, 802
- Kein Verstoß gegen den allgemeinen Gleichbehandlungsgrundsatz (Art. 3 Abs. 1 GG, Art. 118 Abs. 1 BV) FSt 254, 803
- Keine unzulässige Einflussnahme auf das freie Wahlvorschlagsrecht der Parteien FSt 254, 804
- Kein Verstoß gegen das Gebot der Wahlgleichheit FSt 254, 805
- Zulässigkeit der „doppelten“ Entschädigung für eine Doppelspitze FSt 254, 805

## Gesundheitswesen

- Gesundheitsdienstgesetz (GDG) vom 10.5.2022 FSt 247, 785
- Aufspaltung des Gesundheitsdienst- und Verbraucherschutzgesetzes (GDVG) FSt 247, 786
- Praxisanleitung im Hebammenstudium FSt 247, 786
- Schwangerschaftsabbrüche FSt 247, 786
- Neubesetzung des Landesgesundheitsrates FSt 247, 787
- Nachvollziehung der Novellierung des Psychotherapeutengesetzes (PsychThG) im Heilberufe-Kammergesetz (HKaG) FSt 247, 787
- Online-Versammlungen der Heilberufekammern FSt 247, 787
- Externe Verarbeitung von Patientendaten durch Krankenhäuser FSt 247, 788

## Gewerbsteuer

- Bek des StMFH vom 8.12.2021 – Richtlinie zum Ausgleich von Gewerbesteuermindereinnahmen der Gemeinden in Folge der COVID-19-Pandemie im Jahr 2021 (Gewerbesteuer-ausgleichsrichtlinie 2021 – GewStAR 2021) GK 33, 72

## Gewerbsteuerzerlegung

- Anpassung der Gewerbesteuerzerlegung bei Wind- und Solarkraftanlagen (sog. EE-Anlagen) GK 2, 2
- Gewerbesteuerzerlegung beim Versorgungsunternehmen nach Entflechtung von Netz- und Versorgungsbetrieb (Unbundling) GK 46, 104

## Gewerbeuntersagung

- Reichweite des Verbots gewerblicher Ankäufe mit Gewährung des Rückkaufsrechts in § 34 Abs. 4 GewO FSt 83, 269
- Zum Anwendungsbereich des Verbots in § 34 Abs. 4 GewO FSt 83, 270
- Wortlaut des § 34 Abs. 4 GewO FSt 83, 270
- Entstehungsgeschichte des § 34 Abs. 4 GewO FSt 83, 271
- Systematik und Zweck des § 34 Abs. 4 GewO FSt 83, 272
- Ausreichende Bestimmtheit des Wortlauts des § 34 Abs. 4 GewO FSt 83, 272
- Kein Verstoß gegen die Berufsfreiheit FSt 83, 273
- Kein Verstoß gegen die unionsrechtliche Dienstleistungsfreiheit FSt 83, 274
- Persönlicher Anwendungsbereich des § 34 Abs. 4 GewO FSt 83, 274
- Die „Sale & Rent Back“-Geschäfte mit der „Verpfändung“ des eigenen PKW unterfallen dem Verbot des § 34 Abs. 4 GewO FSt 83, 275
- Auswirkung der vom Insolvenzverwalter erteilten Freigabe der Ausübung einer selbstständigen Tätigkeit auf eine vor Eröffnung des Insolvenzverfahrens erlassene Gewerbeuntersagung wegen ungeordneter Vermögensverhältnisse FSt 123, 390
- Bedeutung des § 12 Satz 1 GewO FSt 123, 391
- Bedeutung des § 12 Satz 2 GewO FSt 123, 391
- Verhältnis zwischen § 35 Abs. 1 GewO und § 12 GewO FSt 123, 393

## Grundsicherung

- Inanspruchnahme einer Schuldnerberatung durch Bezieher von Arbeitslosengeld II; Voraussetzungen für Kostenübernahme FSt 183, 572

- Schuldnerberatung als Ermessensleistung FSt 183, 573
- Bei der Prüfung der Erforderlichkeit ist zwischen den Zielperspektiven einzelner Eingliederungsleistungen zu differenzieren FSt 183, 573
- Eingliederung in Arbeit muss mit der Schuldnerberatung erreicht werden können FSt 183, 574
- Prognoseentscheidung hinsichtlich der „Eingliederungswirksamkeit“ der Schuldnerberatung erforderlich FSt 183, 574
- Elfte Gesetz zur Änderung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch vom 19.6.2022 GK 141, 360

## Grundsteuer

- Das Bayerische Grundsteuergesetz vom 10.12.2021 FSt 170, 530
- Eigentümerpflichten der Gemeinden FSt 170, 531
- Umfang der zu erklärenden Daten FSt 170, 533
- Berechnung der Äquivalenzbeträge FSt 170, 534
- Berechnung der Messbeträge FSt 170, 535
- Die Festsetzung der Grundsteuer FSt 170, 536
- Änderungen der tatsächlichen Verhältnisse nach dem Hauptfeststellungszeitpunkt FSt 170, 537
- Billigkeitsmaßnahmen der Gemeinde FSt 170, 539
- Auch eine Erhöhung der Grundsteuer B von 600 v.H. auf 995 v.H. kann rechtmäßig sein GK 90, 218
- Zurechnung eines Grundstücks für Grundsteuer-Zwecke; wirtschaftliches Eigentum GK 117, 290
- Feststellung für Grundstücke nach dem Bewertungsgesetz (BewG) GK 117, 291
- Grundsätze zur Zurechnung eines Grundstücks – wirtschaftliches Eigentum GK 117, 291
- Zurechnung eines Grundstücks bei Ausübung eines Vorkaufsrechts GK 117, 292

## Grundstücke

- Unter welchen Voraussetzungen kann sich der Eigentümer erfolgreich gegen eine Schmälerung der Aussicht durch Bebauung des Nachbargrundstücks wehren? FSt 67, 217
- In der Regel besteht kein subjektiv-öffentlicher Anspruch auf Freihaltung der Aussicht FSt 67, 217
- Berücksichtigungsfähigkeit des Fortbestands der Aussicht nur bei einer besonders schutzwürdigen Aussichtslage FSt 67, 217
- Eine Rechtsverletzung besteht erst dann, wenn die Beeinträchtigung der besonderen Aussicht unzumutbar ist FSt 67, 218

- Die Einhaltung der Abstandsflächen spricht gegen die Verletzung des Rücksichtnahmegebots  
FSt 67, 218
- Ein Abwehrenspruch wegen Wertminderung besteht nur bei unzumutbarer Beeinträchtigung der Nutzungsmöglichkeiten  
FSt 67, 218
- Anforderungen bei gemeindlicher Bauplatzvergabe; Rechtsschutz bei der Vergabe von Baugrundstücken  
FSt 279, 883
- Anforderungen an die Gleichbehandlung privater Bauplatzbewerber  
FSt 279, 885
- Anforderungen an Vergaberichtlinien für die Konzeptvergabe gemeindlicher Baugrundstücke  
FSt 279, 886
- Verstoß gegen das Transparenzgebot im konkreten Fall  
FSt 279, 887
- Erstzugriffsrecht der Kommunen gegenüber der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben  
GK 80, 193

## GWB

- Berechnung der 10-Tage-Frist des § 134 GWB  
GK 66, 165

## H

### Haftungsbeschränkung

- Zur Reichweite der Haftung des Halters eines Kraftfahrzeugs mit Arbeitsfunktion nach § 7 Abs. 1 StVG  
FSt 163, 513
- Wenn bei einem Kraftfahrzeug nur noch die Funktion als Arbeitsmaschine im Vordergrund steht, ist eine Haftung wegen Betriebsgefahr nicht gegeben  
FSt 163, 513
- Maßgeblich für die Verneinung einer Haftung wegen Betriebsgefahr ist auch, wenn sich ein Unfall weder auf öffentlichen noch privaten Verkehrsflächen ereignet  
FSt 163, 514

### Hausfriedensbruch

- Ausübung des behördlichen Hausrechts  
FSt 228, 721

### Haushaltsplan

- Bek des StMI vom 14.4.2022 – Aufstellung und Vollzug der Haushaltspläne der Kommunen  
GK 115, 288
- Bek des StMI vom 24.5.2022 – Aufstellung und Vollzug der Haushaltspläne der Kommunen; Ergebnisse der Steuerschätzung  
GK 134, 336

### Heimrecht

- Unwirksame Vereinbarung einer Reservierungsgebühr für ein Pflegeheim  
FSt 77, 249

- Die Vereinbarung einer Reservierungsgebühr verstößt gegen das Wohn- und Betreuungsvertragsgesetz (WBVG)  
FSt 77, 249
- Auch privat Pflegeversicherte unterfallen dem Schutz des WBVG  
FSt 77, 250
- Auch § 87a Abs. 1 Satz 5 bis 7 SGB IX sowie § 7 Abs. 5 WBVG ermöglichen nicht die Erhebung einer Reservierungsgebühr  
FSt 77, 252
- Pflegevertrag: Auswirkung hoheitlicher Corona-Beschränkungen auf Entgelthöhe  
FSt 270, 859

### Herstellungsbeitrag

- Unzulässigkeit einer vom ersten Bürgermeister gewährten Verrechnung von Herstellungsbeiträgen mit Gewerbesteuer  
FSt 53, 170
- Gesetzlich nicht zugelassene Vergünstigungen können einem Abgabenschuldner nicht gewährt werden  
FSt 53, 172
- Nichtigkeit eines Verwaltungsakts, der zu einem Verzicht auf eine gesetzlich geschuldete Beitragsschuld führt, nach § 125 Abs. 1 AO  
FSt 53, 173
- Kein Wegfall des Rechtsgrunds durch Zahlungsverjährung  
FSt 53, 174
- Der Grundsatz des Vertrauensschutzes gilt auch gegenüber dem neuen Träger einer öffentlichen Schmutzwasserbeseitigungsanlage  
FSt 100, 320

### HOAI

- Die Vereinbarung eines Umbauzuschlags von null Prozent beim Planervertrag war bereits nach HOAI 2009 und 2013 zulässig  
FSt 21, 59
- Die Vereinbarung eines Umbauzuschlags von null Prozent ist nach der HOAI 2009 zulässig  
FSt 21, 60
- Die Vereinbarung eines Umbauzuschlags von null Prozent ist nach der HOAI 2013 zulässig  
FSt 21, 60
- Der Umbauzuschlag ist nicht Teil der Mindestsatzregelungen  
FSt 21, 61
- Die Vereinbarung eines Umbauzuschlags von null Prozent in AGB ist wirksam, da keine unangemessene Benachteiligung des Planers vorliegt  
FSt 21, 61
- Schutzwürdiges Vertrauen des Auftraggebers auf Wirksamkeit eines das Mindestsatzhonorar unterschreitenden Honorars bei Altverträgen  
FSt 221, 698
- Die nachträgliche Geltendmachung des Mindestsatzhonorars kann rechtsmissbräuchlich sein (hier bejaht)  
FSt 221, 698
- Widersprüchliches Verhalten des Architekten bzw. Ingenieurs  
FSt 221, 699

- Darlegung des Auftraggebers, dass er nicht von einer Mindestsatzunterschreitung ausgehen musste FSt 221, 700
  - Einrichtung des Auftraggebers auf Wirksamkeit des Pauschalpreises FSt 221, 701
  - Zumutbarkeit der Zahlung des Differenzhonorars für den Auftraggeber FSt 221, 701
  - Architekt/Ingenieur bleibt auch bei Verstoß gegen das HOAI- Schriftformerfordernis an die getroffene Vereinbarung gebunden FSt 221, 702
  - Die Mindestsätze der HOAI 2013 sind in Gerichtsverfahren zu Altfällen zwischen Privatpersonen weiterhin anwendbar FSt 245, 778
  - § 7 Abs. 5 HOAI (2013) ist unbeschadet des Urteils des EuGH vom 4.7.2019 zur Unionsrechtswidrigkeit der HOAI-Mindest- und Höchstsätze weiterhin anwendbar FSt 272, 863
  - § 7 Abs. 5 HOAI (2013) ist nicht Teil des verbindlichen Preisrechts FSt 272, 864
  - Keine Unanwendbarkeit des § 7 Abs. 5 HOAI (2013) wegen eines engen Zusammenhangs mit § 7 Abs. 1 HOAI (2013) FSt 272, 864
  - § 7 Abs. 5 HOAI (2013) verstößt nicht gegen die Dienstleistungsrichtlinie FSt 272, 865
  - Auch bei Umbauten und Modernisierungen richtet sich das Honorar nach den anrechenbaren Kosten der Kostenschätzung, sofern keine Kostenberechnung vorliegt FSt 272, 865
  - Auftragswert bei einem Realisierungswettbewerb; Nachweis von Referenzobjekten; Kostengruppe und Referenzzeitraum GK 103, 257
  - Bei der Berechnung des Auftragswerts für einen Realisierungswettbewerb sind, auch wenn zunächst nur die Leistungsphasen 1 bis 5 beauftragt werden sollen, die Leistungsphasen 1 bis 9 und die Preisgelder anzusetzen GK 103, 257
  - Es ist zulässig, Referenzen zu Leistungen für öffentliche Auftraggeber zu fordern GK 103, 258
  - Bei einem Realisierungswettbewerb für Gebäude allein auf die Kostengruppen 300 und 400 abzustellen, erscheint sachgerecht, ebenso die Festlegung eines langen Referenzzeitraums GK 103, 259
- Hundesteuer**
- Halter von Hunden ist, wer einem Tierschutzverein zur Unterbringung von Hunden sein Grundstück unentgeltlich zur Verfügung stellt und 73 % der Aufwendungen des Tierschutzvereins bestreitet GK 154, 392
  - Maßgeblichkeit der Haltereigenschaft für die Hundesteuerpflicht GK 154, 392

- Der Aufwand i.S. des Art. 105 Abs. 2 GG erfasst nur den über den allgemeinen Lebensbedarf hinausgehenden Aufwand GK 154, 393
- Halter eines Hundes ist, wem das Tier zeitlich und räumlich zugeordnet ist GK 154, 394

## I

### Ingenieure

- Aufklärungspflichten des Ingenieurs (hier: zur Korrosionsgefahr) gegenüber einem Abwasserzweckverband; Mitverschulden des fachkundigen Auftraggebers FSt 159, 497
- Aufklärungs- und Hinweispflicht des externen Planers gegenüber einem fachkundigen Auftraggeber FSt 159, 498
- Mitverschulden des fachkundigen Auftraggebers (hier 1/3) FSt 159, 500
- Kosten eines selbständigen Beweisverfahrens als Schaden FSt 159, 501
- Richtzeichnungen für Ingenieurbauten (RiZ-ING), Fortschreibung Dezember 2020 GK 7, 15

## J

### Jagdgenossenschaft

- Datenschutz bei Jagdgenossenschaften FSt 94, 304
- Anwendbarkeit des Bayerischen Datenschutzgesetzes FSt 94, 304
- Benennung von Datenschutzbeauftragten FSt 94, 304
- Führung eines Verarbeitungsverzeichnisses FSt 94, 304
- Zugang zum Jagdkataster FSt 94, 305
- Datenschutzkonforme Mitgliederversammlungen FSt 94, 305
- Zur Umsatzbesteuerung von Jagdgenossenschaften GK 201, 492
- Was zählt zu den steuerpflichtigen Umsätzen einer Jagdgenossenschaft? GK 201, 493
- Wie stellt sich die steuerliche Situation dar, wenn die Jagdgenossenschaft das Jagdausübungsrecht an einen Jagdpächter verpachtet hat? GK 201, 493
- Wie stellt sich die steuerliche Situation dar, wenn eine Gemeinde das Jagdausübungsrecht in ihrem Eigenjagdbezirk an einen Jagdpächter verpachtet? GK 201, 493
- Wie stellt sich die steuerliche Situation dar, wenn eine Gemeinde/eine Jagdgenossenschaft den Jagdbezirk selbst bewirtschaftet und zur Abschusserfüllung Jägerlaubnisscheine gegen Entgelt ausgibt? GK 201, 493

- Ist die Wildschadensverhütungspauschale umsatzsteuerpflichtig? GK 201, 494
- Ist der Ersatz von Wildschaden umsatzsteuerpflichtig? GK 201, 494
- Kann die Jagdgenossenschaft die Kleinunternehmerregelung in Anspruch nehmen? GK 201, 494
- Was muss unternommen werden, wenn von der Kleinunternehmerregelung Gebrauch gemacht werden soll? GK 201, 494
- Kann auf die Kleinunternehmerregelung auch verzichtet werden? GK 201, 495
- Wann muss eine Steuererklärung abgegeben werden? GK 201, 495
- Was muss unternommen werden, wenn die Kleinunternehmer-Grenze überschritten wird? GK 201, 495
- Wer ist für die Abgabe von Steuererklärungen etc. für die Jagdgenossenschaft verantwortlich? GK 201, 495
- Wie sind die Verantwortlichkeiten verteilt bei Übertragung der Verwaltungsangelegenheiten der Jagdgenossenschaft auf die Gemeinde? GK 201, 495
- Wie verhält sich die steuerliche Betrachtung, wenn die Jagdgenossenschaftsversammlung beschließt, die Reinerträge nicht auszukehren, sondern der Gemeinde (zweckgebunden) für Ausbau und Unterhaltung der Wirtschaftswege zur Verfügung zu stellen? GK 201, 496
- Wie verhält sich die steuerliche Betrachtung, wenn die Jagdgenossenschaft ihre Verwaltungsgeschäfte auf die Ortsgemeinde überträgt? GK 201, 496
- Kann die Umsatzsteuer auf den Jagdpächter übertragen werden? GK 201, 496
- Kann die Vorsteuer geltend gemacht werden? GK 201, 497
- Kann Vorsteuerabzug geltend gemacht werden, wenn die Umsatzsteuer vom Jagdpächter getragen wird? GK 201, 497
- Sind Angliederungsgenossenschaften ebenfalls betroffen? GK 201, 497
- Braucht die Jagdgenossenschaft einen Steuerberater? GK 201, 497

## Jagdrecht

- Allgemeinverfügung zu Regelungen der Kirrung von Reh- und Rotwild – Rechtsgrundlage und Ermessensausübung FSt 109, 344
- § 23a der Verordnung zur Ausführung des Bayerischen Jagdgesetzes (AVBayJG) kann Rechtsgrundlage für ein Kirrverbot sein FSt 109, 344

- Durch § 23a Abs. 1 AVBayJG können grundsätzlich auch Regelungen getroffen werden, die die Art und Weise der Kirrung betreffen FSt 109, 346
- Zulässigkeit der Festlegung des Kirrmaterials auf Apfeltrester FSt 109, 347
- Befriedung von Grundflächen aus ethischen Gründen gemäß § 6a BJagdG FSt 138, 430
- Was sind „ethische Gründe“ im Sinne des § 6a BJagdG? FSt 138, 430
- Glaubhaftmachung der Ablehnung der Jagd aus ethischen Gründen FSt 138, 431
- Zeitpunkt der Befriedung FSt 138, 433

## Jagdschein

- Versagung der Erteilung eines Jagdscheins wegen ideologischer Nähe zur sog. „Reichsbürgerbewegung“ FSt 35, 114
- Die Beantragung eines Staatsangehörigkeitsausweises unter Verweis auf das RuStAG 1913 ist Indiz für eine ideologische Nähe zur sog. Reichsbürgerbewegung FSt 35, 117
- Die Zugehörigkeit zur sog. Reichsbürgerbewegung lässt auf die waffenrechtliche Unzuverlässigkeit schließen FSt 35, 117

## Jahresrechnungsstatistik

- Die Ergebnisse der Jahresrechnungsstatistik 2020 für Bayern GK 182, 457
- COVID-19-Pandemie lässt bayerische Wirtschaft schrumpfen GK 182, 457
- Kommunale Einnahmen und Ausgaben weiter gestiegen GK 182, 457
- Zuführungen vom Verwaltungs- zum Vermögenshaushalt gestiegen GK 182, 458
- Neuaufnahme von Krediten wesentlich höher als die Tilgung GK 182, 459
- Anstieg bei den kommunalen Investitionen GK 182, 459
- Kreisangehörige Gemeinden erneut Spitzenreiter bei den Bauausgaben GK 182, 460
- Personalausgaben weiter gestiegen GK 182, 460
- Umlagebelastung wiederum gewachsen GK 182, 461
- Vervielfältiger der Gewerbesteuerumlage sinkt deutlich GK 182, 462
- Sozialausgaben weiter gestiegen GK 182, 462
- Rückgang bei den kommunalen Steuereinnahmen GK 182, 463
- Gewerbesteuererinnahmen deutlich zurückgegangen GK 182, 464
- Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer und Grundsteuererinnahmen gestiegen GK 182, 464
- Die Ist-Einnahmen des Gesamthaushalts im Haushaltsjahr 2020 nach Aufgabenbereichen GK 183, 465

- Die Ist-Ausgaben des Gesamthaushalts im Haushaltsjahr 2022 nach Aufgabenbereichen  
GK 184, 466
- Die Ist-Einnahmen des Verwaltungshaushalts im Haushaltsjahr 2020 nach Arten GK 185, 467
- Die Ist-Ausgaben des Verwaltungshaushalts im Haushaltsjahr 2020 nach Arten GK 186, 468
- Personalausgaben im Haushaltsjahr 2020 nach Einzelplänen bzw. Gruppen und Untergruppen  
GK 187, 470
- Die Ist-Einnahmen des Vermögenshaushalts im Haushaltsjahr 2020 nach Arten GK 188, 471
- Die Ist-Ausgaben des Vermögenshaushalts im Haushaltsjahr 2020 nach Arten GK 189, 472
- Die Ausgaben für Baumaßnahmen im Haushaltsjahr 2020 gegliedert nach Aufgabenbereichen GK 190, 473
- Steuereinnahmen, allgemeine Zuweisungen und allgemeine Umlagen im Haushaltsjahr 2020  
GK 191, 474

## Jahressonderzahlung

- Berechnung der Jahressonderzahlung GK 76, 187

## Jugendhilfe

- Örtliche Zuständigkeit des Trägers der Jugendhilfe für eine der Leistung nach § 19 SGB VIII nachfolgende andere Hilfe  
FSt 134, 417
- (Kein) Kostenerstattungsanspruch nach § 89c Abs. 1 Satz 1 und 2 SGB VIII FSt 134, 418
- Die örtliche Zuständigkeit des Jugendhilfeträgers schließt einen Kostenerstattungsanspruch nach § 89c Abs. 1 Satz 1 und 2 SGB VIII aus  
FSt 134, 420
- (Kein) Kostenerstattungsanspruch nach § 89b Abs. 1 SGB VIII FSt 134, 420
- (Keine) Kostenerstattungsansprüche nach § 89c Abs. 1 SGB VIII und § 105 Abs. 1 SGB X FSt 134, 421

## K

### Kaminkehrer

- Ein Bezirksschornsteinfeger darf nicht gleichzeitig berufsmäßiger erster Bürgermeister sein  
FSt 70, 222
- Die für die Annahme der Zuverlässigkeit nötige jederzeitige und verlässliche Aufgabenerfüllung als Bezirksschornsteinfeger ist durch eine Tätigkeit als berufsmäßiger erster Bürgermeister in Frage gestellt FSt 70, 223

- Zweifel an der Zuverlässigkeit bei einer Beschränkung der Tätigkeit als Bezirksschornsteinfeger auf acht Stunden pro Woche  
FSt 70, 224
- Interessenkonflikt des Bezirksschornsteinfegers hinsichtlich Gebäuden im Eigentum der Gemeinde, deren erster Bürgermeister er ist  
FSt 70, 225
- Landtagsabgeordnete können gleichzeitig Bezirksschornsteinfeger sein FSt 70, 226

### Kanalisation

- Fortschreibung der Beitragskalkulation  
GK 199, 481
- Zur Frage der Nachvollziehbarkeit der Kalkulation des Gebührensatzes GK 199, 481
- Einbeziehung der voraussichtlichen Kosten und Maßstabseinheiten in die Beitragskalkulation GK 199, 482
- Ablösungsvereinbarung steht der Beitragsfestsetzung nicht entgegen GK 199, 483

### Katastrophenschutz

- Bek des StMI vom 23.3.2022 – Bestimmung des jährlichen Gesamtbetrags zum Fonds zur Förderung des Katastrophenschutzes für das Jahr 2022  
GK 96, 240

### Kindergärten, Kinderbetreuung

- Berechtigte Kündigung einer Mietwohnung zur Erweiterung einer Kindertagesstätte FSt 2, 4
- Ein berechtigtes Interesse an der Beendigung eines Mietverhältnisses liegt vor, wenn die vermietete Wohnung zur Umsetzung von Aufgaben benötigt wird, an deren Erfüllung ein gewichtiges öffentliches Interesse besteht  
FSt 2, 4
- Es ist nicht zwingend erforderlich, dass die Zweckentfremdungsgenehmigung für die Wohnung bereits zum Zeitpunkt der Kündigung vorliegt FSt 2, 5
- Zur Abwägung der gegenläufigen Interessen von Vermieter und Mieter FSt 2, 6
- Gesetz zur Änderung des Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetzes (BayKiBiG) und des Gesetzes zur Ausführung der Sozialgesetze FSt 69, 220
- Wissenschaftliche Begleitung, Fortbildung: Art. 17 Abs. 1 Satz 2 BayKiBiG n.F. FSt 69, 221
- Eine Stadt verletzt ihre Amtspflichten bei der Ermittlung des individuellen Betreuungsbedarfs eines Kindes in einer Krippe nicht, wenn sie sich auf schriftliche Angaben der Eltern in einem Anmeldeformular verlässt FSt 102, 327

- Zumutbare Entfernung des angebotenen Kita-Betreuungsplatzes FSt 157, 490
- Anspruch auf Kita-Platz aus § 24 Abs. 2 Satz 1 SGB VIII FSt 157, 490
- Zumutbare Entfernung des angebotenen Kita-Platzes zum Wohn- bzw. Arbeitsort FSt 157, 491
- Zumutbarkeit eines Zeitaufwands von bis zu 60 Minuten einfach (Wohnort – Kita – Arbeitsstätte) in einer Großstadt FSt 157, 492
- Berücksichtigung der Aufteilung der Bring- und Holzeiten auf beide Eltern bei der Beurteilung des zumutbaren täglichen Zeitaufwands FSt 157, 493
- Ausschluss aus gemeindlicher Kindertageseinrichtung; Widerruf der Zulassung; Fehlverhalten von Personensorgeberechtigten; Missachtung von Quarantäneregeln FSt 217, 684
- Der Ausschluss aus einer als öffentliche Einrichtung geführten Kindertageseinrichtung setzt einen Widerruf der vorausgegangenen Zulassungsentscheidung voraus FSt 217, 685
- Die Missachtung bestehender Quarantänevorschriften durch die Erziehungsberechtigten trotz ausdrücklicher Belehrung kann für den Ausschluss der Kinder aus einer Kindertageseinrichtung ausreichen FSt 217, 686
- Der Ausschlussentscheidung stehen die möglichen Schwierigkeiten, kurzfristig einen Ersatzplatz in einer anderen Kindertageseinrichtung zu organisieren, nicht zwingend entgegen FSt 217, 687
- Die Ausschlussentscheidung ist kein Dauerverwaltungsakt und steht daher einem späteren Antrag auf Neuaufnahme nicht von vornherein entgegen FSt 217, 688
- Kein Betreuungsanspruch in einer Kindertageseinrichtung ohne Nachweis einer Masernschutzimpfung oder einer Kontraindikation FSt 235, 742
- Kindertagespflegeurlaubnis; Gefährdungsrisiko; pädophile Neigung FSt 289, 920
- Gesetz zur Änderung des Ganztagsfinanzierungsgesetzes und des Ganztagsfinanzhilfegesetzes vom 20.12.2021 GK 42, 96
- Bek des StMAS vom 16.12.2021 – Vollzug des Kinderförderungsgesetzes – Festlegung der Ausbaufaktoren nach der U3-Bundesmittelrichtlinie GK 52, 120
- Bek des StMAS vom 16.12.2021 – Vollzug des Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetzes (BayKiBiG) – Festsetzung des Basiswertes gemäß Art. 21 Abs. 3 Satz 2 BayKiBiG – GK 52, 120

- Bek des StMAS vom 16.12.2021 – Vollzug des Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetzes (BayKiBiG) – Festsetzung des Qualitätsbonus gemäß Art. 23 Abs. 1 Satz 3 BayKiBiG – GK 52, 120

## Klimaschutz

- Erstes Gesetz zur Änderung des Bundes-Klimaschutzgesetzes FSt 8, 22
- Nationale Klimaschutzziele: § 3 KSG n.F. FSt 8, 22
- Beitrag des Sektors Landnutzung, Landnutzungsänderung und Forstwirtschaft: § 3a KSG n.F. FSt 8, 23
- Zulässige Jahresemissionsmengen und jährliche Minderungsziele, Verordnungsermächtigung: § 4 KSG n.F. FSt 8, 23

## Kommunale Unternehmen

- E-Bilanz; Veröffentlichung der Taxonomien 6.5 vom 14.4.2021 GK 22, 44
- Fachlicher Hinweis des IDW zu den Auswirkungen des Ukraine-Krieges auf die Rechnungslegung und Prüfung GK 139, 357

## Kommunale Wahlbeamte

- Anpassung von im KWBG enthaltenen Rahmensätzen, Grenz- und Höchstbeträgen ab 1.12.2022 GK 216, 522
- Rahmensätze der monatlichen Dienstaufwandsentschädigungen für Beamte auf Zeit ab 1.12.2022 (Anlage 2 zu Art. 46 Abs. 1 KWBG) GK 216, 522
- Monatliche Entschädigungen für die ehrenamtlichen ersten Bürgermeister und Bürgermeisterinnen ab 1.12.2022 (Anlage 3 zu Art. 53 Abs. 2 KWBG) GK 216, 523
- Jährliche Sonderzahlung nach Art. 55 KWBG GK 216, 523
- Ehrensold nach Art. 60 Abs. 2 KWBG GK 216, 523

## Konzessionsabgabe

- Auslaufende Konzessionsverträge: Neue Dokumentation gibt Kommunen Hilfestellungen GK 30, 67

## Körperschaftsteuer

- Anzahl der Verpachtungsbetriebe gewerblicher Art (BgA) bei Verpachtung mehrerer gleichartiger Objekte GK 4, 4
- BgA von inländischen juristischen Personen des öffentlichen Rechts sind gem. § 1 Abs. 1 Nr. 6 KStG unbeschränkt steuerpflichtig GK 4, 5

- Der Begriff „Einrichtung“ und der Umfang eines Verpachtungs-BgA **GK 4, 6**
- Verpachtungen durch die öffentliche Hand; Auswirkungen des BFH-Urteils vom 10.12.2019 – I R 58/17 (BStBl 2021 II S. 945) **GK 74, 184**
- Gesonderte Feststellung des steuerlichen Einlagekontos bei Betrieben gewerblicher Art **GK 176, 439**

## Korruption

- Strafbarkeit eines Amtsträgers wegen Vorteilsannahme und Bestechlichkeit **FSt 116, 361**
- Voraussetzungen für ein Absehen von Strafe trotz Vorteilsgewährung **FSt 116, 362**
- Annahme von Vorteilen für die künftige Dienstausübung **FSt 116, 362**

## Kostenerstattung

- Richtlinie zur Erstattung der Ausgaben für die Übernahme der Logistik der PCR-Pool-Testungen an den Grundschulen, den Grundschulstufen der Förderzentren sowie den Förderschulen in den Förderschwerpunkten geistige Entwicklung, körperliche und motorische Entwicklung und Sehen 2021/2022 **GK 24, 48**
- Bek des StMPG vom 23.12.2021 – Änderung der SARS-CoV-2-Kostenerstattungsrichtlinie: Krankenhauskoordinierung **GK 42, 96**
- Bek des StMGP vom 24.1.2022 – Änderung der SARS-CoV-2-Kostenerstattungsrichtlinie **GK 58, 144**
- Bek des StMGP vom 31.1.2022 – Richtlinie zur Erstattung der Kosten der zur Bewältigung erheblicher Patientenzahlen in Krankenhäusern bestimmten Entlastungseinrichtungen (SARS-CoV-2-Kostenerstattungsrichtlinie: Entlastungseinrichtungen) **GK 58, 144**
- Bek des StMGP vom 29.3.2022 – Änderung der Impfzentrenkostenerstattungsrichtlinie **GK 115, 288**
- Gemeinsame Bek des StMI und des StMGP vom 19.5.2022 – Änderung der SARS-CoV-2-Testzentrenkostenerstattungsrichtlinie 2021 **GK 134, 336**
- Bek des StMI vom 15.6.2022 – Richtlinie zur Erstattung der Kosten für die erforderlichen Maßnahmen des vorbereitenden Katastrophenschutzes für den G7-Gipfel 2022 in Elmau **GK 141, 360**
- GemBek des StMI und des StMGP vom 28.9.2022 – Änderung der SDARS-CoV-2-Testkostenerstattungsrichtlinie **GK 220, 528**

## Krankenhäuser

- Bek des StMGP vom 13.6.2022 – Richtlinie über die Gewährung eines Intensivpflegebonus (BayIPB) **GK 141, 360**
- Gemeinsame Bek des StMGP sowie des StMFH vom 5.7.2022 – 48. Jahreskrankenhausbauprogramm 2022 des Freistaates Bayern **GK 163, 408**
- Gemeinsame Bek des StMGP sowie des StMFH vom 19.9.2022 – Änderung des 48. Jahreskrankenhausbauprogramms 2022 des Freistaates Bayern **GK 220, 528**

## Kreisumlage

- Kreistag darf Kreisumlage nicht ohne Information über gemeindlichen Finanzbedarf festsetzen **FSt 119, 374**
- Verfassungsrechtliche Anforderungen an die Festsetzung einer Kreisumlage **FSt 119, 376**
- Die Informationen über den gemeindlichen Finanzbedarf müssen dem Kreistag bei der Beschlussfassung über den Kreisumlagesatz vorliegen **FSt 119, 377**
- Die Kreisumlagen für das Haushaltsjahr 2021 **GK 14, 27**
- Umlagekraft der kreisangehörigen Gemeinden **GK 14, 27**
- Umlagekraft und Umlagesoll der Landkreise nach Regierungsbezirken in Bayern im Haushaltsjahr 2021 **GK 15, 30**
- Grenz- und Durchschnittswerte in den Regierungsbezirken in Bayern 2021 **GK 16, 31**
- Umlagesätze in Bayern im Jahr 2021 **GK 17, 32**

## Kündigung

- Fremdgeschäftsführer sind bei der Bestimmung der Betriebsgröße gemäß § 23 Abs. 3 Satz 1 KSchG i.d.R. nicht zu berücksichtigen **FSt 52, 167**
- Die negative Fiktion des § 14 Abs. 1 Nr. 1 KSchG, wonach Organmitglieder keinen Kündigungsschutz genießen, ist auf § 23 Abs. 1 Satz 3 KSchG nicht anwendbar **FSt 52, 167**
- GmbH-Geschäftsführer als Arbeitnehmer i.S. von § 23 Abs. 1 Satz 3 nur in extremen Ausnahmefällen **FSt 52, 168**
- Das allgemeine Kündigungsschutzrecht ist nicht unionsrechtlich determiniert **FSt 52, 169**
- Verfassungsrecht gebietet nicht die generelle Einbeziehung von Fremdgeschäftsführern in den Arbeitnehmerbegriff des § 23 Abs. 1 Satz 2 KSchG **FSt 52, 169**

## L

### Landschaftsschutz

- Trockenabbau von Kies und Sand im Landschaftsschutzgebiet FSt 122, 388
- Steht ein privilegiertes Vorhaben in Widerspruch zu einer gültigen Landschaftsschutzgebietsverordnung, ist kein Raum mehr für eine „nachvollziehende Abwägung“, ob die in § 35 Abs. 3 Satz 1 BauGB genannten öffentlichen Belange dem Vorhaben entgegenstehen FSt 122, 389
- Aushöhlung des Schutzzwecks des Landschaftsschutzgebiets FSt 122, 389
- Bereits erteilte Abbaugenehmigungen im Landschaftsschutzgebiet begründen keinen Anspruch auf Genehmigung, da die Umstände des Einzelfalls entscheidend sind FSt 122, 389

### Lärmschutz

- Berücksichtigung sicherheitsrelevanter Aspekte bei der Entwurfs- und Bauwerksprüfung von Lärmschutzwänden FSt 48, 158

### Lebensmittelrecht

- Behördliche Veröffentlichung von lebensmittelrechtlichen Verstößen im Internet FSt 95, 306
- Rechtsgrundlage für die Veröffentlichung lebensmittelrechtlicher Verstöße FSt 95, 307
- Ordnungsgemäße Anhörung des Betroffenen vor Veröffentlichung FSt 95, 308
- Die Bezeichnung der betroffenen Lebensmittelprodukte muss ausdrücklich und in hinreichend konkreter Form erfolgen FSt 95, 309
- Auch behobene Verstöße dürfen veröffentlicht werden FSt 95, 310
- Nur Verstöße mit hinreichendem Gewicht dürfen veröffentlicht werden FSt 95, 310
- Die der Veröffentlichung zugrunde liegenden Verstöße gegen lebensmittelrechtliche Vorschriften müssen bußgeldbewehrt sein FSt 95, 310
- Das zu erwartende Bußgeld muss 350 EUR überschreiten FSt 95, 311
- Die gesellschaftliche Stellung des Lebensmittelunternehmers (hier: Bürgermeister) kann das Informationsinteresse der Öffentlichkeit nicht beeinträchtigen FSt 95, 312

### Lohnsteuer

- Kein lohnsteuerbarer Vorteil bei Überlassung eines Feuerwehreinsatzfahrzeugs GK 48, 107
- Haftung des Arbeitgebers für nicht abgeführte Lohnsteuer bei Überlassung eines betrieblichen PKW GK 48, 108

- Unterscheidung zwischen personen- und betriebsbezogener Überlassung eines PKW GK 48, 109
- Private Nutzung eines Einsatzfahrzeugs tritt hinter die betriebliche Nutzung zurück GK 48, 109
- Abgrenzung zwischen Geldleistung und Sachbezug GK 49, 110
- Sachbezug im Sinne des § 8 Abs. 2 Satz 1 EStG i.V.m. § 8 Abs. 1 Satz 3 EStG GK 49, 111
- Geldleistung im Sinne des § 8 Abs. 1 Satz 1 und 2 EStG GK 49, 114
- Allgemeine lohn- und einkommensteuerliche Regelungen zu Gutscheinen oder Geldkarten GK 49, 116
- Anwendung der 44-Euro-Freigrenze im Sinne des § 8 Abs. 2 Satz 11 EStG bei Unfallversicherungen und betrieblicher Altersversorgung GK 49, 117
- Bewertung von Arbeitslohn anlässlich von Betriebsveranstaltungen GK 62, 155
- Lohnsteuerliche Behandlung von Zuschüssen des Arbeitgebers zu den Aufwendungen des Arbeitnehmers für den öffentlichen Personennahverkehr während der Gültigkeitsdauer des sog. 9 Euro-Tickets GK 157, 401
- Haftung für pauschalierte Lohnsteuer GK 230, 549

## M

### Mängelbeseitigung

- Anspruch gegen den Architekten auf Kostenvorschuss für die Mängelbeseitigung FSt 284, 910
- Stellt sich im Zuge der Vorbereitung der Sanierung heraus, dass der aufgrund eines Urteils gezahlte Vorschuss nicht auskömmlich ist, kann grundsätzlich schon vor der Sanierung ein weiterer Vorschuss geltend gemacht werden FSt 285, 911

### Melderegister

- Anspruch auf Berichtigung des Geburtsdatums im Melderegister (verneint) FSt 277, 880

### Mietrecht

- Verordnung zur Festlegung des Anwendungsbereichs bundesrechtlicher Mieterschutzvorschriften (Mieterschutzverordnung – MiSchuV) FSt 105, 335
- Vermieter kann keine Miete vom Jobcenter einklagen FSt 127, 398

- Eine fristgerechte Schonfristzahlung vermittelt dem Mieter keinen Anspruch auf Fortsetzung des Mietverhältnisses, wenn der Vermieter zu einer außerordentlichen fristlosen Kündigung berechtigt war GK 8, 18
- Verordnung über den Inhalt und das Verfahren zur Erstellung und zur Anpassung von Mietspiegeln sowie zur Konkretisierung der Grundsätze für qualifizierte Mietspiegel (Mietspiegelverordnung – MsV) vom 28.10.2021 GK 12, 23
- Zur Rückzahlung von Betriebskostenvorauszahlungen bei nicht oder nicht fristgerecht erteilter Abrechnung des Vermieters GK 23, 45
- Novellierung der Verordnung über Heizkostenabrechnung (HeizkostenV) GK 32, 69
- Bei Dienstwohnungen können Betriebskosten auch nach über einem Jahr abgerechnet werden GK 39, 93
- Dienstwohnung ist Sachbezug GK 39, 93
- Bei § 7 Abs. 6 Satz 3 Dienstwohnungsverordnung handelt es sich nicht um eine Ausschlussfrist GK 39, 94
- Eine analoge Anwendung des § 556 Abs. 3 Satz 2, 3 BGB kommt nicht in Betracht GK 39, 94
- Verordnung zur Festlegung des Anwendungsbereichs bundesrechtlicher Mieterschutzvorschriften (Mieterschutzverordnung – Mi-SchuV) vom 14.12.2021 GK 42, 96
- Bei Modernisierungsmaßnahmen kann für jeden abgeschlossenen trennbaren Teil eine Mieterhöhung verlangt werden GK 65, 164
- Wirksame Vereinbarung einer Indexmiete und transparente Geltendmachung der hierauf gestützten Mietänderung GK 86, 211
- Grundlegendes zur Wirksamkeit einer formularvertraglichen Indexmietvereinbarung GK 86, 211
- Die Index-Mietklausel muss nicht zwingend die Angabe eines Basisjahres enthalten GK 86, 212
- Eine Indexklausel ist nicht deshalb intransparent, weil in ihr der Anknüpfungspunkt der einjährigen Wartefrist des § 557b Abs. 2 Satz 1 BGB nicht genannt ist GK 86, 214
- Der Wirksamkeit einer Indexmietklausel steht nicht entgegen, wenn in ihr nicht angegeben ist, ob sich die Bruttomiete oder die Nettokaltmiete ändert GK 86, 214
- Eine Klausel ist nicht deshalb intransparent, weil sie nicht angibt, ob sich die Anpassung der (Nettokalt-)Miete nach dem Jahres- oder dem Monatsverbraucherpreisindex des Statistischen Bundesamts richtet GK 86, 214

- Fügt der Vermieter den vom Statistischen Landesamt Baden-Württemberg ermittelten Index statt denjenigen des Statistischen Bundesamts bei, ändert das nichts an der Wirksamkeit der Mietänderungserklärung GK 86, 215
- (Aus-)Wirkungen von Bagatellklauseln (hier: 3 %ige Änderung des Indexwerts) GK 86, 215
- Modernisierungskündigung; Auswirkung einer Gesetzesänderung zu Mieterhöhungen nach Modernisierungen GK 94, 234
- Notwendiger Inhalt von Modernisierungskündigungen GK 94, 235
- Ein enger zeitlicher Zusammenhang zwischen einer Modernisierungskündigung und dem voraussichtlichen Beginn der Modernisierungsmaßnahme im Sinne einer Höchstfrist oder eines fortgeschrittenen Planungsstandes besteht nicht GK 94, 236
- Es ist nicht rechtsmissbräuchlich, wenn ein Vermieter die für ihn zum Zeitpunkt seiner inhaltlich korrekten Modernisierungserklärung vorteilhafte Rechtslage nutzt GK 94, 237
- Vereinbarung, dass Kellerareale („Hobbykeller“) als Wohnflächen gelten GK 104, 260
- Mieterhöhung bei qualifiziertem Mietspiegel GK 112, 283
- Das Mieterhöhungsverlangen muss die Angaben enthalten, die nach dem Mietspiegel für die Ermittlung der ortsüblichen Vergleichsmiete bestimmend sind GK 112, 283
- Müssen bei einem Mieterhöhungsverlangen der Mietspiegel beigefügt und die Mietpreisspanne angegeben werden? GK 112, 284
- Inhaltliche Fehler berühren nicht die formelle Korrektheit des Erhöhungsverlangens GK 112, 286
- Einsichtsrecht des Mieters in die Betriebskostenabrechnung GK 150, 382
- Welche Rolle spielen Alter, Erkrankung oder Wohnungsnot des Mieters bei einer Kündigung des Mietvertrags durch den Vermieter? GK 161, 406
- Das Fällen eines nicht mehr standsicheren Baumes gehört zur umlagefähigen Gartenpflege GK 179, 451
- Verbrauchsabhängige Abrechnung gemäß Heizkostenverordnung GK 219, 527

## Mobilfunk

- Erfolgreicher Eilantrag gegen eine Standortbescheinigung der Bundesnetzagentur für eine ortsfeste Funkanlage (Mobilfunk) FSt 184, 575

- Tatbestands- und Regelungswirkung der Standortbescheinigung FSt 184, 576
- Verhältnis von Standortbescheinigung und Baugenehmigung FSt 184, 577
- § 5 Abs. 1 und 2, § 4 Abs. 1 Satz 1, § 3 BEMFV sind weiterhin taugliche Rechtsgrundlage für den Erlass einer Standortbescheinigung FSt 184, 578
- Fortgeltung des nach § 2 der 26. BImSchV einschlägigen Grenzwerts FSt 184, 579
- Eine Rechtsverletzung setzt voraus, dass die Funkanlage konkret auf dem Grundstück des Klägers eine zu hohe elektromagnetische Strahlung verursachen würde FSt 184, 581
- Immissionsschutzrechtliche Bedenken wegen der Strahlung einer Mobilfunkanlage können nicht durch Klage gegen die dem Betreiber erteilte Baugenehmigung geltend gemacht werden FSt 259, 820
- Immissionsschutzrechtliche Belange sind bei Mobilfunkanlagen im Baugenehmigungsverfahren nicht zu prüfen FSt 259, 821

## N

### Naturschutz

- Gesetz zum Schutz der Insektenvielfalt in Deutschland und zur Änderung weiterer Vorschriften FSt 22, 62
- Abtragungsgenehmigung; Anforderungen an eine FFH-Vorprüfung im Hinblick auf Erschütterungen, Staub- und Lärmimmissionen FSt 198, 626
- Inhalt und Umfang einer FFH-Vorprüfung FSt 198, 626
- FFH-Vorprüfung im Hinblick auf Erschütterung FSt 198, 627
- FFH-Vorprüfung im Hinblick auf Staubimmissionen FSt 198, 629
- FFH-Vorprüfung im Hinblick auf Lärmimmissionen FSt 198, 629

### Normenkontrolle

- Der Bayerische Normenkontrollrat FSt 253, 800

### Nutzungsuntersagung

- Nutzungsuntersagung für Beherbergungsbetrieb wegen Nichtvorlage der Brandschutzbescheinigung II FSt 135, 422
- Unbedenklichkeitsbescheinigungen eines Sachverständigen stellen keinen Ersatz für die fehlende Brandschutzbescheinigung II dar FSt 135, 422

- Bei Sonderbauten ist vor Aufnahme der Nutzung eine Brandschutzbescheinigung II vorzulegen FSt 135, 423

## O

### Öffentlichkeitsarbeit

- Das Gebot der Staatsferne der Presse gilt auch für einen kommunalen Internetauftritt FSt 40, 127
- Die vom BGH zum Gebot der Staatsferne kommunaler Printmedien aufgestellten Grundsätze sind auf Internetportale übertragbar FSt 40, 127
- Ob der Gesamtcharakter eines Online-Stadtportalen geeignet ist, die Institutsgarantie des Art. 5 Abs. 1 Satz 2 GG zu gefährden, ist auf Grundlage einer Gesamtwürdigung zu entscheiden (hier bejaht) FSt 40, 131
- Wettbewerbsrechtliche Zulässigkeit eines von einem Landkreis in Auftrag gegebenen und finanzierten Internetportals, das Gewerbetreibenden kostenfrei Werbeplätze zur Verfügung stellt FSt 180, 561
- Bereitstellung eines kostenfreien Online-Portals für Gewerbetreibende als Erfüllung der dem Landkreis gesetzlich obliegenden Aufgaben FSt 180, 562
- Kein Verstoß gegen das Gebot der Staatsferne der Presse FSt 180, 563
- Keine wettbewerbsrechtlich bedenkliche Preisunterbietung FSt 180, 565
- Keine allgemeine Marktbehinderung oder Marktstörung FSt 180, 565
- BGH äußert sich zu den wettbewerbsrechtlichen Grenzen des Betriebs eines kommunalen Internetportals FSt 256, 812

### Ordnungswidrigkeiten

- Anforderungen an den Konkretisierungsgrad von Bußgeldbescheiden FSt 249, 789

## P

### Personalkosten

- Personaldurchschnittskosten und Kosten eines Arbeitsplatzes für kommunale Arbeitnehmer des öffentlichen Dienstes ab 1.4.2022 GK 92, 223
- Tabellen der durchschnittlichen Personalkosten und Kosten eines Büroarbeitsplatzes für „ehemalige Angestellte“ ab 1.4.2022 GK 92, 227

- Tabellen der durchschnittlichen Personalkosten und Kosten eines Arbeitsplatzes für Beschäftigte im Sozial- und Erziehungsdienst ab 1.4.2022 GK 92, 229
- Tabelle der durchschnittlichen Personalkosten für „ehemalige Arbeiter“ ab 1.4.2022 GK 92, 232
- Arbeitsplatzkosten für Arbeiter und Nicht-Büroarbeitsplätze im Angestelltenbereich GK 92, 232
- Durchschnittliche Personalkosten und Kosten eines Arbeitsplatzes für Teilzeitkräfte GK 92, 232

## Personalvertretung

- Tarifliche Altersgrenze – Hinausschiebungsvereinbarung – Mitbestimmung des Betriebsrats FSt 133, 413
- Mitbestimmungsgegenstand FSt 133, 414
- Die Weiterbeschäftigung über den Ablauf einer Befristung hinaus ist eine Einstellung i.S.v. § 99 Abs. 1 Satz 1 BetrVG FSt 133, 414
- Mitbestimmungspflichtige Einstellung auch bei Weiterbeschäftigung über eine tarifliche Altersgrenze hinaus FSt 133, 414
- Hinausschiebensvereinbarung nach § 41 Satz 3 SGB VI ändert an Mitbestimmungspflicht nichts FSt 133, 415
- Mitbestimmungsrecht des Betriebsrats auch bei einer Beschäftigung über mehr als fünf Jahre oder einer dauerhaften Beschäftigung FSt 133, 417
- Keine beteiligungspflichtige Versetzung bei Verlagerung einer Betriebsabteilung innerhalb einer Gemeinde FSt 202, 640
- Ausschluss eines Personalratsmitglieds aus dem Personalrat wegen Versendung einer E-Mail an alle Beschäftigten der Dienststelle mit Kritik insbesondere an der Wahl der Personalratsvorsitzenden unter Beifügung des Wahlprotokolls FSt 280, 888
- Verletzung der gesetzlichen Schweigepflicht durch E-Mails an die Beschäftigten der Dienststelle FSt 280, 889
- Ob eine „grobe“ Verletzung der gesetzlichen Schweigepflicht vorliegt, ist aufgrund einer Gesamtwürdigung des Einzelfalls zu beurteilen FSt 280, 890

## Pfändung

- Vollstreckung von Geldforderungen: Unpfändbarkeit bloßer Handlungsoptionen GK 13, 25
- Bekanntmachung zu den Pfändungsfreigrenzen 2022 nach § 850c der Zivilprozessordnung (Pfändungsfreigrenzenbekanntmachung 2022) vom 25.5.2022 GK 134, 336

- Das Mindestelterngeld nach § 2 Abs. 4 Satz 1 BEEG ist aufgrund seiner besonderen Zweckbindung nicht den eigenen Einkünften des Unterhaltsberechtigten i.S. von § 850c Abs. 6 ZPO zuzurechnen GK 135, 337
- Gehaltspfändung bei Entgeltumwandlung GK 164, 409
- Entgelt, das für die betriebliche Altersversorgung im Wege der Direktversicherung verwendet wird, unterliegt grundsätzlich nicht der Pfändung GK 164, 409
- Auch eine nach der Pfändung geschlossene Entgeltumwandlungsvereinbarung ist bei der Bemessung des pfändbaren Einkommens aus Arbeit zu berücksichtigen GK 164, 410
- Keine Nichtigkeit der Entgeltumwandlungsvereinbarung wegen Sittenwidrigkeit GK 164, 412

## Pflege

- Erste Verordnung zur Änderung der Pflegepersonaluntergrenzen-Verordnung vom 8.11.2021 GK 12, 24

## Planfeststellung

- Trassenkorridor für SuedOstLink: Rechtsschutz einer Gemeinde gegen eine Veränderungssperre der Bundesnetzagentur FSt 31, 97
- Ob überwiegende Belange der Betroffenen einer Veränderungssperre nach § 16 Abs. 1 Satz 1 NABEG entgegenstehen, ist bereits bei deren Erlass zu prüfen FSt 31, 97
- Abwägung des Interesses der Gemeinde an einer gesicherten Trinkwasserversorgung mit dem Interesse an der Sicherung der Planfeststellung für ein Vorhaben von herausragender Bedeutung für die überregionale Stromversorgung und das Gelingen der Energiewende FSt 31, 98
- Ermöglichung eines Planfeststellungsverfahrens für Radwege sowie alle Kreisstraßen und Gemeindeverbindungsstraßen FSt 188, 597
- Drittschutz bei Änderung der straßenrechtlichen Planfeststellung FSt 237, 747
- Klagebefugnis bei Änderung eines Planfeststellungsbeschlusses FSt 237, 747
- Potenzielle Lärmbeeinträchtigungen und Belange der Luftreinhaltung FSt 237, 748
- Plausibilität der Lärmberechnung FSt 237, 750
- Für die lärmtechnische Untersuchung einer Planänderung nach § 76 Abs. 2 VwVfG bleibt die bei Erlass des Planfeststellungsbeschlusses verwendete Verkehrsprognose maßgeblich FSt 237, 750
- Summative Gesamtbetrachtung, Rodungen, Stickstoffbelastung FSt 237, 751

## Planfeststellungsverfahren

- Planfeststellung für Großvorhaben; Verfassungsbeschwerden gegen abweisende Gerichtsentscheidungen FSt **6**, 13
- Vorbringen des Naturschutzverbands hinsichtlich der gerichtlichen Kontrolle der Luftverkehrsprognose FSt **6**, 13
- Maßgeblicher Zeitpunkt für die gerichtliche Nachprüfung und Beurteilung der Verkehrsprognose FSt **6**, 14

## Preisindex

- Der Verbraucherpreisindex im September 2021 GK **9**, 20
- Der Verbraucherpreisindex im Oktober 2021 GK **51**, 119
- Der Verbraucherpreisindex im November 2021 GK **57**, 143
- Der Verbraucherpreisindex im gesamten Jahr 2021 und im Dezember 2021 GK **78**, 190
- Der Verbraucherpreisindex im Januar 2022 GK **95**, 240
- Der Verbraucherpreisindex im Februar 2022 GK **114**, 287
- Der Verbraucherpreisindex im März 2022 GK **124**, 311
- Der Verbraucherpreisindex im April 2022 GK **151**, 383
- Der Verbraucherpreisindex im Mai 2022 GK **162**, 407
- Der Verbraucherpreisindex im Juni 2022 GK **171**, 431
- Der Verbraucherpreisindex im Juli 2022 GK **196**, 479
- Der Verbraucherpreisindex im August 2022 GK **233**, 551

## Prüfungen

- Vollzug der Verordnung über die Prüfingenieure, Prüffämter und Prüfsachverständigen im Bauwesen (PrüfVBau); Information über den Stundensatz nach § 31 Abs. 5 PrüfVBau GK **203**, 500

## Prüfungsverband

- Geschäftsbericht 2021 des Bayerischen Kommunalen Prüfungsverbands (BKPV) FSt **191**, 600

## R

## Radwege

- Betrieb von Radverkehrsanlagen – Arbeitspapier AP BeRad 2021 GK **67**, 167

- „Hinweise zu Radschnellverbindungen und Radvorrangrouten“, Ausgabe 2021 (H RSV 2021) – Einführung Bayern GK **140**, 358

## Realsteuern

- Die vorläufigen Realsteuerhebesätze im Haushaltsjahr 2021 GK **45**, 98
- Endgültige Realsteuerhebesätze für das Jahr 2021 GK **142**, 361

## Rechnungslegung

- Fachlicher Hinweis des IDW zu den Auswirkungen des Ukraine-Krieges auf die Rechnungslegung und Prüfung GK **139**, 357

## Rechnungsprüfung

- Fachlicher Hinweis des IDW zu den Auswirkungen des Ukraine-Krieges auf die Rechnungslegung und Prüfung GK **139**, 357

## Rechtsanwälte

- Neufassung des Rechtsanwaltsvergütungsgesetzes vom 15.3.2022 GK **96**, 240

## Rechtsbehelfe, Rechtsmittel

- Rechtsweg im Konkurrentenstreitverfahren FSt **1**, 1
- Inhalt von Rechtsbehelfsbelehrungen FSt **74**, 241
- Unrichtigkeit einer Rechtsbehelfsbelehrung FSt **74**, 241
- Die Angabe der Fristdauer in der Rechtsbehelfsbelehrung ist ausreichend, ein Hinweis auf den Fristbeginn nicht erforderlich FSt **74**, 242
- Erforderliche Angaben zum Gerichtssitz FSt **74**, 243

## Register

- Modernisierung des deutschen Registerrechts GK **207**, 505
- Online-Gründung der GmbH und weitere Online-Verfahren für Registeranmeldungen GK **207**, 505
- Regelungen zur Offenlegung von Registerinformationen und zu den Gebühren GK **207**, 506

## Rentenversicherung

- Bekanntmachung der Beitragssätze in der allgemeinen Rentenversicherung und der knappschaftlichen Rentenversicherung für das Jahr 2022 GK **24**, 47

## Rettungsdienst

- Änderung des Bayerischen Rettungsdienstgesetzes (BayRDG) FSt **186**, 586

- Umsetzung der EuGH-Rechtsprechung zur Bereichsausnahme bei der Vergabe rettungsdienstlicher Leistungen, Art. 2 Abs. 14 und Art. 13 Abs. 1 BayRDG FSSt **186**, 586
- Übertragung bestehender Verträge, Art. 62 Abs. 3 und 4 BayRDG FSSt **186**, 589
- Verknüpfung der Vergabe rettungsdienstlicher Leistungen mit der Einhaltung allgemein anerkannter „Compliance-Standards“ bei den zu beauftragenden Durchführenden, Art. 13 Abs. 3 Satz 6 BayRDG FSSt **186**, 590
- Einführung des Telenotarztes FSSt **186**, 590
- Errichtung eines Notfallregisters (NFR), Art. 53 bis 59 BayRDG FSSt **186**, 591
- Anpassung fachlicher Qualifikationsanforderungen bei der Fahrzeugbesetzung, Art. 43 BayRDG FSSt **186**, 592
- Einführung eines Verlegungsrettungswagens FSSt **186**, 592

## Rückforderung

- Kommunale Förderung von Kindertagesstätten; teilweise Erstattung von Abschlusszahlungen nach Endabrechnung; Rückzahlungsbescheid; Entreicherungsabwehr FSSt **92**, 293
- Für den Erstattungsanspruch, der infolge der Ersetzung eines vorläufigen durch einen endgültigen Förderbescheid entsteht, gilt Art. 49a Abs. 1 und 3 BayVwVfG entsprechend FSSt **92**, 294
- Eine Anhörungspflicht nach Art. 28 Abs. 1 BayVwVfG besteht grundsätzlich auch vor dem Erlass eines gebundenen Verwaltungsakts FSSt **92**, 295
- Ist die Behörde zur Rückforderung des zu viel Geleisteten verpflichtet, so ist ein Anhörungsmangel im Ergebnis unbeachtlich FSSt **92**, 296
- Für Vertrauensschutz- und Billigkeits-erwägungen ist bei Erstattungsansprüchen nach Art. 49a Abs. 1 BayVwVfG kein Raum FSSt **92**, 296
- Eine Berufung auf Entreichering dürfte grundsätzlich auch bei Leistungen in Betracht kommen, die nur vorläufig gewährt wurden FSSt **92**, 297
- Ein der Entreichering entgegenstehender fort-dauernder Vermögensvorteil liegt vor, wenn der Zuwendungsempfänger mit den erhaltenen Mitteln bestehende Zahlungsverpflichtungen erfüllt hat FSSt **92**, 297
- Nur Luxusausgaben können sich berei-cherungsmindernd auswirken FSSt **92**, 298
- Rückforderung des zu viel gezahlten Entgelts bei Tarifbeschäftigten; Wegfall der Bereicherung GK **6**, 13

- Rückzahlungsverpflichtung nach Bereiche-rungsrecht GK **6**, 13
- Tarifvertragliche Ausschlussfrist GK **6**, 14

## Rückzahlungsverpflichtung

- Anspruch auf Rückzahlung von Entgeltfortzah-lung im Krankheitsfall bei nachträglich erkann-ter Fortsetzungserkrankung GK **37**, 86
- Rückzahlungsanspruch aus § 812 BGB GK **37**, 87
- Kein Verfall des Rückzahlungsanspruchs gem. § 37 Abs. 1 TV-L (§ 37 Abs. 1 TVöD) GK **37**, 88

## RZStra

- GemBek des StMB und des StMFH vom 18.11.2021 – Änderung der Richtlinien für Zu-wendungen des Freistaates Bayern zu Straßen-und Brückenbauvorhaben kommunaler Baulast-träger (RZStra) GK **33**, 71

## S

## Sachbezugswerte

- Sachbezugswerte für freie oder verbilligte Mahlzeiten sowie Bewertung der Personalun-terkünfte ab 1.1.2021 GK **29**, 66

## Satzungen

- Voraussetzungen einer auf § 25 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 BauGB gestützten Vorkaufsetzung GK **231**, 727
- Die Planungsziele müssen in groben Zügen er-kenubar sein, einer förmlichen Konkretisie-ung der Planungsabsichten bedarf es aber nicht FSSt **231**, 727
- Beschluss und Ausfertigung einer Satzung am selben Tag ist zulässig FSSt **231**, 728

## Schadensersatz

- Bindungswirkung rechtskräftiger Verwaltungs-gerichtsentscheidungen gegenüber Zivilgerichten FSSt **3**, 6
- Ersatz von Anwaltskosten als Schadensersatz-anspruch gegenüber einem Arbeitnehmer FSSt **118**, 371
- Notwendige Aufwendungen des Geschädigten werden von der Schadensersatzpflicht umfasst FSSt **118**, 371
- Ermittlungen müssen der Abwehr drohender Nachteile dienen FSSt **118**, 371
- Nur „vernünftige“ Ermittlungsmaßnahmen sind ersatzfähig FSSt **118**, 372

- Konkreter, dringender Verdacht einer erheblichen Verfehlung muss vorliegen FSt **118**, 372
- Überführung des Arbeitnehmers aufgrund der Ermittlungen FSt **118**, 373
- § 12a Abs. 1 Satz 1 ArbGG steht dem Ersatzanspruch des Arbeitgebers nicht entgegen FSt **118**, 373
- Schadensersatzanspruch des Bauherrn gegen den Architekten, dessen Planung die Kostenvorstellungen des Bauherrn bei weitem übersteigt GK **178**, 448
- Der Schadensersatzanspruch des Bauherrn wegen zu hoher Kosten lässt den Vergütungsanspruch des Architekten für die Entwurfsplanung entfallen GK **178**, 448

## Schuldenstand

- Der Schuldenstand der öffentlichen Körperschaften am 31.12.2020 GK **70**, 171
- Der Schuldenstand des Freistaates Bayern, der bayerischen Gemeinden/Gemeindeverbände (Gv) und der Verbände mit kommunalen Aufgaben am 31.12.2020 im Vergleich zum Schuldenstand des Bundes GK **70**, 171
- Zur Entwicklung des Schuldenstandes im Jahr 2020 GK **70**, 172

## Schulen

- Gesetz zur ganztägigen Förderung von Kindern im Grundschulalter FSt **7**, 15
- Rechtsanspruch auf ganztägige Förderung von Kindern im Grundschulalter, § 24 Abs. 4 Sätze 1 und 2 SGB VIII FSt **7**, 16
- Anspruchserfüllende Angebote, § 24 Abs. 4 Satz 3 SGB VIII FSt **7**, 16
- Rechtsanspruch auch in den Ferien, § 24 Abs. 4 Satz 4 SGB VIII FSt **7**, 17
- Über den zeitlichen Umfang hinausgehender Bedarf, § 24 Abs. 4 Sätze 5 und 6 SGB VIII FSt **7**, 17
- Bedarfsgerechtes Angebot für schulpflichtige Kinder ab der 5. Klassenstufe, § 24 Abs. 5 SGB VIII FSt **7**, 17
- Kein Anspruch auf Luftfilter in Grundschule aufgrund von Unfallverhütungsvorschriften FSt **108**, 342
- Angebot für Schulträger: Webseminarreihe „Beschaffung von Schulverpflegung“ wieder gestartet FSt **189**, 598
- Bek des StMUK vom 10.11.2021 – Richtlinie zur Förderung von Maßnahmen im Rahmen des Konzepts „Alltagskompetenzen – Schule fürs Leben“ an kommunalen Schulen und privaten Ersatzschulen (Schulfl-R) GK **12**, 24

## Schulfinanzierungsgesetz

- Gesetz zur Änderung des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen und des Bayerischen Schulfinanzierungsgesetzes vom 5.7.2022 GK **163**, 408
- Verordnung zur Änderung des Bayerischen Schulfinanzierungsgesetzes vom 3.6.2022 GK **163**, 408

## Schwerbehinderte

- Anspruch eines schwerbehinderten Arbeitnehmers auf Freistellung von Rufbereitschaft FSt **181**, 566
- Kein genereller Anspruch auf Freistellung von Rufbereitschaft FSt **181**, 567
- Kein Verstoß gegen Schutzvorschriften des SGB IX FSt **181**, 568

## Schwimmbäder

- Haftung der Gemeinde oder des Bademeisters bei tödlichem Badeunfall in einem Freibad FSt **216**, 681
- Umfang der Aufsichtspflicht des Bademeisters FSt **216**, 682
- (Keine) Pflicht zur Hinzuziehung eines zweiten Bademeisters FSt **216**, 683
- Untertauchzeit des Verunglückten als Indiz oder Anscheinsbeweis für eine Vernachlässigung der Aufsichtspflicht des Bademeisters? FSt **216**, 683

## Sondernutzung

- Aufstellung von Altkleidersammelcontainern an öffentlichen Straßen; Erlass ermessenslenkender Richtlinien einer Gemeinde FSt **213**, 673
- Die Aufstellung von Altkleidersammelcontainern ist eine Sondernutzung FSt **213**, 674
- Behördliche Ermessenserwägungen für die Sondernutzungserlaubnis und Nachschieben von Gründen FSt **213**, 675
- Ermessenslenkende Richtlinien der Gemeinde FSt **213**, 676
- Kein Ermessensfehlgebrauch bei Erlass der ermessenslenkenden Richtlinien FSt **213**, 677
- Aufstellen von Altkleidersammelcontainern: Ausnahmsloses Verbot durch gemeindliche Satzung unzulässig FSt **238**, 752
- Der Erlass allgemeiner Richtlinien über Sondernutzungserlaubnisse im öffentlichen Straßenraum gehört regelmäßig nicht mehr zu den Geschäften der laufenden Verwaltung FSt **238**, 752
- Die Reduzierung eines gesetzlich eingeräumten Ermessens auf eine gebundene Entscheidung durch ortsrechtliche Regelung ist unzulässig FSt **238**, 753

- Kein ausnahmsloses Verbot einer Sondernutzung mittels Satzung FSt 238, 754

## Sozialgesetzbuch

- Änderungen im Arbeits- und Sozialrecht 2022 FSt 66, 209
- Arbeitsmarktpolitik, Arbeitslosenversicherung und Grundsicherung für Arbeitsuchende FSt 66, 209
- Arbeitsrecht, Arbeitsschutz, Tarifautonomie, Mindestlohn FSt 66, 212
- Sozialversicherung, Rentenversicherung und Sozialgesetzbuch FSt 66, 212
- Teilhabe, Belange von Menschen mit Behinderungen, Soziale Entschädigung, Sozialhilfe, Asylbewerberleistungsgesetz FSt 66, 215

## Sozialgesetze, Ausführungsgesetz

- Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Ausführung der Sozialgesetze vom 28.3.2022 GK 106, 264

## Sozialhilfe

- Übernahme von Kosten der Unterkunft während einer Inhaftierung zur Vermeidung von Wohnungslosigkeit FSt 27, 80
- Der Nachranggrundsatz des § 2 SGB XII ist ausschließlich ein Gebot der Sozialhilfe i.S. eines Programmsatzes und keine isolierte Anspruchsnorm FSt 194, 612
- Bei einem nicht realisierten Wohngeldanspruch handelt es sich nicht um Einkommen, das anspruchsmindernd zu berücksichtigen ist FSt 194, 613
- § 2 Abs. 1 SGB XII stellt generell keine Ausschlussnorm dar, den überkommenen Strukturprinzipien der Sozialhilfe kommt keine eigenständige Bedeutung zu FSt 194, 614

## Sozialversicherung

- Verordnung über maßgebende Rechengrößen der Sozialversicherung für 2022 GK 24, 47

## Spenden

- Zweckgebundene Spende kann anzuerkennen sein GK 126, 313

## Sportanlagen

- Umsatzsteuerpflicht eines Sportvereins bei Zuschüssen einer Gemeinde zur Bewirtschaftung einer ihm überlassenen Sportanlage GK 109, 275
- Die Steuerbarkeit einer Leistung setzt einen entgeltlichen Leistungsaustausch voraus GK 109, 277

## Staatsangehörigkeit

- Viertes Gesetz zur Änderung des Staatsangehörigkeitsgesetzes FSt 71, 226
- Neuer gesetzlicher Wiedergutmachungsrahmen FSt 71, 227
- Änderungen bei den Einbürgerungsvorschriften FSt 71, 230
- § 6 StAG – Klarstellung bei Adoptionen nach ausländischem Recht FSt 71, 233
- § 27 StAG – Einschränkung des Verlustes der deutschen Staatsangehörigkeit bei Adoption FSt 71, 234
- § 30 StAG – Feststellungsverfahren nur bei „schutzwürdigem Sachbescheidungsinteresse“ FSt 71, 234
- § 38 StAG – Anpassung der gebührenrechtlichen Regelungen FSt 71, 234
- Verordnung über Urkunden in Staatsangehörigkeitssachen, Aufhebung des § 40a StAG FSt 71, 235
- Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit durch langjährige Behandlung als Deutscher und Erstreckung auf Abkömmlinge FSt 85, 279

## Statistik

- Die Bezirksumlagen im Haushaltsjahr 2021 GK 26, 59
- Umlagekraft der kreisfreien Gemeinden und Landkreise GK 26, 59
- Entwicklung des Umlagesolls der Bezirke GK 26, 61
- Entwicklung der Bezirksumlagesätze GK 26, 61
- Die Ergebnisse der Jahresrechnungsstatistik 2020 für Bayern GK 182, 457
- Kassenmäßige Einnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände in Bayern 2020 und 2021 GK 222, 534
- Kassenmäßige Ausgaben der Gemeinden und Gemeindeverbände in Bayern 2020 und 2021 GK 223, 535
- Steuereinnahmen der Gemeinden in Bayern 2021 nach Gemeindegrößenklassen GK 224, 536

## Steuereinnahmen

- Steuerschätzung November 2021 GK 25, 49
- Steuereinnahmekraft der Gemeinden und Gemeindeanteile an der Einkommen- und Umsatzsteuer im Jahr 2020 GK 107, 265
- Steuerschätzung Mai 2022 GK 136, 339
- Erwartetes Steueraufkommen 2022 bis 2026 in Mrd. € GK 136, 342
- Steuereinnahmen bzw. Steuerbeteiligungen der Gemeinden GK 136, 343
- Schätzungen für die bayerischen Kommunen GK 136, 347

- Steuereinnahmen der Gemeinden in Bayern 2021 nach Gemeindegrößenklassen GK 224, 536
- Steuereinnahmen der Gemeinden je Einwohner in Bayern 2021 nach Gemeindegrößenklassen GK 225, 537

## Steuerkraftzahlen

- Die endgültigen Steuerkraftzahlen 2022 GK 34, 73
- Bedeutende Änderungen bei der Ermittlung der Steuerkraftzahlen seit 2016 GK 34, 73
- Anstieg der Steuerkraft GK 34, 74
- Regionale Entwicklung GK 34, 75

## Steuerrecht

- Gesetz zur Modernisierung des Körperschaftsteuerrechts: Änderung der Reinvestitionsfristen gem. § 6b EStG und der Fristen für Investitionsabzugsbeträge gem. § 7g EStG GK 3, 3
- Verlängerung der Reinvestitionsfristen gem. § 6b EStG GK 3, 3
- Verlängerung der Investitionsfristen gem. § 7g EStG GK 3, 4
- Aufhebung einer Anrufungsauskunft gem. § 42e EStG GK 102, 256
- Änderungen des Energiesteuerrechts GK 137, 350
- Änderungen des Energiesteuergesetzes GK 137, 350
- Änderungen der Energiesteuer-Durchführungsverordnung GK 137, 351
- Steuerliche Maßnahmen zur Unterstützung der vom Krieg in der Ukraine Geschädigten GK 138, 351
- Steuerentlastungsgesetz 2022 GK 155, 395
- Einkommensteuertarif: Anhebung des Grundfreibetrags (Art. 1 Nr. 1 Steuerentlastungsgesetz 2022) GK 155, 395
- Erhöhung von Werbungskosten GK 155, 395
- Gewährung eines Kinderbonus (Art. 2 Nr. 3 Steuerentlastungsgesetz 2022) GK 155, 396
- Gewährung einer Energiepauschale (Art. 1 Nr. 6 Steuerentlastungsgesetz 2022) GK 155, 396
- Viertes Corona-Steuerhilfegesetz GK 156, 398
- Änderungen im Bereich des Einkommensteuergesetzes (Art. 1 bis 4 Viertes Corona-Steuerhilfegesetz) GK 156, 398
- Änderungen im Bereich des Gewerbesteuergesetzes (Art. 5 Viertes Corona-Steuerhilfegesetz) GK 156, 401
- Änderungen im Bereich des Einführungsgesetzes zur Abgabenordnung (Art. 6 Viertes Corona-Steuerhilfegesetz) GK 156, 401
- Das Marktstammdatenregister: Die Kommunen im Fokus der Hauptzollämter GK 166, 420

- Stromsteuererzeugungseinheiten GK 166, 421
- Eigenerzeuger oder Versorger GK 166, 421
- Regelmäßig keine Zahllast für die Kommunen GK 166, 422
- Annex: Energiesteuer GK 166, 424
- BMF veröffentlicht FAQs zur Energiepreispauschale GK 192, 475
- Besteuerung der öffentlichen Hand: Ermäßigter Steuersatz für Leistungen einer gemeinnützigen Einrichtung GK 227, 539

## Strafgesetzbuch

- Strafbarkeit eines Mandatsträgers nach § 108e Abs. 1 StGB (Bestechlichkeit) bei Handlungen, die im Rahmen der sonstigen außerparlamentarischen Aufgaben erfolgen? FSt 130, 401
- Bestechung von Amtsträgern FSt 168, 521
- Anwendung der Korruptionstatbestände – Zusammenfassung FSt 168, 522
- Konkretes Verhalten im Rahmen der Dienstaussübung als Gegenstand von Bestechungsdelikten FSt 168, 523
- Diensthandlung im angestrebten Amt als Gegenstand von Bestechungsdelikten FSt 168, 523

## Straßen- und Wegegesetz

- Anordnung zum Rückschnitt einer in den Straßenraum hineinragenden Hecke FSt 173, 550
- Rechtsgrundlage für die Anordnung des Rückschnitts FSt 173, 550
- Erfasst Art. 29 Abs. 2 BayStrWG auch Anpflanzungen, die bereits vor dem Bau der Straße vorhanden waren? FSt 173, 551
- Kein Verstoß gegen das Schneideverbot des § 39 Abs. 5 Satz 1 Nr. 2 BNatSchG FSt 173, 551
- Bedeutung des Art. 30 Abs. 1 Satz 2 BayStrWG FSt 173, 552
- Konkrete Gefahr für Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs erforderlich (hier bejaht) FSt 173, 552
- Kein Verstoß gegen naturschutzrechtliche Schneideverbote FSt 173, 553
- Verhältnismäßigkeit der Anordnung zum Rückschnitt FSt 173, 554

## Straßenbau

- Fortschreibung der Richtlinien für den Entwurf, die konstruktive Ausbildung und Ausstattung von Ingenieurbauwerken (RE-ING) Stand 2021/01 FSt 107, 339
- Übergangsregelung Richtlinien für die verkehrsrechtliche Sicherung von Arbeitsstellen an Straßen (RSA 21) FSt 139, 434

- Merkblatt für die Ausbildung und Zertifizierung für das Sicherheitsaudit von Straßen – MAZS Ausgabe 2022 FSt **283**, 904
- Hinweise zur Planung und Ausschreibung von Fahrzeug-Rückhaltesystemen – H PA FRS GK **56**, 141
- Inhalt und Gliederung der H PA FRS GK **56**, 142
- Leistungsbeschreibung für den Straßen- und Brückenbau in Bayern GK **148**, 378

## **Straßenunterhaltung**

- Richtlinien für die strategische Planung von Erhaltungsmaßnahmen an Ingenieurbauwerken (RPE-ING) FSt **96**, 413
- Merkblatt für die bauliche Erhaltung von Verkehrsflächen mit Pflasterdecken, Platten- und Großformatbelägen sowie von Einfassungen (M BEP 2022) FSt **149**, 473
- Leistungsheft für den Straßenbetrieb, Ausgabe 2021 GK **132**, 333

## **Straßenverkehr**

- Richtlinien für Umleitungsbeschilderungen (RUB) 2021 FSt **49**, 159

## **Straßenverkehrsordnung**

- Die verbotswidrige Benutzung eines Handys beim Führen eines Fahrzeugs liegt nicht nur beim Ergreifen mit der Hand vor, sondern auch, wenn es auf dem Oberschenkel abgelegt wird FSt **110**, 348
- Der Wortlaut des § 23 Abs. 1a Satz 1 Nr. 1 StVO „Halten“ umfasst auch das Ausbalancieren des Handys auf dem Oberschenkel FSt **110**, 348
- Sinn und Zweck des § 23 Abs. 1a StVO ist über das Freihalten der Hände des Fahrers hinaus auch, sonstige Ablenkungen des Fahrers vom Verkehrsgeschehen zu verhindern FSt **110**, 349
- Der Wille des Verordnungsgebers spricht für eine weite Auslegung des Tatbestandsmerkmals „Halten“ in § 23 Abs. 1a Satz 1 Nr. 1 StVO FSt **110**, 350
- Klage eines Straßenanliegers auf Anordnung einer Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30 km/h und eines absoluten Halteverbots wegen unzumutbarer Lärmbelästigung FSt **199**, 630
- Klagebefugnis des Straßenanliegers aus § 45 Abs. 1 Satz 2 Nr. 3 StVO FSt **199**, 631
- Voraussetzungen für ein Tätigwerden der Straßenverkehrsbehörde nach § 45 Abs. 1 Satz 2 Nr. 3 StVO FSt **199**, 632
- Sachgerechte Ermittlung des Verkehrslärms FSt **199**, 633

- Berechnungen mittels eines frei zugänglichen Online-Lärmrechners FSt **199**, 634
- Die Grenzwerte der 16. BImSchV sind Orientierungswerte, die nur Indizwirkung haben; die Frage nach dem örtlich zumutbaren ist in jedem Einzelfall im Rahmen einer Gesamtbetrachtung zu beantworten FSt **199**, 635
- Anspruch auf Anordnung eines eingeschränkten Haltverbots gegenüber einer Grundstückszufahrt FSt **225**, 712
- Rechtsgrundlage für die Anordnung eines eingeschränkten Haltverbots FSt **225**, 713
- Das Interesse des Straßenanliegers an der Zugänglichkeit seiner Grundstücksein- und -ausfahrt ist verkehrsrechtlich schutzwürdig FSt **225**, 713
- Auslegung von § 12 Abs. 3 Nr. 3 Halbsatz 2 StVO („schmale Fahrbahn“) FSt **225**, 714
- Anzahl der zumutbaren Rangiervorgänge, Berücksichtigung der Umstände des Einzelfalls FSt **225**, 715
- Straßenverkehrsrechtliche Beseitigungsanordnung wegen der Ablenkung von Verkehrsteilnehmern auf einer Bundesstraße durch Schriftzug und Fassadengemälde auf einer Lagerhalle FSt **250**, 791
- Rechtliche Rahmenbedingungen bei der Ablenkung von Verkehrsteilnehmern durch Werbung oder Propaganda FSt **250**, 792
- Mögliche Ablenkung von Verkehrsteilnehmern im konkreten Fall FSt **250**, 792
- Zum Einwand der Kunstfreiheit und der Verletzung anderer Grundrechte FSt **250**, 794

## **Stromversorgung**

- Klage einer Gemeinde gegen eine auf ihrem Gemeindegebiet verlaufende planfestgestellte Höchstspannungsfreileitung FSt **136**, 423
- Die von einer Fachplanung betroffene Gemeinde ist auf die Rüge von Vorschriften beschränkt, die ihrem Schutz dienen FSt **136**, 424
- Auf zu befürchtenden Elektromog und Lärm kann sich die Gemeinde nicht berufen FSt **136**, 424
- Erforderlicher Vortrag der Gemeinde zur Verletzung des Abwägungsgebots FSt **136**, 424
- Die Gemeinde kann keine Beeinträchtigungen der Anwohner, der Landwirte oder des Landschaftsbilds geltend machen FSt **136**, 425
- Erforderlicher Vortrag der Gemeinde zu einer (ggf. relevanten) Verletzung ihrer Planungshoheit FSt **136**, 425
- Beachtung der Klagebegründungsfrist des § 6 Umwelt-Rechtsbehelfsgesetz (UmwRG) FSt **136**, 426

- Erforderlicher Vortrag der Gemeinde zur Verletzung der Planungshoheit wegen der Beeinträchtigung eines einzelnen Baugebiets  
FSt **136**, 426
- Grenzpreise nach § 2 Abs. 4 und 5 KAV für das Jahr 2022  
GK **130**, 330

## T

### Teilzeitarbeit

- Kein Widerruf eines Teilzeitverlangens  
FSt **91**, 291
- Verspäteter Antrag auf „Brückenteilzeit“ – Rechtsfolgen  
FSt **132**, 408
- Ein verspäteter Antrag auf „Brückenteilzeit“ kann in der Regel keinen Erfolg haben, wenn der Arbeitgeber diesen ablehnt  
FSt **132**, 409
- Ein nicht fristgemäß gestellter Antrag auf „Brückenteilzeit“ kann nicht ohne Weiteres in einen Antrag zum frühestmöglichen Zeitpunkt umgedeutet werden  
FSt **132**, 411

### Telekommunikation

- FAQ zur Neuregelung der telekommunikationsrechtlichen Wegerechte  
FSt **87**, 280

### Tiefbau

- Technische Lieferbedingungen und Technische Prüfvorschriften für Ingenieurbauten, TL/TP-ING, Fortschreibung März 2021  
FSt **80**, 259
- Richtzeichnungen für Ingenieurbauten (RiZ-ING), Fortschreibung Dezember 2020  
GK **7**, 15
- Merkblatt für Flächenbefestigungen mit Großformaten (M FG), Ausgabe 2022  
GK **122**, 308

### TVöD

- Befristete Übertragung einer Führungsposition auf Zeit (§ 32 TVöD-AT) – Ermessensmaßstab  
FSt **167**, 520
- Tarifabschluss 2020 im öffentlichen Dienst – Erhöhung der tariflichen Entgelte ab 1.4.2022  
GK **55**, 125
- Überstundenvergütung für Teilzeitbeschäftigte; neue Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts  
GK **63**, 157
- Verlängerung und Modifizierung der Fachkräftezulage  
GK **75**, 186
- Zuschuss zum Übergangsgeld nach § 22 Abs. 2 TVöD: Berechnung  
GK **101**, 253

## U

### Übergangsgeld

- Zuschuss zum Übergangsgeld nach § 22 Abs. 2 TVöD: Berechnung  
GK **101**, 253

- Bei Zahlung von Übergangsgeld ist der Zuschuss nach § 22 Abs. 2 Satz 1 TVöD-V in Höhe des Unterschiedsbetrags zwischen dem ausbezahlten Übergangsgeld („Nettoübergangsgeld“) und dem Nettoentgelt i.S.v. § 22 Abs. 2 Satz 2 TVöD-V zu zahlen  
GK **101**, 254
- Stellungnahme des KAV zum BAG-Urteil vom 29.4.2021  
GK **101**, 255

### Umsatzsteuer

- Übertragung eines Bauhofs mit befreiender Wirkung auf eine andere juristische Person des öffentlichen Rechts  
GK **19**, 40
- Abgrenzung des Museumsbegriffs in § 12 Abs. 2 Nr. 7 Buchst. a UStG von dem Museumsbegriff in § 4 Nr. 20 Buchst. a UStG  
GK **28**, 64
- Ermäßigter Umsatzsteuersatz für das Legen eines Hauswasseranschlusses: Ergänzende Hinweise des Bayerischen Landesamtes für Steuern  
GK **36**, 84
- Erstellung und Unterhalt des Hausanschlusses durch den Wasserversorger (Kommunalregie)  
GK **36**, 84
- Erstellung des Hausanschlusses in Anliegerregie (Beauftragung des Bauunternehmens durch den Grundstückseigentümer)  
GK **36**, 85
- Die Kommunalregie bezieht sich nur auf den Bereich des öffentlichen Straßengrunds; der restliche Bereich wird in Anliegerregie erbracht  
GK **36**, 85
- „Beauftragung“ des Bauunternehmens durch den Wasserversorger und Abrechnung zwischen Bauunternehmen und Grundstückseigentümer  
GK **36**, 85
- Erstellung des öffentlichen Wasserversorgungsnetzes durch ein Bauunternehmen im Auftrag des Wasserversorgers  
GK **36**, 85
- Mehrspartenanschlüsse  
GK **36**, 85
- BMF zur Unternehmensgemeinschaft von Aufsichtsratsmitgliedern  
GK **61**, 153
- Nochmals: Umsatzsteuerliche Behandlung von Leistungen im Zusammenhang mit der Eindämmung und Bekämpfung der COVID-19-Pandemie  
GK **73**, 183
- Umsatzsteuerfreiheit des Betriebs von Flüchtlings- und Obdachlosenunterkünften  
GK **83**, 203
- Das nach Kündigung eines Architektenvertrags für nicht erbrachte Leistungen zu zahlende Entgelt ist nicht umsatzsteuerpflichtig  
GK **93**, 233
- Umsatzsteuerpflicht eines Sportvereins bei Zuschüssen einer Gemeinde zur Bewirtschaftung einer ihm überlassenen Sportanlage  
GK **109**, 275

- Die Steuerbarkeit einer Leistung setzt einen entgeltlichen Leistungsaustausch voraus  
GK 109, 277
- Umsatzsteuerliche Billigkeitsmaßnahmen im Zusammenhang mit der Corona-Krise; Verlängerung bis zum 31.12.2022  
GK 119, 300
- Unentgeltliche Wertabgaben hinsichtlich medizinischem Material oder Personal  
GK 119, 300
- Umsatzsteuerbefreiung für die Überlassungen von Sachmitteln und Räumen sowie von Arbeitnehmern  
GK 119, 301
- Vorsteuerabzug bei Nutzungsänderung  
GK 119, 301
- Vorsteuerabzug: Erstellung einer kostenlos nutzbaren Touristenattraktion durch eine Gemeinde im Rahmen ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit  
GK 129, 321
- Der Vorsteuerabzug erfordert i.d.R. einen direkten Zusammenhang zwischen den Eingangsleistungen und entgeltlichen steuerpflichtigen Ausgangsleistungen  
GK 129, 322
- Die Gemeinde ist durch die Erhebung von Parkgebühren unternehmerisch tätig  
GK 129, 325
- Kein voller Vorsteuerabzug zulässig wegen teilweiser nichtwirtschaftlicher Verwendung der Eingangsleistungen  
GK 129, 326
- Auswirkungen einer späteren Erhöhung des unternehmerischen Nutzungsanteils auf den Vorsteuerabzug  
GK 129, 328
- Nochmals: Vorsteuerabzug einer Kurortgemeinde aus den Kosten für die Errichtung und Unterhaltung von öffentlichen Kureinrichtungen; Änderung der Anwendungsregelungen  
GK 175, 438
- Befreiung der Leistungen von selbständigen Personenzusammenschlüssen an ihre Mitglieder (§ 4 Nr. 29 UStG); Einführungsschreiben des BMF  
GK 200, 484
- Zur Umsatzbesteuerung von Jagdgenossenschaften  
GK 201, 492
- Keine Steuerfreiheit der Umsätze aus dem Betrieb einer Cafeteria eines Altersheims  
GK 208, 506
- Unionsrechtliche Grundlagen für die Steuerbefreiung gem. § 4 Nr. 16 UStG  
GK 208, 507
- Eng verbunden ist eine Leistung gem. § 4 Nr. 16 UStG bei unionsrechtlicher Auslegung, wenn sie für die Pflege und Versorgung dieses Personenkreises unerlässlich ist  
GK 208, 508
- Der Betrieb einer Cafeteria betrifft weder Leistungen für die Grundpflege und die hauswirtschaftliche Versorgung, noch handelt es sich dabei um Nebenleistungen zu einer steuerfreien Hauptleistung  
GK 208, 509

- Nochmals: Unternehmereigenschaft von Aufsichtsratsmitgliedern; Klärung weiterer Fragen  
GK 226, 538

## Umweltinformation

- Handreichung für Klimarisikoanalysen auf kommunaler Ebene  
FSt 248, 788

## Unfallversicherung

- Gesetzliche Unfallversicherung: Regressanspruch des Versicherers gegen den Unternehmer  
FSt 227, 720

## Unterhaltsrecht

- Änderung der Mindestunterhaltsverordnung  
GK 24, 48

## Untreue

- Strafrechtliche Relevanz rechtswidrig gewährter Zulagen an städtische Bedienstete  
FSt 15, 41
- Vermögensbetreuungspflicht des Oberbürgermeisters  
FSt 15, 43
- Offensichtliche Rechtswidrigkeit der dem Büroleiter gewährten Zulagen  
FSt 15, 43
- Die Beauftragung des begünstigten Beschäftigten mit der Überprüfung der Zulagenpraxis als Verletzung der Vermögensbetreuungspflicht  
FSt 15, 44
- Kein Entscheidungsspielraum des Oberbürgermeisters bei rechtswidriger Zulage  
FSt 15, 44
- Ein möglicher Irrtum über die Rechtmäßigkeit der Zulage ist wegen vorheriger Beauftragung des Begünstigten mit der Überprüfung der Zulagenpraxis unbeachtlich  
FSt 15, 45
- Strafbarkeit des Büroleiters wegen Untreue  
FSt 15, 45

## Urlaub

- Urlaub – Langzeiterkrankung – Mitwirkungsobliegenheiten  
FSt 129, 400

## V

## Veränderungssperre

- Sicherung eines beabsichtigten selbständigen Grünordnungsplans durch eine Veränderungssperrensatzung und Anforderungen an die ordnungsgemäße Bekanntmachung, wenn die Gemeinde kein eigenes Amtsblatt hat  
FSt 81, 261
- Für die Sicherung eines naturschutzrechtlichen Grünordnungsplans sind die bauplanungsrechtlichen Vorschriften zur Veränderungssperre anwendbar  
FSt 81, 262

- Anforderungen an die ordnungsgemäße Bekanntmachung einer Veränderungssperrensatzung, wenn die Gemeinde kein Amtsblatt hat FSt **81**, 263
- Eine Veränderungssperrensatzung ist materiell rechtswidrig, wenn der Planaufstellungsbeschluss nicht ordnungsgemäß ortsüblich bekanntgemacht worden ist FSt **81**, 264
- Keine Heilung der fehlerhaften Bekanntmachung einer Veränderungssperrensatzung durch eine ebenfalls fehlerhaft bekannt gemachte Verlängerungssatzung FSt **81**, 265
- Die Veränderungssperre schützt die hinreichend konkrete Planung, nicht die abstrakte Planungshoheit der Gemeinde FSt **209**, 661
- Maßstab für die hinreichende Konkretheit einer Planung als Voraussetzung für eine Veränderungssperre FSt **209**, 662
- Eine reine Planungsabsicht rechtfertigt keine Veränderungssperre FSt **209**, 663

### Vergabe öffentlicher Aufträge

- Hinweise zur Vergabe der Standorte von Lademöglichkeiten für Elektrofahrzeuge in Kommunen FSt **11**, 35
- Leicht erhöhte EU-Schwellenwerte ab 1.1.2022 FSt **12**, 39
- Aufklärung, um welches Produkt es sich im Angebot des Bieters handelt FSt **14**, 40
- Umgang mit Lieferengpässen und Stoffpreiserhöhungen bei Baustoffen FSt **24**, 75
- Zum notwendigen Inhalt von Rügen und zur Fortgeltung von Eignungsprüfungen FSt **25**, 77
- Der rügende Bieter muss Anknüpfungstat-sachen oder Indizien vortragen, die einen hinreichenden Verdacht auf einen bestimmten Vergaberechtsverstoß begründen FSt **25**, 77
- Mit einer positiven Eignungsprüfung wird bei vorgeschaltetem Teilnahmewettbewerb ein Vertrauenstatbestand für die zum Verhandlungsverfahren zugelassenen Unternehmen begründet FSt **25**, 78
- Nachweise des Bieters zur Leistungsfähigkeit: Prüfungsermessens der Vergabestelle; Zeitpunkt, zu dem Arbeitskräfte dem Bieter zur Verfügung stehen müssen FSt **36**, 118
- Prüfungsermessens der Vergabestelle bzgl. der Anforderung von Belegen FSt **36**, 118
- Dem Bieter müssen die zur Leistungserbringung erforderlichen Arbeitskräfte im Normalfall nicht bereits im Zeitpunkt der Angebotsabgabe oder bei Zuschlagserteilung zur Verfügung stehen FSt **36**, 119
- Der Auftraggeber darf während des Vergabeverfahrens andere geeignete Spezifikationen zulassen FSt **37**, 120

- Zuschlagserteilung auf das Angebot einer Werkstätte für behinderte Menschen mit ermäßigtem Umsatzsteuersatz von 7 % FSt **47**, 155
- Bei der Ausschreibung von Rahmenvereinbarungen sind der Schätzwert und Höchstwert der zu erbringenden Leistungen anzugeben FSt **58**, 193
- Regelungen der Richtlinie 2014/24, die dafür sprechen, dass es im Ermessen des öffentlichen Auftraggebers liegt, ob er einen Schätz- bzw. Höchstwert der im Rahmenvertrag zu erbringenden Leistungen angibt FSt **58**, 193
- Bestimmungen der Richtlinie 2014/24, aus denen sich ergibt, dass der öffentliche Auftraggeber den Inhalt der beabsichtigten Rahmenvereinbarung festlegen muss FSt **58**, 194
- Die Grundsätze der Transparenz und der Gleichbehandlung erfordern die Angabe des Schätz- und Höchstwerts in der Bekanntmachung FSt **58**, 195
- Höchstmenge bzw. Höchstwert können in der Bekanntmachung oder in der Beschreibung benannt werden FSt **58**, 196
- Die Angabe eines Gesamtschätz- und Höchstwerts (inkl. Optionen) ist ausreichend, eine weitere Aufspaltung möglich FSt **58**, 196
- Keine Unwirksamkeit eines geschlossenen Vertrags bei Verstoß gegen die Pflicht zur Angabe des Schätz- und Höchstwerts FSt **58**, 197
- Die Bieter sind an Kalkulationsvorgaben des Auftraggebers gebunden FSt **59**, 199
- Änderung der Verordnung PR Nr. 30/53 über die Preise bei öffentlichen Aufträgen FSt **72**, 235
- Preise für marktgängige Leistungen, § 4 FSt **72**, 236
- Prüfung der Preise, § 9 FSt **72**, 238
- Berechnung des kalkulatorischen Gewinns, Anlage zu PR Nr. 30/53 FSt **72**, 239
- Dringender Aufruf des BMWi zur unverzüglichen Registrierung öffentlicher Auftraggeber im Wettbewerbsregister bis 1.6.2022 FSt **73**, 240
- Gestattung des vorzeitigen Zuschlags; Ausnahme von der europaweiten Ausschreibung einzelner Lose FSt **84**, 275
- Voraussetzungen für die Gestattung des vorzeitigen Zuschlags trotz Vorliegen eines Nachprüfungsantrags FSt **84**, 276
- Zeitverzögerung durch Vergabennachprüfung, knappe Planungszeit sowie Erfolgsaussichten der Nachprüfung als Elemente der Gestattungsprüfung FSt **84**, 276
- Im Falle einer parallelen Neuausschreibung kann sich der Bieter auch gegen die zweite Ausschreibung wenden FSt **84**, 277

- Die Gestattung des vorzeitigen Zuschlags erfordert ein besonderes Beschleunigungsinteresse des Auftraggebers FSt **84**, 277
- Ein ursprünglich einheitlich ausgeschriebenes Los kann im laufenden Vergabeverfahren nicht nachträglich aufgeteilt und unter die 20 Prozent-Regelung des § 3 Abs. 9 VgV subsumiert werden FSt **84**, 278
- Eine verspätete Information kann zu einem Schaden führen und die Gestattung eines vorzeitigen Zuschlags hindern FSt **84**, 278
- Zulässigkeit der Festlegung auf einen Hersteller bei der Ausschreibung von Tablets für Schulen FSt **97**, 315
- Spannungsverhältnis von Produktneutralität und Leistungsbestimmungsrecht des Auftraggebers FSt **97**, 315
- Voraussetzungen für eine produktspezifische Ausschreibung FSt **97**, 316
- Integration in eine mehrjährig erprobte Systemarchitektur FSt **97**, 316
- Keine Pflicht des Auftraggebers zur Markterkundung FSt **97**, 316
- Keine diskriminierende Wirkung FSt **97**, 317
- Verwendung eines einheitlichen Betriebssystems FSt **97**, 317
- Zusätzlicher Aufwand bei einer Systemumstellung FSt **97**, 317
- Berücksichtigung von Liefer- und Dienstleistungen bei der Schätzung des Auftragswerts eines Bauauftrags; Vorliegen getrennter Bauaufträge bei jeweils unabhängiger Nutzbarkeit FSt **111**, 351
- Hinzurechnen der Kosten für Baustrom und Bauwasser FSt **111**, 351
- Keine generelle Addition von Planungskosten und Baukosten FSt **111**, 351
- Kein Hinzurechnen der Kosten für Bauherrenaufgaben und Rechtsberatung FSt **111**, 352
- Kein Hinzurechnen der Kosten für Planungsleistungen der Leistungsphasen 6 bis 9 der HOAI FSt **111**, 352
- Die Trennung von Baukosten und Planungskosten bei der Schätzung des Auftragswerts ergibt sich auch aus den EU-Richtlinien FSt **111**, 353
- Ist bei zwei Gebäuden eine getrennte Nutzung möglich, spricht dies für das Vorliegen zweier vergaberechtlich getrennt zu betrachtender Bauaufträge, so dass die Auftragswerte nicht zu addieren sind FSt **111**, 354
- Die Übertragung eines Rahmenvertrags wegen Insolvenz des Auftragnehmers auf einen geeigneten anderen Bieter aus dem Vergabeverfahren bedarf keiner erneuten Ausschreibung FSt **112**, 556
- Dringlichkeit und Risikobegrenzung können es rechtfertigen, eine Software per Direktvergabe zu beschaffen FSt **124**, 393
- Der Zweck der Vergabe (hier die digitale Kontaktnachverfolgung) ist nach dem Horizont eines verständigen Bieters zu ermitteln FSt **124**, 394
- Zum Leistungsbestimmungsrecht des Auftraggebers FSt **124**, 395
- Ein Anspruch auf Ersatz entgangenen Gewinns besteht nicht, wenn der Auftraggeber mit demjenigen, der den Zuschlag zu Unrecht erhalten hat, einen Aufhebungsvertrag schließt und sodann ein neues Vergabeverfahren durchführt FSt **125**, 396
- Konzessionsvergabe: Informations- und Akten-einsichtsrecht FSt **140**, 435
- Konzessionsvergabeverfahren sind diskriminierungsfrei und transparent durchzuführen FSt **140**, 436
- Aus der Bindung an das Diskriminierungsverbot und das Transparenzgebot ergeben sich sowohl materielle als auch verfahrensbezogene Anforderungen an die Auswahlentscheidung FSt **140**, 436
- Der Vermerk über die Auswertung der Angebote ist den unterlegenen Bietern grundsätzlich ungeschwärzt zur Verfügung zu stellen FSt **140**, 437
- Vom Auftraggeber im Einzelfall vorgenommene Schwärzungen sind nachvollziehbar zu begründen FSt **140**, 437
- Eine vergaberechtlich zulässige Korrektur der Ausschreibung schließt einen Schadensersatzanspruch eines Bieters auf das negative Interesse nicht aus FSt **141**, 438
- Referenzleistungen als Eignungskriterium FSt **151**, 476
- Vergabe von Wegenutzungskonzessionen: Verstoß gegen das Diskriminierungsverbot durch potentiell durchlässige Organisationsstruktur FSt **164**, 515
- Beteiligt sich eine Eigengesellschaft der Gemeinde an einer Konzessionsvergabe der Gemeinde, muss die Organisationsstruktur sicherstellen, dass die Mitarbeiter nicht in Loyalitäts- und Interessenkonflikte geraten und zum „Diener zweier Herren“ werden FSt **164**, 516
- Anforderungen an die vollständige Trennung zwischen Vergabestelle und der sich bewerbenden Eigengesellschaft der Vergabestelle FSt **164**, 517
- Verhandlungsverfahren ohne Teilnahmewettbewerb: Keine Unwirksamkeit des Vertrags nach § 135 GWB trotz fehlerhafter Auswahl der Bieter FSt **174**, 554

- Bei einem Verhandlungsverfahren ohne Teilnahmewettbewerb ist es ausreichend, drei Teilnehmer zur Angebotsabgabe aufzufordern  
FSt 174, 555
- Die fehlerhafte Auswahl der zur Angebotsabgabe aufgeförderten Unternehmen föhrt zur Rechtswidrigkeit der Vergabeentscheidung, nicht aber zur Unwirksamkeit des Vertrags gemäÙ § 135 Abs. 1 Nr. 2 GWB  
FSt 174, 556
- Anforderungen an die ermessensfehlerfreie Auswahl der zur Angebotsabgabe aufgeförderten Unternehmen  
FSt 174, 556
- Den Absender einer E-Mail trifft die volle Darlegungs- und Beweislast dafür, dass die E-Mail dem Empfänger zugegangen ist  
FSt 175, 558
- Ausschluss eines Angebots wegen unredlichen Taktierens eines Bieters mit mehreren unvollständigen Hauptangeboten  
FSt 187, 593
- Die Abgabe mehrerer sich nur im Preis unterscheidender Hauptangebote ist grundsätzlich zulässig  
FSt 187, 594
- Das selektive Bedienen der Nachforderungsaufforderung nur für das teurere der vom Bieter abgegebenen Hauptangebote stellt ein unredliches Bieterverhalten dar, welches zum Ausschluss föhrt  
FSt 187, 595
- Folgen der falschen Vergabeart; Folgen einer nicht offengelegten Erweiterung des Teilnehmerkreises  
FSt 200, 637
- Die Wahl der falschen Vergabeart kann auch denjenigen Bieter in seinen Rechten verletzen, der sich am Vergabeverfahren beteiligt hat  
FSt 200, 638
- Eine nicht offengelegte Erweiterung des Teilnehmerkreises verletzt den Anspruch der Bieter auf Einhaltung der im Auswahlverfahren aufgestellten Bedingungen  
FSt 200, 639
- Zugang eines elektronischen Angebots bei Vergaben  
FSt 201, 640
- Wann sind Vertragsverlängerungen wesentlich und damit neu auszuschreiben?  
FSt 214, 679
- Betrieb einer Schulkantine: Dienstleistungsauftrag oder Dienstleistungskonzession?  
FSt 226, 716
- Voraussetzungen für das Vorliegen einer Dienstleistungskonzession  
FSt 226, 717
- Beteiligt sich der Konzessionsgeber teilweise an den Kosten, schließt das eine Dienstleistungskonzession nicht aus  
FSt 226, 718
- Das Betriebsrisiko liegt bei der Dienstleistungskonzession typischerweise beim Konzessionär  
FSt 226, 718
- Zulässigkeit, den Schwellenwert der Dienstleistungskonzession je eigenständiger Organisationseinheit (hier je Schule) zu berechnen  
FSt 226, 719
- Verschiebt sich die Ausführungszeit wesentlich, kann das Grund für die Aufhebung der Ausschreibung nachfolgender Gewerke sein  
FSt 239, 754
- Grundsätze für eine rechtmäÙige Aufhebung der Ausschreibung  
FSt 239, 755
- Besondere Umstände müssen vorliegen, um die Aufhebung der Ausschreibung zu rechtfertigen  
FSt 239, 756
- Die Aufhebung der Ausschreibung erfordert eine abwägende Ermessensentscheidung  
FSt 239, 758
- Eine von § 17 VOB/A nicht gedeckte Aufhebung einer Ausschreibung ist mögliche, wenn sie sachlich gerechtfertigt ist und willkürfrei erfolgt  
FSt 239, 759
- Zu den inhaltlichen Anforderungen an die Eignung der Bieter und zu den entsprechenden Nachweisen  
FSt 251, 794
- Die inhaltlichen Anforderungen an die Eignung und ihre Nachweise sind für jeden Bieter gleich, unabhängig davon, ob dieser präqualifiziert ist oder nicht  
FSt 251, 795
- Vergabeunterlagen sind wie Willenserklärungen auszulegen; die Vorstellung, der öffentliche Auftraggeber dispensiere präqualifizierte Bieter von inhaltlichen Anforderungen, ist lebensfern  
FSt 251, 796
- Vorgelegte Unterlagen, die lediglich inhaltlich nicht den Anforderungen entsprechen, können nicht nachgefördert werden  
FSt 251, 798
- Die Entscheidung, dem Auftraggeber vorab die Erteilung des Zuschlags zu gestatten, erfordert eine Interessensabwägung  
FSt 251, 798
- Feststellungsantrag zu Interimsaufträgen, die innerhalb eines laufenden Vergabennachprüfungsverfahrens erfolgten  
FSt 263, 836
- Voraussetzung für einen Feststellungsantrag ist, dass sich das ursprüngliche Begehren des Antragstellers durch Zeitablauf erledigt hat  
FSt 263, 837
- Behauptung der Verletzung von Rechten des antragstellenden Unternehmens in dem erledigten Vergabeverfahren und Bestehen eines Feststellungsinteresses sind weitere Zulässigkeitsvoraussetzungen  
FSt 263, 837
- Interimsaufträge über Leistungen, die Gegenstand eines Vergabeverfahrens sind, zu dem ein Vergabennachprüfungsverfahren anhängig ist, sind in diesem Verfahren zu rügen  
FSt 263, 838

- Begründetheit des Feststellungsantrags  
FSt 263, 838
- Feststellung, ob der vom öffentlichen Auftraggeber erteilte Auftrag unwirksam ist; Vorliegen zwingender, äußerst dringlicher Gründe  
FSt 275, 874
- Das Recht des Bieters, die Unwirksamkeit eines öffentlichen Auftrags nach § 135 Abs. 1 GWB feststellen zu lassen, entfällt, wenn der Beschaffungsbedarf unumkehrbar gedeckt ist und eine anderweitige Vergabe nicht mehr in Betracht kommt  
FSt 275, 875
- Hat sich der ursprüngliche Nachprüfungsantrag durch Zeitablauf oder in sonstiger Weise erledigt, ist die Fortsetzung des Verfahrens gemäß §§ 178 Satz 4, 168 Abs. 2 Satz 2 GWB als Feststellungsantrag statthaft  
FSt 275, 876
- Ungeschriebene Zulässigkeitsvoraussetzung für einen Fortsetzungsfeststellungsantrag ist ein Feststellungsinteresse  
FSt 275, 877
- Als zwingende, äußerst dringliche Gründe kommen gravierende Beeinträchtigungen für die Allgemeinheit und die staatliche Aufgabenerfüllung in Betracht  
FSt 275, 877
- Die Dringlichkeit muss im Zusammenhang mit Ereignissen stehen, die der öffentliche Auftraggeber nicht vorhersehen konnte  
FSt 275, 879
- Zwischen dem unvorhersehbaren Ereignis und den sich daraus ergebenden dringlichen, zwingenden Gründen muss ein Kausalzusammenhang bestehen, die besondere Dringlichkeit darf dem Auftraggeber nicht zurechenbar sein  
FSt 275, 879
- Wer sich zum Nachweis seiner Eignung einer Eignungsleihe bedienen will, muss dies unmissverständlich angeben  
FSt 287, 914
- Im offenen Verfahren ist die Eignung der Bieter vorab zu prüfen  
FSt 287, 915
- Die Eignung kann durch Eignungsleihe nachgewiesen werden; die Eignungsleihe ist vom Nachunternehmerinsatz zu unterscheiden  
FSt 287, 915
- Auf die Inanspruchnahme von Eignungsleihe ist vorab unmissverständlich hinzuweisen  
FSt 287, 916
- Weist ein Bieter nicht von Anfang an klar auf Eignungsleihe hin, kann er sie später nicht mehr geltend machen  
FSt 287, 917
- Bei Kündigung des Altauftrags und neuer Vergabe der noch nicht fertiggestellten Leistungen ist für die Schätzung des Auftragswerts auf den gekündigten Altauftrag abzustellen  
FSt 288, 918
- Zur Information des Auftraggebers an die Bieter, dass er den Auftrag an ein anderes Unternehmen erteilt hat  
GK 10, 21
- Sektorenverordnung: Zur notwendigen Tiefe von Preisprüfungen  
GK 11, 22
- Die Schätzung des Auftragswerts mehrerer gleichzeitig errichteter Objekte richtet sich nach deren funktionalem Zusammenhang  
GK 64, 160
- Berechnung der 10-Tage-Frist des § 134 GWB  
GK 66, 165
- Auf Referenzleistungen kann Bezug genommen werden, sobald sie ausgeführt sind; auf einen vertragsrechtlichen Abnahmezeitpunkt kommt es nicht an  
GK 85, 210
- Bek des StMI vom 29.3.2022 – Änderung der Bekanntmachung über die Vergabe von Aufträgen im kommunalen Bereich  
GK 87, 216
- Eine fehlerhafte Wertung von Angeboten bleibt ohne Folge, wenn der antragstellende Bieter durch den Wertungsfehler nicht in seinen Rechten verletzt ist  
GK 111, 281
- Sektorenverordnung: Führt die Abweichung von den Vergabeunterlagen auch im Verhandlungsverfahren zwingend zum Angebotsabschluss?  
GK 113, 286
- Lässt sich ein Widerspruch im Angebot des Bieters nicht durch Auslegung beseitigen, muss dem Bieter Gelegenheit zur Aufklärung gegeben werden  
GK 123, 309
- Rechtsfolge, wenn Eignungskriterien in der Vergabebekanntmachung und einem Link hierzu nicht übereinstimmen; Leistungsfähigkeit bei Bietergemeinschaften  
GK 149, 380
- Weichen die Eignungskriterien in der Auftragsbekanntmachung und einem Link hierzu voneinander ab, können der Wertung nur die geringeren Anforderungen zugrunde gelegt werden  
GK 149, 380
- Bei der Prüfung der Leistungsfähigkeit kommt es bei einer Bietergemeinschaft auf die ihr insgesamt zur Verfügung stehenden Kapazitäten an  
GK 149, 381
- Unzulässige De-facto-Vergabe  
GK 160, 404
- Nachweis personeller Eignung aufgrund früherer Tätigkeiten  
GK 170, 429
- Zur Prüfungspflicht, ob die Bieter ihr Leistungsversprechen einhalten werden  
GK 170, 429
- Zurechnung früherer Referenzen zu einem neuen Unternehmen  
GK 170, 430
- Ermessensentscheidung zum Nachfordern von Unterlagen  
GK 180, 454
- Pauschale Hinweise auf Verzögerungen sind kein tragfähiger Grund, von Nachforderungen abzusehen  
GK 180, 454
- Hilft die Vergabestelle einer Rüge ab und verlängert sie die Angebotsfrist, geht diese zeitliche Verschiebung nicht zu Lasten des Bieters  
GK 180, 455

- Im Interesse eines umfassenden Wettbewerbs sind Nachforderungsmöglichkeiten nicht unnötig zu reduzieren GK 180, 455
- Bek des StMI vom 6.9.2022 – Änderung der Bekanntmachung über die Vergabe von Aufträgen im kommunalen Bereich GK 198, 480
- Zuschlagserteilung im Verhandlungsverfahren GK 204, 501
- Angabe der Zuschlagskriterien und deren Gewichtung GK 204, 501
- Im Verhandlungsverfahren darf der Auftrag nur dann auf der Grundlage der Erstangebote vergeben werden, wenn sich der Auftraggeber dies vorbehalten hat GK 204, 501
- Enge Voraussetzungen für ein Verhandlungsverfahren ohne Teilnahmewettbewerb GK 205, 502

## Verkehrsanlagen

- Sperrung eines tatsächlich-öffentlichen Wegs durch den Grundstückseigentümer FSt 142, 439
- Merkblatt für die bauliche Erhaltung von Verkehrsflächen mit Pflasterdecken, Platten- und Großformatbelägen sowie von Einfassungen (M BEP 2022) FSt 149, 473

## Verkehrsbeschränkungen

- BGH: Kein Unterlassungsanspruch von Anwohnern bei Verstößen gegen das nach einem städtischen Luftreinhalteplan bestimmte Lkw-Durchfahrtsverbot FSt 286, 913

## Verkehrszeichen

- Grundsätze für die sichere Aufstellung von Verkehrszeichen FSt 166, 519

## Vermögen, gemeindliches

- Geldanlagen: Der Einlagensicherungsfonds privater Banken reduziert den Sicherungsumfang GK 97, 241

## Versammlungsrecht

- Untersagung von „(Montags-)Spaziergängen“ gegen Corona-Schutzmaßnahmen – „Corona-Spaziergänge“ FSt 176, 558

## Versorgung

- Bek des StMFH vom 28.3.2022 – Änderung der Ergänzungsabfindungsbekanntmachung GK 96, 240

## Versorgungsausgleich

- Einbeziehung des Ehrensolds in den Versorgungsausgleich bei Scheidung GK 177, 442

- Der Pflichtehrensold gemäß Art. 59 Abs. 1 Satz 1 Kommunal-Wahlbeamten-Gesetz (KWBG) ist ein ausgleichspflichtiges Recht im Sinne des § 2 VersAusglG GK 177, 443
- Ehrensold dient der Altersversorgung; er ist nicht lediglich eine Treueprämie GK 177, 444
- Ehrensold wird durch Arbeit ausgelöst GK 177, 445
- Unpfändbarkeit des Anrechts auf Ehrensold und Widerrufsvorbehalt stehen einem Versorgungsausgleich nicht entgegen GK 177, 446
- Bewertung des auszugleichenden Anrechts GK 177, 446
- Fälligkeit und Verzinsung des Ausgleichsanspruchs GK 177, 447

## Versorgungsempfänger

- Sonderregelung aufgrund der Corona-Pandemie und des Ukraine-Krieges FSt 252, 799

## Vertragsstrafen

- Auslegung des Begriffs „Abrechnungssumme“ in einer vom Besteller gestellten Allgemeinen Geschäftsbedingung, mit der eine Vertragsstrafe vereinbart wird FSt 246, 782
- Auslegung des Begriffs „Abrechnungssumme“ nach dem Wortlaut FSt 246, 783
- Kein übereinstimmendes Verständnis der beteiligten Verkehrskreise, dass die „Abrechnungssumme“ als Bruttosumme zu verstehen ist FSt 246, 783
- Systematische Auslegung des Begriffs „Abrechnungssumme“ unter Heranziehung der sonstigen Bestimmungen des Vertrags FSt 246, 784
- Folgen der Mehrdeutigkeit des Begriffs „Abrechnungssumme“ FSt 246, 785

## Verwaltungsakt

- Wirksamkeit eines Verwaltungsakts nach unzulässiger öffentlicher Bekanntgabe FSt 86, 279
- Gründe für den Erlass eines Abrechnungsbescheids; Vermögenslosigkeit des Steuerschuldners; Beschwer im Bescheidungsverfahren GK 108, 272
- Grundsätze für den Erlass eines Abrechnungsbescheids GK 108, 272
- Ein vermögensloser Schuldner hat keinen Anspruch auf Erlass eines Abrechnungsbescheids GK 108, 273
- Beschwer im Bescheidungsverfahren GK 108, 274

## Verwaltungsgebühren

- Erhebung und Bemessung einer Verwaltungsgebühr; hier: für die Erteilung einer glücks-spielrechtlichen Erlaubnis GK 18, 32

- Finanzverfassungsrechtliche Vorgaben für die Gebührenerhebung GK 18, 34
- Anknüpfung der Gebühr an die Vornahme von Amtshandlungen GK 18, 34
- Kostendeckung und Vorteilsausgleich als mögliche Gebührenzwecke GK 18, 35
- Verwaltungsgebühr „für die Erteilung einer Erlaubnis“ GK 18, 36
- Vorteilsausgleich für das Gebrauchmachen von der Erlaubnis GK 18, 37
- Verhältnis zwischen Gebührenzwecken und Gebührenbemessung GK 18, 37
- Äquivalenzprinzip verbietet Abkoppelung von den Verwaltungskosten GK 18, 38
- Zulässigkeit vorteilsbezogener Gebührenmaßstäbe GK 18, 38
- Lediglich grobe Abschätzung des Verwaltungsaufwands erforderlich GK 18, 39

## Verwaltungsrechtsweg

- Falsche Tatsachenbehauptung eines Hoheitsträgers im Prozess; Unzulässige Ehrenschutzklage gegen Gemeinde FSt 266, 842
- Für die Erhebung einer gesonderten Ehrenschutzklage wegen einer zuvor in einem Gerichtsverfahren abgegebenen unrichtigen Tatsachenbehauptung fehlt in der Regel das Rechtschutzbedürfnis FSt 266, 843
- Auch Dritte können sich gegen Prozessäußerungen grundsätzlich nicht in einem gesonderten Klageverfahren zur Wehr setzen FSt 266, 844
- Ein Anspruch auf Widerruf oder Unterlassung besteht insbesondere dann nicht, wenn die Weiterverbreitung der unzutreffenden Äußerung an die Öffentlichkeit bzw. an unbeteiligte Dritte nicht zu erwarten ist FSt 266, 845
- Bei der Beurteilung, ob eine Tatsachenbehauptung „auf der Hand liegend falsch“ war, kommt es auf den Zeitpunkt der erstmaligen Äußerung an FSt 266, 846

## Verzugszinsen

- Festsetzung von Zinsen nach §§ 233a bis 237 i.V.m. § 238 Absatz 1 Satz 1 AO GK 47, 105

## VOB

- Rechtsfolgen bei Verstößen gegen das Nachhandlungsverbot GK 50, 117
- VOB/A-EU: Die Abgabe eines Pauschalpreisenangebots ist nicht zulässig, wenn der beabsichtigte Bauvertrag ersichtlich als Einheitspreisvertrag konzipiert ist GK 131, 332
- Abschlagszahlungen von 80 % bei Leistungsänderungen durch den Auftraggeber GK 147, 376
- Preise von 0,00 Euro können nicht korrigiert werden GK 194, 477

- Die Fahrbahn einer Straße ist auch ohne besondere Vereinbarung rissfrei herzustellen GK 218, 524
- Unbeschadet der vereinbarten Ausführungsart ist ein funktionstaugliches Werk herzustellen GK 218, 525
- Selbst wenn die Mangelursache im Verantwortungsbereich des Auftraggebers liegt, haftet der Auftragnehmer, außer er hat seine Prüf- und Hinweispflichten erfüllt GK 218, 526
- Für eine Mängelrüge genügt, dass der Auftraggeber auf die Mangelerscheinung hinweist GK 218, 526
- Wird ein Gerüst ausgeschrieben, ist ein Angebot, das Hubarbeitsbühnen anbietet, nicht zuschlagsfähig GK 231, 549

## Vorkaufsrecht

- Der bloße Umstand, dass ein Grundstück in einem FFH-Gebiet liegt, begründet kein naturschutzrechtliches Vorkaufsrecht FSt 34, 107
- Art. 39 BayNatSchG ermöglicht keine Vorkaufrechtsausübung allein wegen der Belegenheit eines Grundstücks im FFH-Gebiet FSt 34, 108
- Die Bayerische Verfassung gibt kein naturschutzrechtliches Vorkaufsrecht für FFH-Gebiete vor FSt 34, 108
- Bundesnaturschutzrecht gibt nicht vor, FFH-Gebiete mittels naturschutzrechtlicher Vorkaufrechte zu schützen FSt 34, 109
- Eine analoge Anwendung des Art. 39 Abs. 1 Satz 1 BayNatSchG allein wegen einer Belegenheit in einem FFH-Gebiet würde dem Vorbehalt und dem Vorrang des Gesetzes jedenfalls hinsichtlich des Eingriffs in die Vertragsfreiheit des Verkäufers nicht genügen FSt 34, 110
- Aus der FFH-Richtlinie ergibt sich allein wegen der Belegenheit von Grundstücken im FFH-Gebiet kein naturschutzrechtliches Vorkaufsrecht FSt 34, 111
- Der unionsrechtliche Vorbehalt des Gesetzes verbietet auch in Fällen der Belegenheit im FFH-Gebiet eine Vorkaufrechtsausübung zu Lasten des Eigentumsgrundrechts des Verkäufers ohne Vorliegen der gesetzlichen Vorkaufrechtsvoraussetzungen FSt 34, 113
- Vorkaufsrecht im Geltungsbereich einer Erhaltungssatzung FSt 93, 299
- Zu den von § 26 Nr. 4 Alt. 2 BauGB erfassten städtebaulichen Maßnahmen zählt auch der Erlass einer Erhaltungssatzung FSt 93, 300
- Maßgeblich sind die tatsächlichen Verhältnisse im Zeitpunkt der letzten Behördenentscheidung über die Ausübung des Vorkaufrechts, während mögliche zukünftige Entwicklungen nicht von Bedeutung sind FSt 93, 301

- Der Begriff der „städtebaulichen Maßnahme“ i.S.v. § 25 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 BauGB erfasst auch tatsächliche Maßnahmen zur Umsetzung der in einem Bebauungsplan vorgesehenen Nutzung FSt **114**, 359
- Abwendung des Vorkaufsrechts gemäß § 27 BauGB FSt **158**, 493
- Frist und Form der Abwendungserklärung FSt **158**, 494
- Maßstab für die Bestimmtheit bzw. Bestimmbarkeit der Verwendung des Grundstücks bei Vorliegen eines Bebauungsplans FSt **158**, 494
- Verpflichtung des Käufers, das Grundstück binnen angemessener Frist bauplanungsrechtlich zulässig zu nutzen FSt **158**, 494
- Befähigung des Käufers, das Grundstück binnen angemessener Frist zweckentsprechend zu verwenden FSt **158**, 496
- Angemessenheit der vom Käufer zugesagten Frist zur Umsetzung der versprochenen Nutzung FSt **158**, 497

## W

### Wassergesetz

- Gesetz zur Änderung des Bayerischen Wassergesetzes und des Bayerischen Immissionsschutzgesetzes FSt **33**, 104
- Genehmigung von Anlagen (Zu § 36 WHG): Art. 20 Abs. 6 BayWG n.F. FSt **33**, 104
- Schiffbare Gewässer, Schifffahrts- und Floßordnung: Art. 28 Abs. 6 BayWG n.F. FSt **33**, 104
- Abwassersammelgruben: Art. 60a BayWG n.F. FSt **33**, 105
- Sachliche und örtliche Zuständigkeit: Art. 63 Abs. 5 und 6 BayWG n.F. FSt **33**, 106
- Ordnungswidrigkeiten: Art. 74 Abs. 1 BayWG n.F. FSt **33**, 106

### Wasserrecht

- Erlöschen eines altrechtlichen Wasserrechts wegen fehlender Eintragungen in Wasserbüchern oder sonstigen Urkunden FSt **46**, 151
- Voraussetzungen für das Bestehenbleiben eines alten Gewässerbenutzungsrechts FSt **46**, 151
- „Bekanntwerden“ des alten Rechts i.S. des 16 Abs. 2 Satz 2 WHG 1960 FSt **46**, 152
- Aufrechterhaltung eines Altrechts durch Eintragung im Grundbuch FSt **46**, 152
- Folgen des Erlöschens des wasserrechtlichen Altrechts FSt **46**, 154
- Nachträgliche Anordnung einer Mindestwasserführung bei genehmigungsfreier Gewässernutzung FSt **82**, 265

- § 20 Abs. 2 Satz 3 i.V. mit § 13 Abs. 2 Nr. 2 Buchst. d Wasserhaushaltsgesetz (WHG) als selbstständige Befugnisnorm für Anforderungen und Maßnahmen an alte Rechte und alte Befugnisse (Altrechte) FSt **82**, 266
- Der rechtliche Rahmen für das Gebot der Mindestwasserführung ist § 33 WHG zu entnehmen, der sich unmittelbar an den Gewässerbenutzer richtet, selbst wenn dieser keinem Genehmigungserfordernis unterliegt FSt **82**, 266
- Das allgemeine Verbesserungsgebot des § 6 Abs. 1 WHG gilt auch dann, wenn sich das Gewässer bereits in einem guten Zustand befindet oder das gute ökologische Potential erreicht hat FSt **82**, 267
- Erforderlichkeit der Anordnung der Mindestwasserführung beim zeitweisen Trockenfallen von Gewässerteilen FSt **82**, 268
- Anspruch auf Überschreitung der Regelfrist (30 Jahre) des § 14 Abs. 2 WHG für eine wasserrechtliche Genehmigung, wenn sich die Anlage erst später amortisiert FSt **172**, 545
- Wann darf die in § 14 Abs. 2 WHG genannte Regelfallgrenze von 30 Jahren Bewilligungsdauer überschritten werden? FSt **172**, 546
- Plausibilität der Wirtschaftlichkeitsberechnung FSt **172**, 547
- Die Möglichkeit der Verlängerung der Bewilligung ist kein Argument für eine Deckelung der Bewilligungsdauer auf 30 Jahre FSt **172**, 548
- Längere Bewilligungsdauer bei rein kommunalem Unternehmen FSt **172**, 549
- Kein Entgegenstehen wasserwirtschaftlicher Belange FSt **172**, 549
- Keine Erzwingung der Duldung eines Regenrückhaltebeckens auf dem eigenen Grundstück FSt **185**, 582
- Möglicher Inhalt einer Duldungsanordnung nach § 93 WHG FSt **185**, 583
- Streitfrage des Durchleitens von Abwasser FSt **185**, 583
- Ein Regenrückhaltebecken auf eigenem Grundstück ist kein Vorhaben der Abwasserbeseitigung FSt **185**, 584
- Restpflichten des Eigentümers FSt **185**, 585
- Wasserrechtliche Sonderunterhaltungslast des Anlagenbetreibers im Zusammenhang mit Biberbauten FSt **223**, 706
- Sonderunterhaltungslast des Anlagenbetreibers FSt **223**, 707
- Kausalzusammenhang zwischen Anlagenbetrieb und Gewässerzustand FSt **223**, 707
- Partielle Unterhaltungslasten für ein und denselben Gewässerabschnitt sind nicht ausgeschlossen FSt **223**, 708

- Kein Kausalzusammenhang zwischen Einleitung und Biberbauten FSt 223, 709
- Einschreiten der Wasserrechtsbehörde bei formeller Illegalität einer Wasserkraftanlage; Durchgängigkeit oberirdischer Gewässer und Wasserkraftnutzung FSt 273, 866
- Voraussetzungen für ein Einschreiten nach § 100 Abs. 1 Satz 2 WHG FSt 273, 866
- Im Wasserrecht ist die formelle Illegalität der Anlage ausreichend FSt 273, 867
- §§ 34 und 35 WHG sind durch Landesrecht ergänzbare bundesrechtliche Vorschriften FSt 273, 868

## Wasserschutzgebiete

- Normenkontrollantrag gegen Wasserschutzgebietsverordnung: Antragsbefugnis der Gemeinde; Erforderlichkeit der Abgrenzung einzelner Zonen innerhalb des Schutzgebiets FSt 236, 743
- Antragsbefugnis der Gemeindegemeinschaft als Eigentümerin von Grundstücken FSt 236, 743
- Erforderlichkeit der Festsetzung eines Wasserschutzgebiets FSt 236, 744
- Begrenzung der räumlichen Ausdehnung des Wasserschutzgebiets FSt 236, 744
- Die Unterteilung des Schutzgebiets in Zonen mit unterschiedlichen Schutzbestimmungen ist nur zulässig, wenn sie erforderlich ist FSt 236, 745

## Wasserversorgung

- Haftung bei Bruch der Hausanschlussleitung außerhalb des Gebäudes FSt 229, 723

## Wasserwirtschaftliche Vorhaben

- Änderung der Richtlinien für Zuwendungen zu wasserwirtschaftlichen Vorhaben (RZWAs 2021) GK 43, 97

## Wasserzähler

- Elektronische Wasserzähler mit Funkfunktion; Verbrauchsdatenerfassung; Recht auf informationelle Selbstbestimmung; Widerspruchsrecht; gesundheitliche Auswirkungen der elektromagnetischen Strahlung FSt 192, 601
- Die satzungsrechtlich begründete Verpflichtung zur Gestattung des Zutritts zu Räumen, in denen sich Einrichtungen der Wasserversorgung befinden, ist mit dem Wohnungsgrundrecht vereinbar FSt 192, 601
- Wenn ein Satzungsgeber von der speziellen Ermächtigung zum Betrieb elektronischer Wasserzähler Gebrauch macht, ist er zugleich an die dafür geltenden gesetzlichen Beschränkungen gebunden FSt 192, 602

- Für die mit der elektronischen Verbrauchserfassung verbundene Datenverarbeitung besteht in Gestalt von Art. 24 Abs. 4 Satz 1 GO die unions- und verfassungsrechtlich geforderte gesetzliche Grundlage FSt 192, 603
- Die Umstellung von analogen auf fernablesbare digitale Wasserzähler ist zur Erfüllung der öffentlichen Wasserversorgungsaufgabe geeignet FSt 192, 604
- Dem Einsatz von Wasserzählern mit Funkmodul steht auch nicht das Übermaßverbot entgegen FSt 192, 605
- Auf das Widerspruchsrecht nach Art. 24 Abs. 4 GO kommt es nicht entscheidend an für die Frage, ob der Einbau und Betrieb eines Funkmoduls geduldet werden muss FSt 192, 606
- Dem Betrieb von Wasserzählern mit aktivierter Funkfunktion stehen auch nicht Gründe des Gesundheitsschutzes entgegen FSt 192, 607
- Vereinbarkeit der Regelungen in der Gemeindeordnung zum Einsatz und Betrieb elektronischer (Funk-)Wasserzähler mit der Bayerischen Verfassung FSt 255, 806
- Die angegriffenen Vorschriften regeln den Einsatz und Betrieb elektronischer Wasserzähler mit oder ohne Funkmodul nur partiell FSt 255, 806
- Das Grundrecht auf Unverletzlichkeit der Wohnung wird durch Art. 24 Abs. 4 GO nicht verletzt FSt 255, 807
- Keine Verletzung des allgemeinen Persönlichkeitsrechts und des Grundrechts auf informationelle Selbstbestimmung FSt 255, 809
- Kein Eingriff in das Grundrecht auf körperliche Unversehrtheit FSt 255, 811
- Keine Verletzung des Eigentums FSt 255, 812

## Widerspruch

- Eine einfache E-Mail wahrt nicht die Frist für die Einlegung eines Widerspruchs; hier: nach dem SGG FSt 203, 641
- Keine Widerspruchserhebung in der gesetzlich vorgeschriebenen Form FSt 203, 642
- Ein fristwahrender Widerspruch kann per E-Mail nur mit qualifizierter elektronischer Signatur eingelegt werden FSt 203, 643
- Keine Wiedereinsetzung in den vorigen Stand nach § 67 SGG FSt 203, 643

## Wiedereinsetzung

- Wiedereinsetzung bei Fristversäumnis einer Behörde FSt 276, 880

## Windenergieanlage

- Erlöschen der Genehmigung einer Windenergieanlage infolge nicht fristgerechten Beginns der Errichtung (verneint) FSt 282, 897

- Voraussetzungen für das Erlöschen einer immissionsschutzrechtlichen Genehmigung nach § 18 Abs. 1 Nr. 1 BImSchG FSt 282, 898
- Die Errichtung von Fundamenten als ernsthafter Baubeginn FSt 282, 899
- Ob die fristgerechte Fundamenterstellung für eine Windenergieanlage pro Windpark einen ausreichenden Nachweis des ernsthaften Errichtungsbegins für alle übrigen genehmigten Windanlagen des jeweiligen Windparks darstellt, hängt von den Gesamtumständen ab FSt 282, 901

## Winterdienst

- Hinweise für die Beschaffung und den Betrieb von Soleanlagen für den Winterdienst (H SolA) GK 133, 334
- Winterdienst auf Straßen mit Asphaltdeckschichten aus Offenporigem Asphalt – AP WD OPA GK 195, 478

## Wohngeld

- Bek des StMB vom 17.2.2022 – Vordrucke im Vollzug des Wohngeldgesetzes GK 79, 192

## Z

## Zinsen

- Zinssatz für die Verzinsung des Anlagekapitals GK 89, 217

## Zinssätze

- Änderungen beim Satz der Hauptrefinanzierungsgeschäfte und beim Satz der Spitzenrefinanzierungsfazilität zum 27.7.2022; keine Änderungen beim Basiszinssatz GK 169, 429
- Änderungen beim Satz der Hauptrefinanzierungsgeschäfte und beim Satz der Spitzenrefinanzierungsfazilität zum 14.9.2022 GK 197, 480
- Abermalige Änderungen beim Satz der Hauptrefinanzierungsgeschäfte und beim Satz der Spitzenrefinanzierungsfazilität zum 2.11.2022 GK 232, 551

## Zivilprozessordnung

- Bekanntmachung zu § 115 der Zivilprozessordnung (Prozesskostenhilfebekanntmachung 2022 – PKHB 2022) vom 17.12.2021 GK 42, 96
- Bekanntmachung zu den Pfändungsfreigrenzen 2022 nach § 850c der Zivilprozessordnung (Pfändungsfreigrenzenbekanntmachung 2022) vom 25.5.2022 GK 134, 336

## Zugang von Schriftstücken

- Zugang eines mit einfacher Post versendeten Verwaltungsakts: Einfaches Bestreiten des Zugangs reicht nicht aus, wenn der Empfänger eine Behörde ist, die ein Posteingangsbuch führt FSt 265, 841

## Zusicherung

- Zusicherung in einem Beförderungsauswahlverfahren FSt 152, 479

## Zuwendungen, Zuschüsse

- Rückforderung von Zuwendungen wegen schwerer Vergabeverstöße FSt 44, 142
- Eine ohne ausreichende Begründung durchgeführte Gesamtvergabe mehrerer Lose an einen Bieter stellt einen schweren Vergabeverstoß dar FSt 44, 142
- Fehlende losweise Vergabe als schwerer Vergabeverstoß auch ohne Nachweis eines dadurch entstandenen finanziellen Schadens FSt 44, 144
- Zustimmung des Auftraggebers zur Übertragung beauftragter Teilleistungen an einen anderen Unternehmer als schwerer Vergabeverstoß (unzulässige Direktvergabe) FSt 44, 144
- Die Höhe der Rückforderung wegen schwerer Vergabeverstöße beträgt im Regelfall 20 bis 25 % der Zuwendungen FSt 44, 145
- Voraussetzungen für ein Absehen von der Verzinsung des zu erstattenden Betrags FSt 44, 146
- Lohnsteuerklasse eines Zuschusses zum Mutterschaftsgeld GK 5, 8
- Anspruch auf Zuschuss zum Mutterschaftsgeld nach dem Mutterschutzgesetz (MuSchG) dem Grunde nach GK 5, 8
- Bemessung des Zuschusses zum Mutterschaftsgeld bis 31.12.2017 nach der Lohnbezugs-methode GK 5, 9
- Keine Änderung bei der Zuschussbemessung ab 1.1.2018 durch die Neufassung des Mutterschutzgesetzes GK 5, 11
- Kein missbräuchliches Verhalten bei steuerrechtlich vernünftiger Steuerklassenwahl GK 5, 12
- Bek des StMD vom 27.9.2021 – Zweite Änderung der Förderrichtlinie digitales Rathaus GK 12, 24
- Bek des StMGP vom 26.10.2021 – Richtlinie zur Förderung von Präventions- und Beratungsangeboten im Suchtbereich (PBS-Förderrichtlinie – PBS-FÖR) GK 12, 24

- Bek des StMELF vom 19.11.2021 – Aufforderung des Bayerischen Staatsministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten zur Beteiligung von Lokalen Aktionsgruppen in Bayern an LEADER 2023–2027 GK 24, 48
- Nochmals: Sonderprogramm „Stadt und Land“ für flächendeckende Fahrradinfrastruktur; hier: Erweiterung der Fördertatbestände und Erhöhung der Finanzhilfen GK 27, 62
- GemBek des StMB und des StMFH vom 1.12.2021 – Änderung der Richtlinien für Zuwendungen des Freistaates Bayern für den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV-Zuwendungsrichtlinien – RZÖPNV) GK 33, 71
- Bek des StMB vom 1.12.2021 – Änderung der Richtlinien zur Förderung von Investitionen finanzschwacher Kommunen in Bayern (Kommunalinvestitionsförderungsrichtlinien – KInvFR) GK 33, 71
- Bek des StMB vom 1.12.2021 – Änderung der Richtlinie für das Kommunalinvestitionsprogramm zur Verbesserung der Schulinfrastruktur finanzschwacher Kommunen in Bayern (Kommunalinvestitionsprogramm Schulinfrastruktur – KIP-S) GK 33, 71
- Bek des StMELF vom 7.12.2021 – Änderung der Richtlinie zur Förderung der Betriebskosten von Plätzen für Kinder unter drei Jahren in Kindertageseinrichtungen und in Tagespflege (U3-Bundesmittelrichtlinie) GK 33, 72
- Bek des StMAS vom 8.12.2021 – Änderung der Richtlinie zur Förderung der Inklusion in der Kindertagespflege und zur Deckung von Finanzierungslücken bei den Betriebskosten integrativer Kindertageseinrichtungen GK 33, 72
- Bek des StMI vom 8.12.2021 – Änderung der Richtlinie für Zuwendungen des Freistaates Bayern zur Förderung der interkommunalen Zusammenarbeit GK 33, 72
- GemBek des StMB sowie des StMUK vom 8.12.2021 – Änderung der Richtlinie zum Förderprogramm Vorübergehende Erhöhung der Beförderungskapazitäten im Schülerverkehr aufgrund der COVID-19-Pandemie GK 33, 72
- GemBek des StMUK und des StMAS vom 9.12.2021 – Änderung der Bekanntmachung über die Richtlinie zum beschleunigten Infrastrukturausbau der Ganztagsbetreuung für Grundschulkindern 2020–21 GK 33, 72
- Bek der StMAS vom 10.12.2021 – Änderung der Richtlinie zur Gewährung eines Leitungs- und Verwaltungsbonus zur Stärkung von Kindertageseinrichtungen GK 33, 72
- Änderung der Richtlinien für Zuwendungen zu wasserwirtschaftlichen Vorhaben (RZWAs 2021) GK 43, 97
- Personalkosten-Förderung über die neue Kommunalrichtlinie des Bundes in den Bereichen Energie und Klimaschutz GK 44, 97
- Bek des StMWI vom 13.12.2021 – Richtlinien zur Förderung von Energiekonzepten und kommunalen Energienutzungsplänen GK 52, 120
- Bek des StMAS vom 16.12.2021 – Vollzug des Kinderförderungsgesetzes – Festlegung der Ausbaufaktoren nach der U3-Bundesmittelrichtlinie GK 52, 120
- Bek des StMAS vom 16.12.2021 – Vollzug des Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetzes (BayKiBiG) – Festsetzung des Basiswertes gemäß Art. 21 Abs. 3 Satz 2 BayKiBiG – GK 52, 120
- Bek des StMAS vom 16.12.2021 – Vollzug des Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetzes (BayKiBiG) – Festsetzung des Qualitätsbonus gemäß Art. 23 Abs. 1 Satz 3 BayKiBiG – GK 52, 120
- Bek des StMAS vom 19.1.2022 – Änderung der Richtlinie für Zuwendungen des Freistaates Bayern zur Durchführung von PCR-Pool-Tests in der Kindertagesbetreuung GK 58, 143
- Bek des StMAS vom 21.1.2022 – Änderung der Richtlinie zur Förderung von Investitionskosten für technische Maßnahmen zum infektionsschutzgerechten Lüften in der Kindertagesbetreuung und in den Heilpädagogischen Tagesstätten der Jugend- und Behindertenhilfe GK 58, 143
- Bek des StMUK vom 21.1.2022 – Änderung der Richtlinie zur Förderung von Investitionskosten für technische Maßnahmen zum infektionsschutzgerechten Lüften in Schulen – Neuauflage 2021 (FILS-E-N) GK 58, 144
- Bek des StMWI vom 10.1.2022 – Bayerisches Förderprogramm zum Aufbau einer Wasserstofftankstelleninfrastruktur GK 58, 144
- Gemeinsame Bek des StMUK und des StMAS vom 3.2.2022 – Änderung der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Verbesserung des Infektionsschutzes für die Betreuung von Kindern unter 12 Jahren in Schulen sowie in der Kindertagesbetreuung und in den Heilpädagogischen Tagesstätten der Jugend- und Behindertenhilfe (VISKu12-R) GK 58, 144
- Gemeinsame Bek des StMUV und des StMELF vom 17.1.2022 – Änderung der Richtlinie über Zuwendungen nach dem Bayerischen Vertragsnaturschutzprogramm Wald (VNPWaldR 2021) GK 58, 144

- Bek des StMAS vom 9.2.2022 – Änderung der Bekanntmachung über Selbsttests für (nicht eingeschulte) Kinder GK 68, 168
- Bek des StMPG vom 14.2.2022 – Richtlinie über die Gewährung einer Sonderzahlung zur Abmilderung wirtschaftlicher Nachteile der Krankenhäuser sowie zur besonderen Anerkennung der persönlichen Leistungen der Beschäftigten im Rahmen der akutstationären Behandlung von COVID-19-Erkrankten in Krankenhäusern GK 68, 168
- Richtlinien für Zuwendungen des Freistaates Bayern zur Förderung des kommunalen Feuerwehrwesens (Feuerwehr-Zuwendungsrichtlinien – FwZR) GK 69, 169
- Bek des StMGP vom 28.2.2022 – Änderung der Richtlinie Corona-Pflege-Investitionsumlage GK 79, 192
- Gemeinsame Bek des StMUK und des StMAS vom 16.2.2022 – Änderung der Bekanntmachung über die Richtlinie zum beschleunigten Infrastrukturausbau der Ganztagsbetreuung für Grundschulkinder 2020-21 GK 79, 192
- Bek des StMAS vom 7.3.2022 – Änderung der Richtlinie für Zuwendungen des Freistaates Bayern zur Durchführung von PCR-Pool-Tests in der Kindertagesbetreuung GK 79, 192
- Bek des StMI vom 7.3.2022 – Richtlinie zur Förderung der Informationssicherheit durch Implementierung eines Informationssicherheits-Managementsystems bei kommunalen Gebietskörperschaften (ISMS-Förderrichtlinie – ISMSR) GK 87, 216
- Bek des StUK vom 1.4.2022 – Änderung der Richtlinie zur Förderung von Investitionskosten für technische Maßnahmen zum infektionsschutzgerechten Lüften in Schulen – Neuaufgabe 2021 (FILS-R-N) GK 96, 240
- Bek des StMAS vom 4.4.2022 – Änderung der Richtlinie zur Förderung von Investitionskosten für technische Maßnahmen zum infektionsschutzgerechten Lüften in den Heilpädagogischen Tagesstätten der Jugend- und Behindertenhilfe GK 96, 240
- Bek des StMWI vom 7.4.2022 – Richtlinien zur Förderung von Projekten von Maßnahmenträgern aus der Kultur- und Kreativwirtschaft GK 106, 264
- Bek des StMFH vom 11.4.2022 – Richtlinie zur Förderung von Projekten im bayerisch-tschechischen Grenzraum (Förderrichtlinie Bayerisch-Tschechischer-Grenzraum – BYCZF6R) GK 106, 264

- Gesetz zur Gewährung eines einmaligen Heizkostenzuschusses aufgrund stark gestiegener Energiekosten (Heizkostenzuschussgesetz – HeizZuschG) vom 29.4.2022 GK 115, 288
- Bek des StMGP vom 3.5.2022 – Änderung der Probenlogistikkostenerrstattungsrichtlinie GK 115, 288
- Bek des StMB und des StMELF vom 13.5.2022 – Bayerische Förderrichtlinie Holz (BayFHolz) GK 134, 336
- Bek des StMI vom 25.5.2022 – Richtlinien für Zuwendungen des Freistaates Bayern zur Förderung von Maßnahmen zur Vorbereitung der Katastrophenabwehr (Katastrophenschutz-Zuwendungsrichtlinien – KatSZR) GK 134, 336
- Bek des StMGP vom 13.6.2022 – Richtlinie über die Gewährung eines Intensivpflegebonus (BayIPB) GK 141, 360
- Bek des StMUK vom 30.5.2022 – Richtlinie zur Förderung von Maßnahmen im Rahmen des Programms „gemeinsam.Brücken.bauen“ zum Abbau pandemiebedingter Lernrückstände an kommunalen Schulen sowie an privaten Ersatzschulen im Schuljahr 2022/2023 (gBb\_22-23) GK 141, 360
- Bek des StMUK vom 9.6.2022 – Richtlinie zur Förderung von Personalaufwendungen für Pädagogische Willkommensgruppen an nicht-staatlichen Schulen im Schuljahr 2021/2022 (PWG-R) GK 141, 360
- Förderung klimafreundlicher Nutzfahrzeuge GK 173, 433
- Bek des StMGP vom 14.9.2022 – Richtlinie über die Gewährung finanzieller Unterstützung an Entlastungskrankenhäuser GK 198, 480
- Richtlinie zur Förderung von Investitionen, Veranstaltungen und Projekten im Bereich Regionalkultur (Regionalkultur-Förderrichtlinie – RegkuF6R) GK 198, 480
- Gemeinsame Bek des StMB und des StMELF vom 4.9.2022 – Änderung der Richtlinie zur Förderung von langfristig gebundenem Kohlenstoff in Gebäuden in Holzbauweise in Bayern (Bayerische Förderrichtlinie Holz – BayFHolz) GK 206, 504
- Bek des StMGP vom 23.9.2022 – Richtlinie zur Förderung der Geburtshilfe in Bayern (GebHilfR) GK 206, 504
- Bek des StMELF vom 6.9.2022 – Finanzierungsrichtlinie Ländliche Entwicklung (FinR-LE) GK 206, 504

## Zuwendungsrichtlinien

- Kein Ausschluss von der Pedelec-Förderung wegen Verweigerung einer Distanzierung von Scientology FSt 154, 480

## Zwangsversteigerung

- Erfordernis eines Duldungstitels gegen den neuen Eigentümer des Grundstücks GK 59, 145
- (Vorläufige) Einstellung der Zwangsversteigerung wegen öffentlich-rechtlicher Forderung GK 116, 289

## Zwangsvollstreckung

- Keine Vollstreckung eines begleiteten Umgangs gegen das Jugendamt FSt 126, 398
- Vollstreckung von Geldforderungen: Unpfändbarkeit bloßer Handlungsoptionen GK 13, 25
- Zwangssicherungshypothek: Behandlung von Zinsen bei Eintragung in das Grundbuch GK 127, 314
- Das Mindestelterngeld nach § 2 Abs. 4 Satz 1 BEEG ist aufgrund seiner besonderen Zweckbindung nicht den eigenen Einkünften des Unterhaltsberechtigten i.S. von § 850c Abs. 6 ZPO zuzurechnen GK 135, 337
- Gehaltspfändung bei Entgeltumwandlung GK 164, 409
- Entgelt, das für die betriebliche Altersversorgung im Wege der Direktversicherung verwendet wird, unterliegt grundsätzlich nicht der Pfändung GK 164, 409
- Auch eine nach der Pfändung geschlossene Entgeltumwandlungsvereinbarung ist bei der Bemessung des pfändbaren Einkommens aus Arbeit zu berücksichtigen GK 164, 410
- Keine Nichtigkeit der Entgeltumwandlungsvereinbarung wegen Sittenwidrigkeit GK 164, 412

## Zweckentfremdung

- Zweckentfremdung von Wohnraum – Anwendung des Zweckentfremdungsgesetzes FSt 120, 378

- Wohnungsvermietung während berufsbedingter Abwesenheit; Beschluss des VGH vom 26.7.2021 FSt 120, 379
- Auskunftsanspruch gegen Online-Plattform zur Buchung und Vermietung bei Verdacht auf Zweckentfremdung; Beschluss des VGH vom 16.6.2021 FSt 120, 380

## Zweckverbände

- Voraussetzungen für den Austritt aus einem Zweckverband FSt 144, 441
- Aus Art. 44 Abs. 1 Satz 1 KommZG ergibt sich kein Anspruch eines Zweckverbandsmitglieds auf Zustimmung zum begehrten Austritt durch die Verbandsversammlung FSt 144, 441
- Die Beschränkung der Austrittsmöglichkeiten eines austrittswilligen Zweckverbandsmitglieds ist verfassungsgemäß FSt 144, 442
- Wann liegt ein wichtiger Grund zur Kündigung i.S.d. Art. 44 Abs. 3 KommZG vor? FSt 144, 443
- Kündigung eines Darlehens durch einen kommunalen Zweckverband GK 153, 385

## Zweitwohnungssteuer

- Bodenwert als Bemessungsgrundlage einer Zweitwohnungssteuer GK 35, 81
- Gemeindlicher Gestaltungsraum bei der Festlegung des Steuermaßstabs GK 35, 82
- Orientierung am Typus der Aufwandsteuer GK 35, 82
- Keine Schätzung allein anhand des Bodenwerts GK 35, 83
- Schätzung anhand von Zu- und Abschlägen zur Vergleichsmiete GK 35, 83



## II. Verzeichnis der Entscheidungen, geordnet nach der zeitlichen Reihenfolge

Die Zahlen bedeuten Randnummern

### Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften (EuGH)

Urteil	v. 17.06.2021	C-23.20.....FSt	58
Urteil	v. 18.01.2022	C-261.20.....FSt	121
Urteil	v. 03.02.2022	C-461.20.....FSt	112

### Bundesverfassungsgericht

Beschluss	v. 31.01.2021	1 BVR 208.22.....FSt	176
Beschluss	v. 01.06.2021	1 BvR 2374.15.....FSt	6
Beschluss	v. 03.11.2021	1 BvL 1.19.....GK	60
Beschluss	v. 22.03.2022	1 BvR 2868.15 u.a.....GK	165

### Bayerischer Verfassungsgerichtshof

Entscheidung	v. 28.09.2021	Vf. 8-VII-20.....FSt	39
Entscheidung	v. 26.04.2022	Vf. 5.VII-19.....FSt	255

### Bundesverwaltungsgericht

Urteil	v. 07.09.202	1 C 46.20.....FSt	10
Urteil	v. 22.01.2021	6 C 26.19.....FSt	86
Urteil	v. 25.01.2021	9 C 1.19.....GK	81
Urteil	v. 25.01.2021	9 C 8.19.....FSt	74
Beschluss	v. 23.02.2021	2 C 11.19.....FSt	169
Beschluss	v. 17.03.2021	2 B 3.21.....FSt	1
Beschluss	v. 23.03.2021	2 VR 5.20.....FSt	99
Urteil	v. 30.03.2021	1 C 28.20.....FSt	85
Urteil	v. 14.04.2021	5 C 13.19.....GK	53
Urteil	v. 26.04.2021	10 C 1.20.....FSt	101
Urteil	v. 29.04.2021	9 C 1.20.....GK	18
Urteil	v. 06.05.2021	2 C 10.20.....FSt	215
Beschluss	v. 19.05.2021	9 C 2.20.....GK	35
Urteil	v. 19.05.2021	9 C 3.20.....GK	71
Beschluss	v. 28.05.2021	2 VR 2.21.....FSt	143
Urteil	v. 24.06.2021	5 C 10.19.....FSt	134

Urteil	v. 29.06.2021	4 CN 8.19.....	FSt	20
Beschluss	v. 01.07.2021	4 BN 64.20.....	FSt	13
Urteil	v. 07.07.2021	8 C 28.20.....	FSt	83
Beschluss	v. 29.07.2021	4 VR 8.20.....	FSt	31
Urteil	v. 27.09.2021	8 C 29.20.....	FSt	119
Urteil	v. 27.09.2021	8 C 31.20.....	FSt	155
Urteil	v. 28.09.2021	9 A 12.20.....	FSt	237
Urteil	v. 06.10.2021	9 C 9.20.....	FSt	100
Urteil	v. 07.10.2021	4 A 9.19.....	FSt	88
Urteil	v. 26.10.2021	8 C 2.21.....	GK	121
Urteil	v. 09.11.2021	4 C 1.20.....	FSt	93
Beschluss	v. 25.11.2021	7 B 7.21.....	FSt	150
Beschluss	v. 29.11.2021	9 B 7.21.....	GK	91
Urteil	v. 02.12.2021	2 C 36.20.....	FSt	177
Urteil	v. 09.12.2021	4 A 2.20.....	FSt	136
Urteil	v. 17.12.2021	7 C 9.20.....	FSt	273
Beschluss	v. 20.12.2021	9 B 24.21.....	GK	154
Urteil	v. 14.4.2021	5 C 13.19.....	GK	1
Urteil	v. 20.01.2022	8 C 35.20.....	FSt	76
Urteil	v. 26.01.2022	9 C 5.20.....	GK	128
Beschluss	v. 08.02.2022	4 B 25.21.....	FSt	231
Urteil	v. 02.03.2022	6 C 7.20.....	FSt	277
Urteil	v. 06.04.2022	8 C 9.21.....	FSt	154
Urteil	v. 07.04.2022	3 C 9.21.....	FSt	212
Urteil	v. 21.09.2022	8 C 12.21.....	FSt	265

### Bayerischer Verwaltungsgerichtshof

Beschluss	v. 26.07.2021	12 B 21.913.....	FSt	120
Beschluss	v. 10.02.2021	8 ZB 19.2464.....	FSt	46
Urteil	v. 15.02.2021	8 B 20.2353.....	FSt	142
Beschluss	v. 29.04.2021	15 ZB 21.105.....	FSt	122
Beschluss	v. 21.05.2021	22 CS 21.858.....	FSt	70
Beschluss	v. 26.05.2021	24 ZB 20.594.....	FSt	35
Beschluss	v. 31.05.2021	20 ZB 20.2016.....	GK	72
Beschluss	v. 07.06.2021	8 CS 21.720.....	FSt	82
Beschluss	v. 16.06.2021	12 CS 21.1413.....	FSt	120

Urteil	v. 01.07.2021	14 BV 19.1075.....	FSt	34
Beschluss	v. 12.07.2021	3 CE 21.1466 .....	FSt	17
Beschluss	v. 14.07.2021	19 ZB 21.843 .....	FSt	109
Beschluss	v. 19.07.2021	3 ZB 19.755 .....	FSt	182
Beschluss	v. 26.07.2021	12 ZB 18.2385 .....	FSt	55
Urteil	v. 29.07.2021	5 BV 19.2245.....	FSt	178
Urteil	v. 05.08.2021	4 BV 20.3110.....	FSt	28
Beschluss	v. 10.08.2021	8 CE 21.1989 .....	FSt	57
Beschluss	v. 11.08.2021	15 CS 21.1775.....	FSt	67
Beschluss	v. 16.08.2021	15 CS 21.2022.....	FSt	220
Urteil	v. 19.08.2021	6 B 21.797.....	GK	99
Beschluss	v. 23.08.2021	4 CS 21.1227.....	FSt	56
Urteil	v. 15.09.2021	1 N 20.151.....	FSt	98
Beschluss	v. 20.09.2021	8 AS 21.40031 .....	FSt	161
Urteil	v. 27.09.2021	12 N 20.1726.....	FSt	89
Beschluss	v. 30.09.2021	9 CS 21.1807.....	FSt	135
Urteil	v. 05.10.2021	8 N 17.1354.....	FSt	236
Urteil	v. 13.10.2021	14 N 20.749.....	FSt	81
Beschluss	v. 13.10.2021	4 ZB 21.1255 .....	FSt	63
Beschluss	v. 18.10.2021	4 ZB 21.1406 .....	GK	118
Beschluss	v. 19.10.2021	11 CS 21.1967.....	FSt	262
Beschluss	v. 21.10.2021	4 ZB 21.1776 .....	FSt	41
Beschluss	v. 28.10.2021	22 ZB 21.1923 .....	FSt	123
Urteil	v. 10.11.2021	4 B 20.1961 .....	FSt	92
Urteil	v. 19.11.2021	1 N 19.1748.....	FSt	147
Beschluss	v. 07.12.2021	8 CS 21.2334.....	FSt	223
Beschluss	v. 08.12.2021	22 CS 21.2284.....	FSt	184
Beschluss	v. 13.12.2021	15 N 20.1649.....	FSt	195
Beschluss	v. 16.12.2021	4 CE 21.2839 .....	FSt	90
Beschluss	v. 28.12.2021	3 ZB 19.1398 .....	FSt	205
Beschluss	v. 12.01.2022	8 CS 21.1595.....	FSt	173
Beschluss	v. 18.01.2022	1 CS 21.2386.....	FSt	259
Urteil	v. 01.02.2022	4 N 21.757.....	FSt	204
Urteil	v. 08.02.2022	1 N 20.1687.....	FSt	148
Beschluss	v. 14.02.2022	1 CS 21.2408.....	FSt	198
Beschluss	v. 16.02.2022	6 ZB 21.2091 .....	GK	174
Beschluss	v. 07.03.2022	4 CS 21.2254.....	FSt	192

Beschluss	v. 08.03.2022	16a DS 22.110.....	GK	146
Beschluss	v. 05.04.2022	4 CS 22.504.....	FSt	217
Beschluss	v. 20.04.2022	4 ZB 22.629 .....	GK	143
Beschluss	v. 28.04.2022	11 ZB 21.1618.....	FSt	225
Beschluss	v. 03.05.2022	17 P 21.3277 .....	FSt	280
Beschluss	v. 25.05.2022	22 AE 22.40004.....	FSt	282
Beschluss	v. 07.06.2022	15 N 21.1884.....	FSt	260
Beschluss	v. 08.06.2022	11 CS 22.926.....	FSt	250
Beschluss	v. 30.06.2022	4 ZB 22.1030 .....	FSt	266

### Andere Verwaltungsgerichtshöfe und Oberverwaltungsgerichte

OVG Berlin-Brandenburg	Beschluss	v. 07.06.2021	4 S 47.20 .....	FSt	156
OVG Hamburg	Beschluss	v. 11.08.2021	5 Bs 90.21 .....	FSt	152
OVG Hamburg	Beschluss	v. 16.08.2021	2 Bs 182.21 .....	FSt	45
OVG Niedersachsen	Urteil	v. 07.10.2021	1 KN 17.20 .....	FSt	79
OVG Niedersachsen	Beschluss	v. 29.11.2021	5 ME 132.21 .....	FSt	267
OVG Niedersachsen	Urteil	v. 23.02.2022	9 LB 408.19 .....	GK	199
OVG Niedersachsen	Beschluss	v. 31.03.2022	1 LA 26.21 .....	FSt	197
OVG Nordrhein-Westfalen	Beschluss	v. 08.09.2021	18 A 1945.21 .....	FSt	153
OVG Nordrhein-Westfalen	Beschluss	v. 29.10.2021	12 B 1277.21.....	FSt	235
OVG Nordrhein-Westfalen	Urteil	v. 03.12.2021	11 A 2110.20.....	FSt	238
OVG Nordrhein-Westfalen	Beschluss	v. 14.02.2022	12 B 1683.21, 12 B 1713.21 .....	FSt	108
OVG Saarland	Beschluss	v. 01.04.2021	2 A 279.20 .....	FSt	224
OVG Sachsen	Beschluss	v. 25.01.2022	1 B 276.21.....	FSt	209
OVG Schleswig-Holstein	Beschluss	v. 19.01.2022	5 MR 11.21 .....	FSt	271
OVG Thüringen	Beschluss	v. 30.06.2021	4 EO 62.21 .....	FSt	185
VGH Baden-Württemberg	Urteil	v. 21.04.2021	5 S 1996.19.....	FSt	213
VGH Baden-Württemberg	Beschluss	v. 21.06.2021	11 S 19.21 .....	FSt	62
VGH Baden-Württemberg	Beschluss	v. 08.10.2021	2 S 2470.20.....	GK	108
VGH Baden-Württemberg	Urteil	v. 20.10.2021	5 S 3125.20.....	FSt	106
VGH Baden-Württemberg	Beschluss	v. 21.01.2022	10 S 2618.21 .....	FSt	222
VGH Baden-Württemberg	Urteil	v. 26.01.2022	5 S 1259.20.....	FSt	114
VGH Baden-Württemberg	Beschluss	v. 21.03.2022	12 S 1357.21 .....	FSt	289
VGH Baden-Württemberg	Beschluss	v. 19.07.2022	1 S 1121.22 .....	FSt	279
VGH Hessen	Beschluss	v. 15.03.2021	1 A 2521.18 .....	FSt	61

### Verwaltungsgerichte

VG Ansbach	Urteil	v. 16.08.2021	AN 17 K 20.00311 .....	FSt	232
------------	--------	---------------	------------------------	-----	-----

VG Ansbach	Urteil	v. 19.10.2021	AN 4 K 20.00502 .....	FSt	144
VG Ansbach	Urteil	v. 21.10.2021	AN 17 K 20.01814 .....	FSt	158
VG Ansbach	Urteil	v. 12.11.2021	AN 10 K 20.00108 .....	FSt	274
VG Augsburg	Urteil	v. 17.06.2020	Au 4 K 20.168 .....	FSt	171
VG Augsburg	Beschluss	v. 26.08.2021	Au 6 E 21.1669 .....	FSt	23
VG Augsburg	Urteil	v. 31.01.2022	Au 9 K 21.54 .....	FSt	172
VG Augsburg	Urteil	v. 15.03.2022	Au 8 K 22.130 .....	FSt	173
VG Darmstadt	Urteil	v. 18.08.2021	4 K 2115.19.DA .....	GK	90
VG München	Urteil	v. 23.03.2021	5 K 18.994 .....	GK	39
VG München	Urteil	v. 12.05.2021	M 31 K 15.2119 .....	FSt	44
VG München	Urteil	v. 15.07.2021	M 10 K 19.6425 .....	FSt	53
VG München	Urteil	v. 10.11.2021	M 9 K 18.3353 .....	FSt	68
VG München	Urteil	v. 13.12.2021	M 7 K 16.3353 .....	FSt	138
VG München	Beschluss	v. 02.02.2022	M 7 E 21.5691 .....	FSt	254
VG München	Beschluss	v. 14.03.2022	M 18 E 21.5055 .....	FSt	157
VG Würzburg	Beschluss	v. 31.08.2021	W 8 E 21.1045 .....	FSt	95
VG Würzburg	Urteil	v. 26.01.2022	W 6 K 21.1499 .....	FSt	199

### Bundesgerichtshof

Urteil	v. 01.07.2020	VIII ZR 323.18 .....	GK	8
Urteil	v. 16.03.2021	VI ZR 773.20 .....	FSt	3
Urteil	v. 18.03.2021	VIII ZR 305.19 .....	GK	94
Urteil	v. 28.04.2021	VIII ZR 5.20 .....	GK	65
Urteil	v. 26.05.2021	VIII ZR 42.20 .....	GK	86
Beschluss	v. 01.06.2021	6 StR 119.21 .....	FSt	168
Beschluss	v. 09.06.2021	XII ZB 513.20 .....	FSt	126
Urteil	v. 10.06.2021	VII ZR 157.20 .....	FSt	32
Beschluss	v. 22.06.2021	VIII ZR 26.20 .....	GK	104
Beschluss	v. 23.06.2021	VII ZB 15.18 .....	GK	13
Beschluss	v. 23.06.2021	VII ZB 37.20 .....	GK	59
Beschluss	v. 30.06.2021	XII ZB 133.21 .....	FSt	38
Urteil	v. 07.07.2021	VIII ZR 167.20 .....	GK	112
Urteil	v. 07.07.2021	VIII ZR 52.20 .....	GK	23
Urteil	v. 14.07.2021	6 StR 282.20 .....	FSt	15
Urteil	v. 15.07.2021	III ZR 225.20 .....	FSt	77

Beschluss	v. 15.07.2021	V B 230.19 .....	GK	116
Urteil	v. 07.09.2021	EnZR 29.20 .....	FSt	140
Urteil	v. 21.09.2021	VI ZR 726.20 .....	FSt	163
Urteil	v. 12.10.2021	EnZR 43.20 .....	FSt	164
Beschluss	v. 21.10.2021	V ZB 52.20.....	GK	127
Urteil	v. 27.10.2021	VIII ZR 102.21.....	GK	150
Urteil	v. 04.11.2021	III ZR 249.20 .....	FSt	229
Urteil	v. 04.11.2021	6 StR 12.20.....	FSt	116
Urteil	v. 10.11.2021	VIII ZR 107.20.....	GK	179
Urteil	v. 10.11.2021	27 U 120.21.....	GK	147
Urteil	v. 23.11.2021	XIII ZR 20.19.....	FSt	125
Beschluss	v. 30.11.2021	VIII ZR 81.20.....	GK	161
Urteil	v. 09.12.2021	VII ZR 170.19.....	FSt	227
Urteil	v. 14.12.2021	XI ZR 72.20 .....	GK	153
Urteil	v. 12.01.2022	VIII ZR 151.20.....	GK	219
Beschluss	v. 23.02.2022	VII ZB 41.21 .....	GK	135
Beschluss	v. 28.04.2022	III ZR 240.21 .....	FSt	270
Urteil	v. 05.05.2022	VII ZR 176.20.....	FSt	246
Urteil	v. 02.06.2022	VII ZR 174.19 .....	FSt	245
Urteil	v. 02.06.2022	VII ZR 229.19.....	FSt	272
Urteil	v. 14.06.2022	VI ZR 110.21 .....	FSt	286
Urteil	v. 14.07.2022	I ZR 97.21 .....	FSt	256

### Andere Zivil- und Strafgerichte

BayObLG	Beschluss	v. 09.04.2021	Verg 3.21 .....	FSt	36
BayObLG	Beschluss	v. 10.01.2022	201 ObOWi 1507.21.....	FSt	110
BayObLG	Beschluss	v. 20.01.2022	Verg 7.21 .....	FSt	174
KG Berlin	Beschluss	v. 10.05.2022	Verg 2.22 .....	FSt	263
LG Bochum	Urteil	v. 04.10.2021	2 O 80.21 .....	GK	38
LG Hamburg	Urteil	v. 12.02.2021	307 S 16.20.....	FSt	2
LG Hamburg	Urteil	v. 30.11.2021	304 O 341.19 .....	FSt	137
OLG Brandenburg	Beschluss	v. 08.07.2021	19 Verg 2.21.....	FSt	97
OLG Brandenburg	Urteil	v. 10.02.2022	12 U 28.21 .....	FSt	159
OLG Bremen	Beschluss	v. 14.12.2021	2 Verg 1.21 .....	FSt	275
OLG Bremen	Beschluss	v. 16.03.2022	1 W 3.22 (b).....	FSt	278
OLG Celle	Urteil	v. 06.10.2021	14 U 39.21 .....	FSt	21

OLG Celle	Beschluss	v. 09.11.2021	13 Verg 9.21.....GK	205
OLG Celle	Urteil	v. 10.11.2021	8 U 11.20 .....GK	218
OLG Celle	Urteil	v. 26.01.2022	14 U 116.21 .....GK	178
OLG Celle	Urteil	v. 27.04.2022	14 U 156.21 .....FSt	221
OLG Dresden	Urteil	v. 03.09.2020	10 U 1743.17 .....FSt	179
OLG Düsseldorf	Urteil	v. 27.08.2001	22 U 267.20 .....GK	31
OLG Düsseldorf	Beschluss	v. 29.03.2021	Verg 9.21 .....FSt	25
OLG Düsseldorf	Beschluss	v. 06.04.2022	Verg 32.21 .....GK	231
OLG Düsseldorf	Beschluss	v. 08.06.2022	Verg 19.22 .....FSt	251
OLG Frankfurt am Main	Beschluss	v. 24.11.2021	11 Verg 4.21 .....GK	131
OLG Frankfurt am Main	Beschluss	v. 25.11.2021	11 Verg 2.21 .....GK	180
OLG Frankfurt am Main	Beschluss	v. 23.12.2021	11 Verg 6.21 .....FSt	151
OLG Frankfurt am Main	Beschluss	v. 07.06.2022	11 Verg 12.21 .....FSt	288
OLG Hamburg	Urteil	v. 27.11.2020	8 U 7.20 .....FSt	261
OLG Hamm	Urteil	v. 11.11.2021	24 U 194.20 .....GK	217
OLG Hamm	Beschluss	v. 30.12.2021	4 RVs 130.2021 .....FSt	228
OLG Hamm	Beschluss	v. 13.01.2022	5 RBs 278.21 .....FSt	249
OLG Karlsruhe	Urteil	v. 20.04.2021	19 U 28.19 .....FSt	233
OLG Koblenz	Beschluss	v. 01.09.2021	Verg 1.21 .....GK	160
OLG Köln	Beschluss	v. 05.10.2021	16 U 55.21 .....GK	168
OLG Köln	Urteil	v. 29.06.2022	11 U 33.20 .....FSt	285
OLG München	Beschluss	v. 23.03.2021	28 U 744.21 Bau.....FSt	210
OLG München	Urteil	v. 02.09.2021	8 U 1796.18 .....FSt	54
OLG München	Urteil	v. 30.09.2021	6 U 6754.20 .....FSt	40
OLG München	Beschluss	v. 16.11.2021	6 St 4.21 .....FSt	130
OLG München	Urteil	v. 20.01.2022	1 U 7114.20 .....FSt	216
OLG Naumburg	Urteil	v. 13.10.2021	2 U 29.20 .....FSt	284
OLG Naumburg	Beschluss	v. 17.12.2021	7 Verg 3.21 .....FSt	239
OLG Nürnberg	Beschluss	v. 26.11.2021	3 U 2473.21 .....FSt	180
OLG Nürnberg	Beschluss	v. 23.02.2022	11 UF 1106.21 .....GK	177
OLG Rostock	Beschluss	v. 16.09.2021	17 Verg 7.21 .....FSt	84
OLG Rostock	Beschluss	v. 11.11.2021	17 Verg 6.21 .....FSt	124
OLG Schleswig-Holstein	Beschluss	v. 07.01.2021	54 Verg 6.20 .....GK	64
OLG Schleswig-Holstein	Beschluss	v. 28.01.2021	54 Verg 6.20 .....FSt	111
OLG Schleswig-Holstein	Urteil	v. 26.08.2021	11 U 13.21 .....FSt	102
OLG Schleswig-Holstein	Beschluss	v. 09.12.2021	54 Verg 8.21 .....FSt	214

## Bundesarbeitsgericht

Urteil	v. 21.01.2021	8 AZR 195.19.....	FSt	43
Urteil	v. 23.02.2021	AZR 14.20.....	GK	20
Urteil	v. 24.02.2021	4 AZR 309.20.....	FSt	113
Urteil	v. 09.03.2021	9 AZR 312.20.....	FSt	91
Urteil	v. 31.03.2021	5 AZR 197.20.....	GK	37
Urteil	v. 27.04.2021	2 AZR 540.20.....	FSt	52
Urteil	v. 28.04.2021	7 AZR 212.20.....	FSt	206
Urteil	v. 29.04.2021	6 AZR 215.20.....	GK	101
Urteil	v. 29.04.2021	8 AZR 276.20.....	FSt	118
Urteil	v. 29.04.2021	8 AZR 279.20.....	FSt	18
Urteil	v. 19.05.2021	5 AZR 318.20.....	FSt	78
Urteil	v. 19.05.2021	5 AZR 378.20.....	GK	5
Urteil	v. 20.05.2021	2 AZR 457.20.....	FSt	5
Urteil	v. 20.05.2021	2 AZR 596.20.....	FSt	29
Urteil	v. 24.06.2021	5 AZR 385.20.....	GK	21
Urteil	v. 01.07.2021	8 AZR 297.20.....	FSt	193
Urteil	v. 14.07.2021	10 AZR 485.20.....	GK	76
Urteil	v. 21.07.2021	5 AZR 543.20.....	GK	84
Urteil	v. 22.07.2021	2 AZR 193.21.....	FSt	104
Urteil	v. 27.07.2021	7 AZR 448.20.....	FSt	181
Urteil	v. 27.07.2021	9 AZR 326.20.....	FSt	115
Urteil	v. 07.09.2021	9 AZR 3.21.....	FSt	129
Urteil	v. 07.09.2021	9 AZR 571.20.....	FSt	218
Urteil	v. 07.09.2021	9 AZR 595.20.....	FSt	132
Urteil	v. 08.09.2021	5 AZR 149.21.....	FSt	26
Urteil	v. 08.09.2021	5 AZR 205.21.....	GK	120
Beschluss	v. 22.09.2021	7 AZR 22.20.....	FSt	133
Urteil	v. 13.10.2021	5 AZR 211.21.....	FSt	42
Urteil	v. 14.10.2021	8 AZR 96.20.....	GK	164
Urteil	v. 15.10.2021	6 AZR 253.19.....	GK	63
Urteil	v. 28.10.2021	6 AZR 9.21.....	FSt	167
Urteil	v. 28.10.2021	8 AZR 371.20.....	GK	145
Urteil	v. 17.11.2021	4 AZR 354.21.....	GK	202
Beschluss	v. 17.11.2021	7 ABR 18.20.....	FSt	202
Urteil	v. 25.11.2021	8 AZR 313.20.....	FSt	258

Urteil	v. 25.01.2022	9 AZR 146.21 .....	FSt	244
Urteil	v. 04.05.2022	5 AZR 359.21 .....	GK	193

### Landesarbeitsgerichte

LAG Köln	Urteil	v. 11.01.2022	4 Sa 315.21 .....	FSt	175
LAG Mecklenburg- Vorpommern	Beschluss	v. 29.03.2022	5 TaBV 12.21 .....	FSt	243

### Bundesfinanzhof

Urteil	v. 18.02.2021	III R 8.19 .....	GK	46
Urteil	v. 23.02.2021	II R 44.17 .....	GK	117
Urteil	v. 16.03.2021	X R 37.19 .....	GK	126
Urteil	v. 24.03.2021	VR 1.19 .....	GK	83
Urteil	v. 13.04.2021	I R 2.19 .....	GK	4
Beschluss	v. 19.04.2021	VI R 43.18 .....	GK	48
Urteil	v. 29.04.2021	VI R 31.18 .....	GK	62
Urteil	v. 26.08.2021	V R 13.19 .....	GK	93
Urteil	v. 02.09.2021	VI R 19.19 .....	GK	102
Urteil	v. 20.10.2021	XI R 10.21 .....	GK	129
Urteil	v. 18.11.2021	V R 17.20 .....	GK	109
Urteil	v. 14.12.2021	V II R 32.20 .....	GK	230
Beschluss	v. 08.02.2022	I R 8.21 .....	FSt	276
Urteil	v. 21.04.2022	V R 39.21 .....	GK	208

### Bundessozialgericht

Urteil	v. 23.03.2021	B SO 2.20 R .....	FSt	194
Urteil	v. 21.07.2021	B 14 AS 1820 R .....	FSt	183
Urteil	v. 08.12.2021	B 2 U 4.21 R .....	FSt	208

### Landessozialgerichte

LSG Niedersachsen-Bremen	Urteil	v. 24.06.2021	L 8 SO 50.18 .....	FSt	27
LSG Niedersachsen-Bremen	Urteil	v. 04.11.2021	11 AS 632.20 .....	FSt	203
LSG Niedersachsen-Bremen	Urteil	v. 03.02.2022	L 11 AS 578.20 .....	FSt	127

